Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

19. Januar 1981 Nr. 4 Preis 1 DM D 21060 C

Den Reallohn verteidigen

Eine Streikbewegung zeigt sich bereits bei den ersten Lohnverhandlungen in der Metallindustrie

ped. Die 2,5% der Metallkapitalisten sollen nach ihren Worten reichen, den Reallohn 1981 zu sichern. 8% sowie in unterschiedlicher Form eine überproportionale Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen fordert die IG Metall. Das zuständige Vorstandsmitglied Janßen betonte in bezug auf den Abschluß: ,,Den Zeitpunkt zur Selbstbescheidung auf eine Reallohnsicherung sehe ich 1981 noch nicht gekommen". Man wolle den Reallohn anheben. Zugleich sieht er dieses Ziel aber offenbar durch einen Abschluß um 5% realisiert.

1981 werden aber weder die 2,5% den Reallohn sichern noch 5% ihn anheben. Bereits im ersten Halbjahr 1980 ist die Nettolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer real, also um die Preissteigerung bereinigt, um 1% gegenüber 1979 gesunken. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände stellt in ihrem Jahresbericht fest: ,,Die Arbeitnehmer haben im abgelaufenen Jahr 1980 – und zwar erstmals seit Gründung der BRD – eine Kaufkraftminderung um 0,5% hinnehmen müssen."

Die Inflation wird weiter ansteigen

Sie beträgt für 1980 5,5%, hatte zum Jahresende angezogen und wird mit der Krise erst noch ihren Höhepunkt erreichen. Seit Monaten versucht die Bundesbank, mit hohen Leitzinsen die

ped. Die 2,5% der Metallkapitalisten sollen nach ihren Worten reichen, den Reallohn 1981 zu sichern. 8% sowie in unterschiedlicher Form eine überproportionale Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen fordert die IG Metall. Das zuständige Vorstandsmitglied Janßen betonte in bezug auf den Abschluß: ,,Den Zeitpunkt zur Selbstbescheidung auf eine Reallohnsicherung sehe ich 1981 noch nicht gekommen". Man wolle den Reallohn anheben. Zugleich sieht er dieses Ziel aber offenbar durch einen Abschluß um 5% realisiert.

1981 werden aber weder die 2,5% den Reallohn sichern noch 5% ihn anheben. Bereits im ersten Halbjahr 1980 ist die Nettolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer real, also um die Preissteigerung bereinigt, um 1% gegenüber 1979 gesunken. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände stellt in ihrem Jahresbericht fest: ,,Die Arbeitnehmer haben im abgelaufenen Jahr 1980 – und zwar erstmals seit Gründung der BRD – eine Kaufkraftminderung um 0,5% hinnehmen müssen."

Die Inflation wird weiter ansteigen

Sie beträgt für 1980 5,5%, hatte zum Jahresende angezogen und wird mit der Krise erst noch ihren Höhepunkt erreichen. Seit Monaten versucht die Bundesbank, mit hohen Leitzinsen die Kreditaufnahme einzuschränken, da die vorhandene Geldmenge gegenüber der sinkenden Warenproduktion bereits zu groß ist. Das Geld repräsentiert in der Zirkulation aber nur den Wert der ihm entgegenstehenden Waren. Während so in der Krise die Warenproduktion zurückgeht, die Geldmenge aber nicht gleichfalls sinkt, sondern im Gegenteil noch eher wächst, erreicht die Inflation in der Krise ihren Höhepunkt. Wie geschaffen, um die Arbeiter um so leichter zu prellen, die gerade in der Krise sowieso schwierigere Kampfbedingungen vorfinden, um ihren Lohn zu verteidigen.

Dazu kommen höhere Abzüge vom Bruttolohn für Renten- und Krankenversicherung. Für die Lohnabhängigen, nicht als einzelne, sondern als Klasse, wird das Anschwellen von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit den Lohnfonds gleichfalls senken. Schließlich werden die Tarife nur verhandelt, nicht die Effektivlöhne, die etwa das 1,4fache ausmachen. Eine vollständige Überwälzung der Tariferhöhung ins Effektive wird äußerst schwerfallen.

Ohne Streik keine Sicherung des Reallohns

Die 2,5% stellen eine Provokation dar. Daß im Nordverbund bereits beim 1. Verhandlungstermin zu Warnstreiks in einigen Betrieben gegriffen wurde, ist günstig. Einiges deutet darauf hin, daß die Metallkapitalisten bei ihrem Versuch, den Reallohn weiter zu drücken, eine Streikbewegung scheuen. So hätte man nach dem monatelangen Propagandafeuer nach herkömmlichem Verhandlungsablauf eher erwartet, daß die Kapitalisten am 1. Verhandlungstag dreist die Null bieten. Das haben sie nicht getan. ,,Kein Ultimatum stellen, keine Brücken abbrechen", hatte es am Verhandlungstag im ,,Handelsblatt" geheißen, ,,keine Seite soll die andere zur Härte zwingen. Wenn die IGM mobil machen müßte, dann würde die 8 plötzlich einen Eigenwert bekommen, und dann würde der Abschluß noch teurer." Mag sein, daß spekuliert wird, sich mit dem IGM-Vorstand auf eine knappe 5 vor dem Komma zu einigen. Was gegen diese Möglichkeit spricht, ist die Stärke, die die Forderung nach überproportionaler Anhebung der unteren Löhne in allen Tarifbezirken hat. 107 DM (= 6,6% auf dem Ecklohn) wird in Baden-Württemberg gefordert und gesagt – so die Tarifkommission in ihrer Entschließung –, daß hier ,,der Spielraum äußerst gering" sei. Damit hat der Verhandlungsspielraum einen gewissen Boden. Vor allem aber würde durch die überproportionale Anhebung der Mindestlöhne eine notwendige Schranke erhalten, die das ganze Lohngefüge gegenüber dem Druck der industriellen Reservearmee absichert.

Eine Forderung von 6%, mindestens aber 100 DM, scheint, so wie die Lage sich heute stellt, als optimaler Abschluß. Ohne Streik wird es aber nicht dazu kommen. Die Aktionen im Nordverbund zeigen, daß die Belegschaften dazu bereit sind. Vielleicht würde das zur Sicherung des Reallohnes noch reichen. Trotzdem aber wird sich herausstellen, daß selbst mit 6%, mindestens 100 DM, die Bezahlung der Arbeitskraft unter ihren bisherigen Wert sinken wird. Die Intensität der Arbeit ist

am Verhandlungstag im ,,Handelsblatt" geheißen, ,,keine Seite soll die andere zur Härte zwingen. Wenn die IGM mobil machen müßte, dann würde die 8 plötzlich einen Eigenwert bekommen, und dann würde der Abschluß noch teurer." Mag sein, daß spekuliert wird, sich mit dem IGM-Vorstand auf eine knappe 5 vor dem Komma zu einigen. Was gegen diese Möglichkeit spricht, ist die Stärke, die die Forderung nach überproportionaler Anhebung der unteren Löhne in allen Tarifbezirken hat. 107 DM (= 6,6% auf dem Ecklohn) wird in Baden-Württemberg gefordert und gesagt – so die Tarifkommission in ihrer Entschließung –, daß hier ,,der Spielraum äußerst gering" sei. Damit hat der Verhandlungsspielraum einen gewissen Boden. Vor allem aber würde durch die überproportionale Anhebung der Mindestlöhne eine notwendige Schranke erhalten, die das ganze Lohngefüge gegenüber dem Druck der industriellen Reservearmee absichert.

Eine Forderung von 6%, mindestens aber 100 DM, scheint, so wie die Lage sich heute stellt, als optimaler Abschluß. Ohne Streik wird es aber nicht dazu kommen. Die Aktionen im Nordverbund zeigen, daß die Belegschaften dazu bereit sind. Vielleicht würde das zur Sicherung des Reallohnes noch reichen. Trotzdem aber wird sich herausstellen, daß selbst mit 6%, mindestens 100 DM, die Bezahlung der Arbeitskraft unter ihren bisherigen Wert sinken wird. Die Intensität der Arbeit ist 1979 zu 1980 angestiegen. Die Kapitalisten haben eine erhebliche Modernisierung ihrer Produktionsanlagen angekündigt, um sich auf dem Weltmarkt zu behaupten. Das wird Rationalisierungen und damit einhergehend weitere Steigerung der Arbeitsintensität heißen – höhere Maschinengeschwindigkeit und statt zwei jetzt drei Maschinen bedienen. Die Überarbeit der in der Produktion Beschäftigten wird weitere Arbeitskräfte freisetzen, die über den Druck des Arbeitslosenheeres wiederum auf die Beschäftigten drücken werden. Im besten Fall werden also 1981 die Metaller einen gleichen Reallohn erhalten, bei gestiegener Verausgabung von Nerven, Muskeln, Hirn etc. In der letzten Krise hat die kapitalistische Produktion eine Million Arbeitslose geschaffen, in diese Krise geht sie bereits mit einer Million hinein. Dieses Arbeitslosenheer wird die Bedingungen schaffen, mit denen die Kapitalisten zur Verwirklichung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus, der Senkung des historischen Werts der Arbeitskraft wie der absoluten Senkung der realen Löhne, schreiten werden. Damit haben sie bereits begonnen. Dem werden sich die Arbeiter nicht unterwerfen. Für die bürgerliche Presse gilt der heutige Lohnstandard als das ,,Eingemachte" oder das ,,Polster", an das man in mageren Zeiten herangehen müßte. Es ist aber das Ergebnis 30jähriger Plackerei in der Produktion und gewerkschaftlicher Organisation. In erheblichem Umfang werden die Hinweise auf die ,,Gemeinwirtschaft" praktisch den Arbeitern ,,Scheiß egal" sein und zur Kritik an der Herrschaft des Kapitals führen.



Im Jahr des Binderten will der Bremer Senat die Fahrtkostenzuschüsse für Behinderte, die nicht die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen können, drastisch kürzen. Am 16.1.81 blockierten ca. 30 Rollstuhlfahrer in der Innenstadt den Straßenbahnverkehr.

Namibia-Konferenz gescheitert

OAU-Vertreter fordert Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika

lup. Ohne Ergebnis sind in der vergangenen Woche die von der UNO durchgeführten Verhandlungen über Namibia zu Ende gegangen. Die südafrikanische Delegation hatte sich geweigert, einem Waffenstillstand am 31. März 1981 zuzustimmen. Die Einigung über einen Waffenstillstandstermin hätte die von der UNO bereits 1978 beschlossene Prozedur zur Durchführung freier Wahlen und der Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit Namibias eingeleitet. Im Grundsatz hatten die SWAPO, das südafrikanische Kolo-

Daß von allen Seiten – insbesondere nach den Wahlen in Zimbabwe – ein Wahlsieg der SWAPO als sicher angenommen wird, ist der wirkliche Grund für die Weigerung der Kolonialisten, freie Wahlen in Namibia unter Aufsicht der UNO zuzulassen.

Militärisch ist die SWAPO allerdings relativ schwach. Die Aktionen der SWAPO gegen das südafrikanische Kolonialregime tragen zumeist den Charakter von kurzfristigen Kommandoaktionen, die von Basen der SWAPO in Angola vorgetragen werden. Be-



Im Jahr des Binderten will der Bremer Senat die Fahrtkostenzuschüsse für Behinderte, die nicht die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen können, drastisch kürzen. Am 16.1.81 blockierten ca. 30 Rollstuhlfahrer in der Innenstadt den Straßenbahnverkehr.

Namibia-Konferenz gescheitert

OAU-Vertreter fordert Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika

lup. Ohne Ergebnis sind in der vergangenen Woche die von der UNO durchgeführten Verhandlungen über Namibia zu Ende gegangen. Die südafrikanische Delegation hatte sich geweigert, einem Waffenstillstand am 31. März 1981 zuzustimmen. Die Einigung über einen Waffenstillstandstermin hätte die von der UNO bereits 1978 beschlossene Prozedur zur Durchführung freier Wahlen und der Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit Namibias eingeleitet. Im Grundsatz hatten die SWAPO, das südafrikanische Kolo-nialregime, die ,,Kontaktgruppe" der 5 westlichen Staaten (USA, Kanada, GB, Frankreich, BRD) und die afrikanischen Staaten diesem in der UNO-Sicherheitsratsresolution 435 festgelegten Procedere zugestimmt. Unter verschiedenen Vorwänden hatte Südafrika die Verwirklichung dieser Resolution immer wieder hinausgezögert, an einer ,,internen Lösung" in Namibia gebastelt und die Stärke seiner Truppen fortlaufend erhöht. Als Vorwand während der Genfer Verhandlungen dienten dem südafrikanischen Regime ,,Zweifel an der Unparteilichkeit der UNO".

Konkret wurde verlangt, daß die UNO die Anerkennung der SWAPO als der einzig rechtmäßigen Vertretung des Volkes von Namibia zurücknehme, die moralische und finanzielle Unterstützung der SWAPO einstellt und den Marionetten des südafrikanischen Kolonialregimes Rederecht in der UNO einräumt.

Die Forderungen der Kolonialisten sind ziemlich dreist. Freilich ist die UNO in bezug auf die Kolonialherrschaft nicht neutral, sondern durch ihre Charta und zahlreiche Beschlüsse auf die Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und ihres Kampfes gegen den Kolonialismus verpflichtet. Die Vertreter der UNO hatten allerdings als Kompromiß angeboten, von Inkrafttreten des Waffenstillstands an die finanzielle Unterstützung der SWAPO einzustellen. Ohnehin hätten während der Übergangsperiode alle Parteien, auch die Marionettenparteien, unter gleichen Bedingungen an den Wahlen teilnehmen können.

Daß von allen Seiten – insbesondere nach den Wahlen in Zimbabwe – ein Wahlsieg der SWAPO als sicher angenommen wird, ist der wirkliche Grund für die Weigerung der Kolonialisten, freie Wahlen in Namibia unter Aufsicht der UNO zuzulassen.

Militärisch ist die SWAPO allerdings relativ schwach. Die Aktionen der SWAPO gegen das südafrikanische Kolonialregime tragen zumeist den Charakter von kurzfristigen Kommandoaktionen, die von Basen der SWAPO in Angola vorgetragen werden. Be-freite Gebiete gibt es kaum. Ein militärischer Sieg der SWAPO ist in absehbarer Zeit nicht in Sicht. Das ist eine Bedingung dafür, daß es sich das südafrikanische Regime erlauben konnte, die Verhandlungen platzen zu lassen.

Die afrikanischen Staaten haben bereits angekündigt, ihre Unterstützung des bewaffneten Kampfes in Namibia zu verstärken. Sie wollen von dem UN-Sicherheitsrat die Verhängung eines Embargos gegen Südafrika verlangen. Auf einer Konferenz in Arusha (Tansania) soll in der kommenden Woche darüber entschieden werden. Sie werden ihren Druck auf die Westmächte verstärken, solchen Sanktionen zuzustimmen, zumindest kein Veto dagegen einzulegen. Vor allem die westeuropäischen Länder werden sich diesen Forderungen nur unter Schwierigkeiten entziehen können, auch wenn erhebliche ökonomische Interessen dem entgegenstehen. Die englische Regierungschefin Thatcher zumindest soll signalisiert haben, daß England nach einem Scheitern der Namibia-Konferenz kein Veto einlegen werde.

Ohne erhebliche äußere Rückendeckung hätte Südafrika schwerlich die Namibia-Verhandlungen platzen lassen können. Das Kolonialregime geht offenbar und nicht zu Unrecht davon aus, daß die USA, zumal unter Reagan, seinen Kolonialkrieg in Namibia weiterhin materiell und diplomatisch massiv unterstützen werden. Es kann den Krieg gegen das namibische Volk aber nicht gewinnen. Eher wächst die Gefahr, daß die andere Supermacht massiv einsteigt, je länger der Krieg dauert.

Regierungskrise in Westberlin

söh. Westberlin. Der Westberliner Senat ist am Donnerstag gestürzt worden. Nur knapp einen Monat nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen gegen die Hausbesetzungen in Kreuzberg und dem Bekanntwerden der 115 Mio. DM Bürgschaft für die bankrotte Bautechnik KG des Architekten Garski hat der Regierende Bürgermeister der SPD/FDP-Koalition, Dietrich Stobbe, noch vertreten können, daß die dadurch entstandene Krise durch einige Umbesetzungen in der personellen Zusammensetzung des Senats zu bereinigen ist. Noch in seiner letzten öffentlichen Erklärung vor der Abgeordnetenhaussitzung, auf der alle 4 neuen SPD-Senatskandidaten nicht die erforderliche Mehrheit fanden, ließ Stobbe verlauten, daß ,,die im Abgeordnetenhaus vertretenen Koalitionsparteien in einer schwierigen Situation ihre Handlungsfähigkeit bewiesen haben und dies am kommenden Donnerstag unterstreichen werden".

Der CDU-Fraktionsvorsitzende, Diepgen, bezeichnete dann das Abstimmungsergebnis als ,,die Stunde des Parlaments" in der Hoffnung, gegenüber der Öffentlichkeit belegen zu können, es handele sich dabei um einen Beweis für die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie. Ähnlich lauteten die ersten Rundfunkkommentare über die Abstimmungsniederlage der Westberliner sozialliberalen Regierung. ,,Es gibt in Berlin noch Abgeordnete, die nach ihrem Gewissen entscheiden", hieß es.

Bei einem Rückblick auf die Ereignisse bricht jedoch der ganze Versuch, den Parlamentarismus aufzuwerten, in sich zusammen. Unmittelbar nach den durch die Westberliner Polizei provozierten Straßenschlachten in Kreuzberg scheiterte der Versuch aller drei Abgeordnetenhausparteien, die Hausbesetzer nach der altgedienten Methode mit der Formel der ,,kleinen militanten Minderheit von Chaoten" zu isolieren.

durch entstandene Krise durch einige Umbesetzungen in der personellen Zusammensetzung des Senats zu bereinigen ist. Noch in seiner letzten öffentlichen Erklärung vor der Abgeordnetenhaussitzung, auf der alle 4 neuen SPD-Senatskandidaten nicht die erforderliche Mehrheit fanden, ließ Stobbe verlauten, daß ,,die im Abgeordnetenhaus vertretenen Koalitionsparteien in einer schwierigen Situation ihre Handlungsfähigkeit bewiesen haben und dies am kommenden Donnerstag unterstreichen werden".

Der CDU-Fraktionsvorsitzende, Diepgen, bezeichnete dann das Abstimmungsergebnis als ,,die Stunde des Parlaments" in der Hoffnung, gegenüber der Öffentlichkeit belegen zu können, es handele sich dabei um einen Beweis für die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie. Ähnlich lauteten die ersten Rundfunkkommentare über die Abstimmungsniederlage der Westberliner sozialliberalen Regierung. ,,Es gibt in Berlin noch Abgeordnete, die nach ihrem Gewissen entscheiden", hieß es.

Bei einem Rückblick auf die Ereignisse bricht jedoch der ganze Versuch, den Parlamentarismus aufzuwerten, in sich zusammen. Unmittelbar nach den durch die Westberliner Polizei provozierten Straßenschlachten in Kreuzberg scheiterte der Versuch aller drei Abgeordnetenhausparteien, die Hausbesetzer nach der altgedienten Methode mit der Formel der ,,kleinen militanten Minderheit von Chaoten" zu isolieren. Es gelang nicht, die Debatte über die Auseinandersetzungen in der Bevölkerung auf eine inhaltslose Gewaltdebatte zu konzentrieren und die politischen und sozialen Gegensätze, die sich aus der ständigen Verteuerung der Wohnungen und der Vernichtung von Wohnraum durch Stadtsanierungen und damit verbundenen Spekulationsgeschäften entwickelt haben, zu vertuschen oder herunterzuspielen. Auch die Versuche, die Hausbesetzer und Unterstützer, in solche mit einem ,,ehrlichen Anliegen" und Gewalttäter aufzuspalten, mißlang angesichts der breiten Empörung gegen die Wohnungspolitik.

In die Auseinandersetzung platzte der Garski-Skandal. 115 Millionen DM muß der Senat an Steuergeldern für die Bürgschaft für dieses Unternehmen aufbringen. Alle Beteuerungen des Senats und der Wohnungsbaugesellschaften, daß die Finanzierung von billigen Wohnungen nicht möglich sei, wurden unglaubhaft. Dabei ging es nicht nur um den Verlust von 115 Millionen DM durch den Konkurs, sondern allein die Tatsache, daß die senatseigene Berliner Bank billige Kredite in derartiger Höhe an Kapitalisten vergab, während sie bei der Nicht-Bezahlung einer Rate eines Kleinkredits von wenigen tausend Mark zur Pfändung schritt, schürte den Widerstand gegen den Senat. An einer Demonstration der Hausbesetzer, in der die Freilassung der während der Straßenschlacht festgenommenen Demonstranten gefordert wurde, nahmen über 10000 Personen teil. Der größte Teil der Inhaftierten mußte entlassen

Fortsetzung Seite 2, Spalte 3

Türkei-Hilfen

bep. Der ÖTV-Vorsitzende Kluncker berichtete nach seinem Türkei-Besuch letzte Woche von Beschränkungen der Gewerkschaftsarbeit, Einschränkung der Pressefreiheit, Verhaftungen, Mißhandlungen und Folterungen. Er wies jedoch auf die Unterschiede zwischen der türkischen Militärregierung und anderen Militärdiktaturen, z.B. in Südamerika, hin. Sein Hinweis ist berechtigt. Die türkische Militärregierung ist kein Marionettenregime, trotz aller Bindungen an den westlichen Imperialismus. Im letzten Monat hat sie sich z.B. an die Seite der arabischen Staaten im Kampf gegen Israel gestellt. Im Innern gibt es keinen Bürgerkrieg und keine revolutionäre Situtation, auch vor der Machtergreifung der Militärs gab es die nicht. Die Berechtigung und Notwendigkeit der Proteste gegen die Unterdrückung fortschrittlicher Kräfte, gegen die Folterungen steht außer Zweifel. Aber falsche Analysen und falsche Forderungen können aus einer gerechten eine trübe Sache machen. Mit der Forderung nach Einstellung aller Wirtschaftshilfe an die Türkei haben wir uns an dieser Stelle schon auseinandergesetzt. Wir müssen darauf zurückkommen. Letzte Woche ist der stellvertretende türkische Ministerpräsident in Bonn um Fortsetzung der Wirtschaftshilfe eingekommen. Zwei Tage vorher hatte er in London mit den Vertretern von 15 Großbanken zu verhandeln. Es ging um die Verlängerung der Laufzeit und eine (geringfügige) Zinssenkung für einen Kredit von 3 Mrd. Dollar, für den die Türkei gegenwärtig fast 19% Zinsen zahlt. Die Banken verschoben ihre Entscheidung. Wem wird die Einstellung der Wirtschaftshilfe da nutzen? Eine Vergrößerung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Innern wird die Erschöpfung der Kräfte der Volksmassen vergrößern und die Reaktion verstärken. Beim Einsatz der Wirtschaftshilfe als Druckmittel zur Durchsetzung berechtigter Forderungen ist die Grenze rasch erreicht, wo den Imperialisten allerlei Einmischungen im Namen der Humanität erlaubt werden. Mit der Forderung nach Einrichtung einer Untersuchungskommission über die Folterungen durch die Bundesregierung ist diese Grenze überschritten. Die Regierung eines imperialistischen Landes darf nicht zum Richter über ein Land der 3. Welt gemacht werden.

Regierungskrise in Westberlin *Fortsetzung von Seite 1*

werden, und die Demonstrationen und Aktionen zur Freilassung der 6 noch Inhaftierten haben bis heute nicht nachgelassen.

Zum Fall Garski erklärten die unmittelbar für die Bürgschaft verantwortlichen Senatoren für Finanzen, Riebschläger (SPD), und Lüder für Wirtschaft (FDP), daß sie nach bestem Wissen und Gewissen die Solidität des Garski-Unternehmens geprüft hätten, bevor sie die Bürgschaft unterschrieben und die Richtlinien des Gesetzes über die Vergabe von Senatsbürgschaften befolgt hätten. Damit mußten sie natürlich die Kapitalistenverbände auf den Plan rufen, die zu Recht erkannten, daß mit dieser Verteidigung der Senatoren das System der Bürgschaften in die Kritik geraten würde. Der Präsident der Berliner Industrie- und Handelskammer, Elfe, wandte sich an die Presse und warf dem Senat „Führungsschwäche und Konzeptionslosigkeit“ vor. Dies war offensichtlich auch das Signal für die CDU, über die Möglichkeiten von Neuwahlen nachzudenken.

FDP-Senator Lüder wurde von seiner Partei zum Rücktritt gezwungen, nachdem durchsickerte, daß er für die FDP von Garski mindestens 27000 DM Spendengelder für die Partei angenommen hatte. Riebschläger hatte bereits kurz vorher seinen Rücktritt angekündigt, dafür aber den Vorsitz der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus verlangt. Stobbe wollte sich nun mit der unabdingbaren Senatsumbildung der Flügelmänner entledigen, die schon lange gegen seine Doppelfunktion als Regierender Bürgermeister und SPD-Vorsitzender opponierten. Der Wohnungsbau-Senator Ristock kam ihm zuvor und trat von sich aus zurück, nicht ohne für den von ihm vertretenen Parteiflügel einen anderen Mann in den Senat zu fordern. Stobbe wurde in der Partei handlungsunfähig, Riebschläger wurde Fraktionsvorsitzender und nahm sogleich den Direktionsposten in der senatseigenen Wohnungsbaukreditanstalt (WBK) ein, der mit jährlich 170000 DM höher dotiert ist als das Senatsgehalt.

Der Betriebsrat der Bautechnik KG lieferte mit Hilfe der Alternativen Liste (AL) weitere Enthüllungen zum Garski-Skandal. Eindeutig ging daraus hervor, daß der CDU-Vorsitzende Lorenz seit 1971 einen Berater-Vertrag mit der Firma hatte, daß Riebschläger es gebilligt hatte, daß Schmiergelder in Höhe von 14,5 Millionen DM an die Auftraggeber in Saudi-Arabien von den Steuern abgesetzt werden können, als „nützliche“ Ausgaben, daß mehrere Wirtschaftsprüfer schon lange die Lage der Firma als prekär ansahen und es Stobbe und Riebschläger bekannt war, daß Garski aufgrund der Verweigerung von Unterlagen von den Wirtschaftsprüfern gerügt wurde. Alle Enthüllungen kamen, bevor überhaupt der parlamentarische Untersuchungsausschuß gebildet wurde. Der Zusammenbruch des Koalitions- und Fraktionsgefüges war damit absehbar. Die „Stunde des Parlaments“ ist eine Stunde der Bewegung gegen die parlamentarische Politik geworden.



Begriffsschwierigkeiten? Ein Vorschlag zur Klärung

ges. Stofflich betrachtet ist Waffenproduktion nichts als Luxusproduktion. Weder dienen die Waffen wie Lebensmittel der Reproduktion der Arbeiterklasse, noch dienen sie wie Maschinen und Rohstoffe dem Ersatz und der Erweiterung der sachlichen Faktoren des Produktionsprozesses. Profit aber kann mit Waffen wie mit jeder anderen Ware gemacht werden, besonders hoher sogar, da der Staat einen festen Absatzmarkt sichert. Daher eine Tendenz zur Ausdehnung der Rüstungsproduktion im Kapitalismus, selbst wenn man von allen politischen Gesichtspunkten zunächst absieht. Eine zügige Ausdehnung der Rüstungsproduktion gefährdet die Reproduktion des Kapitals aber nur dann nicht, wenn sie über den inneren Markt hinaus für den Export betrieben wird. Auf dem Weltmarkt können Waffen gegen Rohstoffe, Lebensmittel oder Maschinen getauscht werden und damit eine Gebrauchsgestalt annehmen, in der sie in den Reproduktionsprozeß des Kapitals wieder eingehen. So sicher wie die Tendenz zur Ausdehnung der Rüstungsproduktion im Kapitalismus, so sicher daher der Rüstungsexport. Das gilt für die Imperialisten im Westen, allen voran für die USA. Das gilt erst recht für den sozialimperialistischen Machtbereich mit der Sowjetunion an

Waffen geliefert werden. Jetzt hat die Rüstungsproduktion einen solchen Umfang erreicht, daß das Rüstungskapital systematisch auf den Weltmarkt drängt. Austausch von Waffen gegen Öl oder andere Rohstoffe wird zunehmend zu einem ökonomischen Zwang, Austausch nicht nur innerhalb der Schranken der NATO, sondern Austausch auf dem Weltmarkt, wo immer die Gelegenheit sich bietet. Nicht nur die Interessen des Rüstungskapitals, sondern des Kapitals insgesamt verlangen die Beseitigung der gesetzlichen Schranken für Rüstungsexporte. Was hat es für einen Sinn, den Waffenexport in „Spannungsgebiete“ zu beschränken, wo die Spannung überall in der Welt zunimmt? „Dieser Begriff“, meint der CSU-Politiker Zimmermann, „hat mich schon seit den Zeiten Ludwig Erhards nicht zufriedengestellt ... Ich stehe auf dem Standpunkt: Die Bundesrepublik sollte ihre Waffen dahin liefern, wo es ihren existenziellen Interessen dient.“ Und ist es kein „existenzielles Interessse“, Kupfer aus Chile, Öl aus Saudiarabien billig einzutauschen gegen seriell gefertigte U-Boote oder Panzer? – Der ökonomische Zwang zum Rüstungsexport wird mit dem Kapitalismus fallen. Einstweilen sind politische Schranken notwendig: Keine Rüstungsgeschäfte mit der SU

Der Streit um die „deutsche Staatsbürgerschaft“

Die Anerkennung der DDR bleibt ausgeschlossen / Druck der Sozialimperialisten

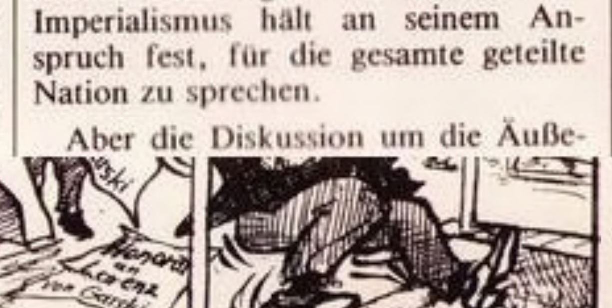
hku. Der FDP-Abgeordnete Ronneburger hat an ein Mysterium gerührt: des Einen, des zwei ist, und doch einzig sein muß. Es handelt sich um die „deutsche Staatsbürgerschaft“. Am 13. Oktober 1980, mit der Erhöhung des Mindestumtausches, hatte Honecker die Achtung der Souveränität der DDR als Vorbedingung weiterer Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten bezeichnet, konkret: die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, den Abschluß eines Grenzvertrages. Die Antwort der westdeutschen Politiker war einhellig: eine Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft sei ausgeschlossen, da grundgesetzlich verboten. Ronneburger hatte ein wenig vorgetastet und erklärt, im Grunde sehe er kein Problem, seit dem Grundlagenvertrag habe die BRD die DDR als Staatsgebilde und damit auch mit Staatsbürgerschaft faktisch anerkannt. Er mußte sich nach öffentlicher Kritik präzisieren:

dern nur eine Neuorganisation, die vorläufig auf einen Teil des Landes beschränkt blieb. Daher gibt es nur die Staatsangehörigkeit „deutsch“, die von der BRD verwaltet wird. „Deutsche“ sind nicht nur die Bürger der BRD, sondern auch die Westberlins und der DDR. Daher erhalten auch Westberliner einen „deutschen Paß“, obwohl Westberlin durch alliierten Vorbehalt kein Bestandteil der BRD sein darf; daher kann auch der DDR-Bürger als Deutscher jederzeit in die BRD siedeln, kann ihm außerhalb der DDR ein westdeutscher Paß ausgestellt werden. Mit der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft würde die Fiktion der „deutschen Staatsbürgerschaft“ platzen, unter anderem wäre mit einer gesonderten Staatsbürgerschaft der BRD auch eine solche Westberlins die Folge. Der westdeutsche Imperialismus hält an seinem Anspruch fest, für die gesamte geteilte Nation zu sprechen.

Aber die Diskussion um die Äuße-

„Polen-Embargo auch die besonderen innerdeutschen Handelsbeziehungen einzubeziehen, scharf reagiert, das würde die gesamte Geschäftsgrundlage der Entspannung zerstören. Während der Auseinandersetzungen um die Hausbesetzungen in Westberlin hat die DDR-Presse so breit und drastisch über die „Bürgerkriegsmanöver“ in der Stadt berichtet, daß sich schon der Gedanke aufdrängte, daß man doch diesem Treiben nicht mehr lange zusehen könne. Die Sowjetunion und die DDR haben die BRD wegen der Unterstützung der NATO-Nachrüstung äußerst hart attackiert, und mehrmals von der „ernstesten Situation seit dem zweiten Weltkrieg“ gesprochen. Die Politik der Sozialimperialisten zielt auf die Stellung der BRD im westlichen Bündnis; die innerdeutschen Beziehungen sind dabei ein wesentlicher Verhandlungsgegenstand.

Von Seiten der DDR ist die Forderung nach vollständiger Anerkennung



hüllungen kamen, bevor überhaupt der parlamentarische Untersuchungsausschuß gebildet wurde. Der Zusammenbruch des Koalitions- und Fraktionsgefüges war damit absehbar. Die „Stunde des Parlaments“ ist eine Stunde der Bewegung gegen die parlamentarische Politik geworden.

Ein Vorschlag zur Klärung

ges. Stofflich betrachtet ist Waffenproduktion nichts als Luxusproduktion. Weder dienen die Waffen wie Lebensmittel der Reproduktion der Arbeiterklasse, noch dienen sie wie Maschinen und Rohstoffe dem Ersatz und der Erweiterung der sachlichen Faktoren des Produktionsprozesses. Profit aber kann mit Waffen wie mit jeder anderen Ware gemacht werden, besonders hoher sogar, da der Staat einen festen Absatzmarkt sichert. Daher eine Tendenz zur Ausdehnung der Rüstungsproduktion im Kapitalismus, selbst wenn man von allen politischen Gesichtspunkten zunächst absieht. Eine zügige Ausdehnung der Rüstungsproduktion gefährdet die Reproduktion des Kapitals aber nur dann nicht, wenn sie über den inneren Markt hinaus für den Export betrieben wird. Auf dem Weltmarkt können Waffen gegen Rohstoffe, Lebensmittel oder Maschinen getauscht werden und damit eine Gebrauchsgestalt annehmen, in der sie in den Reproduktionsprozeß des Kapitals wieder eingehen. So sicher wie die Tendenz zur Ausdehnung der Rüstungsproduktion im Kapitalismus, so sicher daher der Rüstungsexport. Das gilt für die Imperialisten im Westen, allen voran für die USA. Das gilt erst recht für den sozialimperialistischen Machtbereich mit der Sowjetunion an der Spitze. In der BRD hat die Produktion von Waffen bis in die jüngste Zeit hinein eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle gespielt. Der ökonomische Zwang zum Rüstungsexport hielt sich in Grenzen, und er wurde durch Gesetz ausdrücklich beschränkt. In „Spannungsgebiete“ sollen keine

Waffen geliefert werden. Jetzt hat die Rüstungsproduktion einen solchen Umfang erreicht, daß das Rüstungskapital systematisch auf den Weltmarkt drängt. Austausch von Waffen gegen Öl oder andere Rohstoffe wird zunehmend zu einem ökonomischen Zwang, Austausch nicht nur innerhalb der Schranken der NATO, sondern Austausch auf dem Weltmarkt, wo immer die Gelegenheit sich bietet. Nicht nur die Interessen des Rüstungskapitals, sondern des Kapitals insgesamt verlangen die Beseitigung der gesetzlichen Schranken für Rüstungsexporte. Was hat es für einen Sinn, den Waffenexport in „Spannungsgebiete“ zu beschränken, wo die Spannung überall in der Welt zunimmt? „Dieser Begriff“, meint der CSU-Politiker Zimmermann, „hat mich schon seit den Zeiten Ludwig Erhards nicht zufriedengestellt ... Ich stehe auf dem Standpunkt: Die Bundesrepublik sollte ihre Waffen dahin liefern, wo es ihren existenziellen Interessen dient.“ Und ist es kein „existenzielles Interessse“, Kupfer aus Chile, Öl aus Saudiarabien billig einzutauschen gegen seriell gefertigte U-Boote oder Panzer? – Der ökonomische Zwang zum Rüstungsexport wird mit dem Kapitalismus fallen. Einstweilen sind politische Schranken notwendig: Keine Rüstungsgeschäfte mit der SU und dem Warschauer Pakt, Austritt aus der NATO und Beendigung der Rüstungsgeschäfte mit der NATO. Waffen an Befreiungsbewegungen und die Dritte Welt nur unentgeltlich und ohne Forderung nach Gegenleistung. Die „begrifflichen“ Schwierigkeiten wären beseitigt.

Der Streit um die „deutsche Staatsbürgerschaft“

Die Anerkennung der DDR bleibt ausgeschlossen / Druck der Sozialimperialisten

hku. Der FDP-Abgeordnete Ronneburger hat an ein Mysterium gerührt: des Einen, des zwei ist, und doch einzig sein muß. Es handelt sich um die „deutsche Staatsbürgerschaft“. Am 13. Oktober 1980, mit der Erhöhung des Mindestumtausches, hatte Honecker die Achtung der Souveränität der DDR als Vorbedingung weiterer Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten bezeichnet, konkret: die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, den Abschluß eines Grenzvertrages. Die Antwort der westdeutschen Politiker war einhellig: eine Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft sei ausgeschlossen, da grundgesetzlich verboten. Ronneburger hatte ein wenig vorgetastet und erklärt, im Grunde sehe er kein Problem, seit dem Grundlagenvertrag habe die BRD die DDR als Staatsgebilde und damit auch mit Staatsbürgerschaft faktisch anerkannt. Er mußte sich nach öffentlicher Kritik präzisieren: nur *geduldet*, aber nicht *anerkannt*.

Denn, wie das Bundesverfassungsgericht 1973 bestätigt hat: Das „Deutsche Reich“ habe 1945 überdauert und besitze bis heute Rechtsfähigkeit, sei allerdings gegenwärtig „mangels Organisation“ „selbst nicht handlungsfähig“. Die Gründung der BRD sei keine staatliche Neugründung gewesen, son-

dern nur eine Neuorganisation, die vorläufig auf einen Teil des Landes beschränkt blieb. Daher gibt es nur die Staatsangehörigkeit „deutsch“, die von der BRD verwaltet wird. „Deutsche“ sind nicht nur die Bürger der BRD, sondern auch die Westberlins und der DDR. Daher erhalten auch Westberliner einen „deutschen Paß“, obwohl Westberlin durch alliierten Vorbehalt kein Bestandteil der BRD sein darf; daher kann auch der DDR-Bürger als Deutscher jederzeit in die BRD siedeln, kann ihm außerhalb der DDR ein westdeutscher Paß ausgestellt werden. Mit der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft würde die Fiktion der „deutschen Staatsbürgerschaft“ platzen, unter anderem wäre mit einer gesonderten Staatsbürgerschaft der BRD auch eine solche Westberlins die Folge. Der westdeutsche Imperialismus hält an seinem Anspruch fest, für die gesamte geteilte Nation zu sprechen.

Aber die Diskussion um die Äuße-rungen Ronneburgers zeigt doch, daß der westdeutsche Imperialismus unter einem gewissen Druck von Seiten der Sowjetunion steht. Für die politische Manövrierfähigkeit der BRD ist ein Spielraum in der Ostpolitik, besonders der Deutschland-Politik lebenswichtig. Die DDR hat als Sprachrohr der Sowjetunion auf die Idee der USA, in ein

„Polen-Embargo auch die besonderen innerdeutschen Handelsbeziehungen einzubeziehen, scharf reagiert, das würde die gesamte Geschäftsgrundlage der Entspannung zerstören. Während der Auseinandersetzungen um die Hausbesetzungen in Westberlin hat die DDR-Presse so breit und drastisch über die „Bürgerkriegsmanöver“ in der Stadt berichtet, daß sich schon der Gedanke aufdrängte, daß man doch diesem Treiben nicht mehr lange zusehen könne. Die Sowjetunion und die DDR haben die BRD wegen der Unterstützung der NATO-Nachrüstung äußerst hart attackiert, und mehrmals von der „ernstesten Situation seit dem zweiten Weltkrieg“ gesprochen. Die Politik der Sozialimperialisten zielt auf die Stellung der BRD im westlichen Bündnis; die innerdeutschen Beziehungen sind dabei ein wesentlicher Verhandlungsgegenstand.

Von Seiten der DDR ist die Forderung nach vollständiger Anerkennung ihrer Souveränität gestellt als Druckmittel der einen Supermacht im Kampf um die Hegemonie in Mitteleuropa. Im Zusammenhang des Kampfes für den Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages aber muß man die Anerkennung der DDR fordern, denn sie würde einen gefährlichen Konfliktpunkt tatsächlich entschärfen.

Steueranteil der Kommunen sinkt weiter

lup. Wie der Städtetag in einer Presseerklärung mitteilt, werden die kommunalen Einnahmen im Verlauf des Jahres 1981 höchstens um nominell 1%, wahrscheinlich aber um noch weniger zunehmen. Der Städtetag rechnet damit, daß deshalb Sachinvestitionen der Städte und Gemeinden real um eine „zweistellige Veränderungsrate“ zurückgehen werden. Der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen werde weiterhin abnehmen, auch gegenüber 1980, wo er mit 12,5% bereits 0,3% niedriger war als 1977. Bereits die bisherigen Planungen der Länder bedeuteten eine Kürzung der kommunalen Zuweisungseinnahmen gegenüber 1980, die inzwischen verschlechterten Steuereinnahmeerwartungen der Länder würden voraussichtlich zu weiteren Kürzungen in einem Ausmaß führen, das noch nicht absehbar ist. Unter diesen Umständen würden sich die Kommunen vor allem an die Gebühren halten, bei denen eine durchschnittliche Steigerung von 9% erwartet wird. Trotzdem würden die Kommunen auch im kommenden Jahr an ihren gesellschaftlichen Aufgaben weitere Abstriche machen. Vieles, „das wünschenswert wäre und bisher auch realisierbar erschien“, werde der „Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zum Opfer fallen“, schreibt der Städtetag.

Schmidt: U-Boote werden an Chile geliefert

lup. Die Bundesregierung hat auf ihrer letzten Sitzung keinen Beschluß gegen die Lieferung von U-Booten an Chile gefaßt. Der Beschluß des zuständigen Bundessicherheitsrats vom Juni 1980, mit dem dem Waffengeschäft mit Chile zugestimmt worden war, bleibt entsprechend in Kraft. Eine entgegengesetzte Entscheidung des Kabinetts sei „vom Bundeskanzler nicht gewünscht“ worden, erklärte Regierungssprecher Becker. Hinsichtlich der Panzer-Exporte an Saudi-Arabien erklärte Becker, die Sache sei noch nicht entscheidungsreif, weil noch kein Antrag vorliege. Wischnewski, Genscher, Offergeld und Zimmermann hatten sich dafür ausgesprochen. Schmidt hat eine „grundsätzliche Diskussion über Waffenexporte“ angekündigt.

Renten werden nach unten angepaßt

gkr. Ein Teil der Rentner erhält am 1. Januar 1981 noch nicht einmal die im 21. Rentenanpassungsgesetz festgelegte Rentenerhöhung von 4%. Als letztes will die Bourgeoisie jetzt die Rentner zur Kasse bitten, die im ersten Halbjahr 1978 zum ersten Mal Rente bekommen hatten. Das 21. Rentenanpassungsgesetz war zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Kraft und damit auch noch nicht die willkürliche Beschneidung der Bemessungsgrundlage, die zur Berechnung von Neurenten herangezogen wird. Die allgemeine Bemessungsgrundlage war für 1978 nach der Steigerung der Bruttolöhne in den drei vorangegangenen Jahren berechnet worden und betrug 21608 DM, 7,2% mehr als im vorhergegangenen Jahr. Mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz, das am 1. Juli 1978 in Kraft trat und mit dem die Rentenanpassung für 1978 auf 4,5% festgelegt wurde, wurde dann auch die allgemeine Bemessungsgrundlage auf 21068 DM gesenkt. Eine direkte Kürzung der zu Anfang des Jahres neu berechneten Renten erschien den Koalitionspolitikern zu dreist, eine Anpassung nach unten wurde daher auf die Rentenanpassung für 1981 verschoben. Daneben sind auch Renten, die einen Kinderzuschuß beinhalten, zum Teil geringer gestiegen.

Wiederaufbereitungsanlage La Hague stillgelegt

dog. Nach zwei weiteren Unfällen ist die französische Wiederaufbereitungsanlage in La Hague vorerst stillgelegt worden. Am 6. Januar war in der Anlage im Lager für Kernbrennstoffe ein Brand ausgebrochen. Fünf Tage später brach ein Verbindungsstück einer Rohrleitung, so daß einige Dutzend Liter radioaktive Flüssigkeit ausliefen. Wie die Direktion der Betreiberfirma Cogema weiter mitteilte, wurde ein Leck in einer Leitung für Heizwasser entdeckt. Nach dem Brand hatten die Gewerkschaften die Direktion beschuldigt, die Folgen vertuscht und verharmlost zu haben. Obwohl Arbeiter einer hohen Strahlenbelastung ausgesetzt gewesen seien, seien sie von der Direktion ohne weitere Vorsichtsmaßnahme nach Hause geschickt worden. Die Gewerkschaft Force Ouvrière forderte den Rücktritt der Direktion. Für den vergangenen Donnerstag hatten die Gewerkschaften, die Sozialistische Partei und verschiedene Umweltorganisationen zu Kundgebungen und Protestaktionen aufgerufen.

Sozialdemokratische Juristen zum Radikalenerlaß

dog. Wer gerichtlich festgestellt die „unabänderlichen Grundprinzipien der Verfassung“ bekämpft, soll nach der Meinung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) nicht Beamter werden dürfen. Es sei denn, er habe seine Treue zu jenen „Unabänderlichkeiten“ während einer dreijährigen Bewährungszeit unter Beweis gestellt. Die Mitgliedschaft in einer verfassungswidrigen Partei oder die Kandidatur für eine solche soll als Ablehnungsgrund für die Verbeamtung nicht ausreichen. Die ASJ beschloß auf ihrer Tagung am 10.1. weiter, daß Vorraussetzung für die Einstellung eines Bewerbers sein solle, daß er „durch Eid bekunde, das Grundgesetz und die Gesetze zu wahren.“

Die Macht der ,,Solidarität“

Bericht über eine Reise nach Polen – Erster Teil

krk. Trotz Nieselregen und Kälte steht eine lange Menschenschlange vor dem Posnaner Kino ,,Baltyk“. Um 6 und um 8 Uhr wird hier heute zweimal der Film ,,Arbeiter 80“ gezeigt. Als die Verkäuferin verkündet, daß die Karten alle sind und ihr Fensterchen schließt, geben es die leer Ausgegangenen nicht auf. Man stellt sich auf der anderen Seite vor das Kino, es könnte jemand Karten übrig haben. Den Film muß man gesehen haben, denn es handelt sich um so etwas wie ein Protokoll der Verhandlungen zwischen den Vertretern der Werftarbeiter und der Regierung im Laufe des Streiks. In unendlichen Bildfolgen sitzen sich die zwei Delegationen gegenüber, in fast atemloser Stille verfolgt das Publikum die Ereignisse. Lachen und Rufe ertönen, als der stellvertretenden Ministerpräsident Jagielski die polnische Verfassung in der Hand schwenkend behauptet, das Volk genieße doch alle notwendigen demokratischen Rechte. Auf der Leinwand spricht eine junge Frau: sie erinnert an die in Warschau einsitzenden Inhaftierten. Auf dem Tisch liegt ein fast unterschriftsreifes Dokument. Jagielski: ,,Ich schlage vor, wir unterschreiben“. Walesa: ,,Und ich schlage vor, wir warten 20 Minuten“ (um nach Warschau zu telefonieren, ob die Festgenommenen wieder frei sind). Jubel beim Publikum im Kino. Sie feiern das taktische Geschick eines der Ihrigen.

Noch hängen die verlogenen Parolen der PVAP an vielen Ecken polnischer Städte. ,,Die PVAP – Lehrerin der Arbeiterklasse“ oder ,,Vorwärts in der Planerfüllung“. Und zwei Häuser weiter, auf einem Bauzaun, mit großen weißen Lettern: ,,Sofortige Anerkennung der Solidarność ohne Änderung des Statuts“. Mit roter Farbe an einer Häuserwand: ,,Polen den Polen“. Auf dem alten Marktplatz, im Zentrum von Gdańsk, in einem kleinen Raum eine Fotoausstellung über die Wochen des Streiks und das Blutbad von 1970. Fotos, Zeitungsausschnitte und Tonbandaufnahmen vom Streik.

Das alles ist heute in Polen ,,erlaubt“, oder vielmehr erkämpft. Wie der Partei- und Staatsführung diese doppelte Machtäußerung schmerzt, zeigen die scharfen Angriffe Kanias auf die ,,Doppelherrschaft“, die es im öffentlichen Leben ,, . . . nicht geben darf.“ Es gibt sie aber und es wird nicht leicht sein, diese Macht, die die Solidarität jetzt schon hat, ihr zu entreißen. So ist es z.B. möglich, als Gast der ,,Solidarität“ so ziemlich ohne Weiteres das Tor der Lenin-Werft zu passieren – ganz als wäre man Gast

Inhaftierten. Auf dem Tisch liegt ein fast unterschriftsreifes Dokument. Jagielski: ,,Ich schlage vor, wir unterschreiben“. Walesa: ,,Und ich schlage vor, wir warten 20 Minuten“ (um nach Warschau zu telefonieren, ob die Festgenommenen wieder frei sind). Jubel beim Publikum im Kino. Sie feiern das taktische Geschick eines der Ihrigen.

Noch hängen die verlogenen Parolen der PVAP an vielen Ecken polnischer Städte. ,,Die PVAP – Lehrerin der Arbeiterklasse“ oder ,,Vorwärts in der Planerfüllung“. Und zwei Häuser weiter, auf einem Bauzaun, mit großen weißen Lettern: ,,Sofortige Anerkennung der Solidarność ohne Änderung des Statuts“. Mit roter Farbe an einer Häuserwand: ,,Polen den Polen“. Auf dem alten Marktplatz, im Zentrum von Gdańsk, in einem kleinen Raum eine Fotoausstellung über die Wochen des Streiks und das Blutbad von 1970. Fotos, Zeitungsausschnitte und Tonbandaufnahmen vom Streik.

Das alles ist heute in Polen ,,erlaubt“, oder vielmehr erkämpft. Wie der Partei- und Staatsführung diese doppelte Machtäußerung schmerzt, zeigen die scharfen Angriffe Kanias auf die ,,Doppelherrschaft“, die es im öffentlichen Leben ,, . . . nicht geben darf.“ Es gibt sie aber und es wird nicht leicht sein, diese Macht, die die Solidarität jetzt schon hat, ihr zu entreißen. So ist es z.B. möglich, als Gast der ,,Solidarität“ so ziemlich ohne Weiteres das Tor der Lenin-Werft zu passieren – ganz als wäre man Gast
der Direktion. Ein anderes Beispiel bringt der frisch gewählte Vertrauensmann des Ausbesserungswerks der Polnischen Eisenbahn (PKP) in Gdańsk. Die Arbeiter kommen zu ihm, wenn Materialien, Arbeitsmittel, Werkzeug fehlen, wenn die Arbeitsorganisation nicht klappt. Was fehlt, kann er zwar genauso wenig beschaffen wie etwa die Direktion, aber, sagt er, zu denen haben die Leute kein Vertrauen mehr.

Der Vertrauensmann der ,,Solidarität“ im PKP-Ausbesserungswerk ist um die 40. Er trägt einen blauen Kittel, wie seine Kollegen auch. Ein Abzeichen der ,,Solidarität“ verkündet, daß es sich um einen Funktionär der neuen Gewerkschaft handelt. Sein kleines Büro, der Schreibtisch und die Schreibmaschine wird aus Mitteln des Betriebes gestellt, seinen alten Lohn bekommt er von der Stadtverwaltung weiter ausgezahlt. Vor der Wahl war er Dispatcher (Schichtführer) im Ausbesserungswerk. Ich fragte einen älteren Kollegen, warum gerade dieser Kollege gewählt wurde. Als Dispatcher hätte er den notwendigen Überblick und die Erfahrung. Er wüßte über die Arbeit genau Bescheid. Der Kollege, der knapp 450 Arbeiter und Angestellte vertritt (stolz zeigt er das dicke Bündel von Eintrittserklärungen, 422 von 445 sind eingetreten), ist nur für drei Monate, für die Aufbauphase der Gewerkschaft freigestellt. Nach drei Monaten geht er zurück zu seiner Arbeit und wird seine gewerkschaftlichen Aufgaben nach der regulären Arbeitszeit wahrnehmen. Das heißt aber nicht, daß er während der Arbeitszeit nicht mit Problemen angesprochen werden dürfte.

Die Wahl des 15köpfigen Vorstandes der unabhängigen Gewerkschaftsgruppe fand kurz nach dem Streik statt. 10% der Mitglieder wurden als Kandidaten für die Leitung aufgestellt, von denen wurden dann die 15 in geheimer Wahl bestimmt. Die ,,Solidarität“ hat zentrale Richtlinien für die Wahl ihrer Funktionäre erlassen. Ein Mitarbeiter eines Planungsbüros in Gdańsk berichtet, wie die Wahlen bei ihnen durchgeführt wurden: jeder konnte Kandidaten vorschlagen, mußte aber seinen Vorschlag begründen. Wenn 30% der Belegschaft die Kandidatur eines Kollegen unterstützten, kam der Betreffende auf die Liste.

Wir fragen den Vertrauensmann, mit welchen Problemen die Belegschaftsmitglieder zu ihm kämen. Mit allem, was anfällt. Wenn Handschuhe und Arbeitskleidung fehlen, wenn die Werkstatt zu dreckig ist. Er hat bei Einstellungen und Entlassungen ein Veto-Recht, außer die Entlassung erfolgt wegen Trunkenheit. Bei der Eingruppierung der einzelnen Kollegen in Lohngruppen wird er nicht gefragt, das handelt ein jeder bei der Einstellung selber mit der Direktion aus. Was sie denn machten, wenn es in einer Frage zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten mit der Betriebsleitung käme. Dann würden sie eine Versammlung der Belegschaft einberufen (die neuerdings ausschließlich nach der Arbeitszeit stattfinden, um die Produktion nicht zu beeinträchtigen) und dort würde man versuchen, die Sache zu schlichten, einen Kompromiß zu finden. Von der Unversöhnlichkeit der Interessen geht dieser Vertrauensmann nicht aus. Wir berichten über die Rechte von Betriebsräten und Vertrauensleuten in westdeutschen Betrieben. Ein weiterer – sehr junger – Kollege, ebenfalls mit dem Abzeichen der Solidarität auf der Arbeitskleidung, hört aufmerksam zu. Als wir auf den Kündigungsschutz der Betriebsräte kommen, sagt er mit vor Wut blitzenden Augen: Das hätten wir auch nötig gehabt. Mich haben sie wegen ,,Sabotage“ aus einem anderen Betrieb hierher zwangsversetzt.

*

Zusammen mit den hochragenden Kränen der Danziger Werft bestimmen die drei Kreuze des Denkmals für die Opfer des Aufstandes von 1970 die Silhouette der Stadt. Tag und Nacht, bei Wind und Schneesturm – immer sind

Veto-Recht, außer die Entlassung erfolgt wegen Trunkenheit. Bei der Eingruppierung der einzelnen Kollegen in Lohngruppen wird er nicht gefragt, das handelt ein jeder bei der Einstellung selber mit der Direktion aus. Was sie denn machten, wenn es in einer Frage zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten mit der Betriebsleitung käme. Dann würden sie eine Versammlung der Belegschaft einberufen (die neuerdings ausschließlich nach der Arbeitszeit stattfinden, um die Produktion nicht zu beeinträchtigen) und dort würde man versuchen, die Sache zu schlichten, einen Kompromiß zu finden. Von der Unversöhnlichkeit der Interessen geht dieser Vertrauensmann nicht aus. Wir berichten über die Rechte von Betriebsräten und Vertrauensleuten in westdeutschen Betrieben. Ein weiterer – sehr junger – Kollege, ebenfalls mit dem Abzeichen der Solidarität auf der Arbeitskleidung, hört aufmerksam zu. Als wir auf den Kündigungsschutz der Betriebsräte kommen, sagt er mit vor Wut blitzenden Augen: Das hätten wir auch nötig gehabt. Mich haben sie wegen ,,Sabotage“ aus einem anderen Betrieb hierher zwangsversetzt.

*

Zusammen mit den hochragenden Kränen der Danziger Werft bestimmen die drei Kreuze des Denkmals für die Opfer des Aufstandes von 1970 die Silhouette der Stadt. Tag und Nacht, bei Wind und Schneesturm – immer sind
Menschen um das Denkmal herum. Sie lesen die Schrift auf den Schleifen von unzähligen Kränzen, legen kleine Sträuße nieder oder zünden Kerzen an der Mauer der Werft an. Das Denkmal liegt etwa 30 Meter vom Haupteingang der Lenin-Werft entfernt, am Rand eines belebten Verkehrsknotenpunktes. Jeder, der in die Werft will, Tausende von Arbeitern bei jedem Schichtwechsel, gehen daran vorbei. Am Eingang der Werft ein großer Glaskasten, zu dreivierteln mit Geldscheinen gefüllt: Spenden für die Hinterbliebenen der Opfer von 1970.

*

Die Zentrale der Solidarität ist in einem alten Hotel auf der Grunwaldska, der Hauptstraße, die Gdańsk, Sopot und Gdynia miteinander verbindet, untergebracht. Im fünfstöckigen Gebäude arbeiten etwa hundert ehrenamtliche Mitglieder und Angestellte der Gewerkschaft. Jedes Mitglied zahlt ein Prozent seines Lohnes als Beitrag in die Gewerkschaftskasse, u.a. für die laufenden Ausgaben. In den schmalen Fluren und dem Treppenhaus wimmelt es wie im Ameisenhaufen. An der Eingangstür gleich zwei Menschenschlangen. Die eine steht für Abzeichen der ,,Solidarität“ an, die an einem kleinen Fensterchen im Flur ausgegeben werden. Die anderen möchten ins Informationsbüro, wo zwei Angestellte versuchen, dem Ansturm gerecht zu werden. Sie erteilen Auskünfte, nehmen Anmeldeformulare entgegen. An der Forderfront des Hauses hängen rotweiße polnische Fahnen aus den Fenstern.









Hunderte von Kränzen liegen am Sockel des Denkmals zu Ehren der Opfer von 1970. Egal zu welcher Tageszeit, immer stehen Menschen am Platz. An der Mauer der Werft die Aufschrift – eine Übersetzung aus der Bibel von Czeslaw Milosz: ,,Der Herr gibt seinem Volk Kraft, der Herr gibt seinem Volk den Segen des Friedens“. – Schaufenster der Zentrale von ,,Solidarność“: eine Fotoausstellung über die Einweihungsfeier des Denkmals in Gdańsk. – Unsere Gastgeberin in einem Dorf der Kaschubei. Am bedrückendsten ist die Lage der Bauern in den kleineren Dörfern.

*

Malgorzata ist Studentin der Sopoter Universität für Wirtschaftswissenschaften, sie studiert Außenhandel. Was sich auf der Universität seit dem Streik geändert hätte, fragen wir sie. Sie hätten einen neuen, unabhängigen Studentenverband gegründet. Die Studenten wollen vor allem selbst über die Inhalte des Studiums mitbestimmen können, darüber, welche Fächer, mit welcher Intensität studiert werden sollen. Man wolle eben nicht ausschließlich die marxistische Philosophie, sondern alle anderen Richtungen kennenlernen, um sich dann frei entscheiden zu können, was man für richtig hält. Die Studenten im Außenhandel möchten auch Wirtschaftstheoretiker der westlichen Länder lesen können. Sie möchten vor allem gute Fachleute werden und lehnen daher jede Einschränkung ihres Studiums ab. Ob sie selbst Mitglied des neuen Studentenverbandes sei, fragen wir. Obwohl Malgorzata immer über ,,wir“ und ,,uns“ spricht, antwortet sie mit ,,nein“. Sie hätte zu einigen Leuten in der Leitung kein Vertrauen. Sie seien zuerst im alten Verband gewesen und dort groß herumgewirbelt und nun machen sie dasselbe im neuen Verband. Auch hier gebe es sowas wie Karrierismus, und Leute die immer machen, was ,,in“ ist. Die Mehrheit der Studenten soll – ihrer Einschätzung nach – einen abwartenden Standpunkt haben.

(Fortsetzung über Löhne, Preise, Mangelwaren und das Leben auf dem Land in der zweiten Folge)

Die polnische Arbeiterbewegung verbindet die Innen- mit der Außenpolitik



Hunderte von Kränzen liegen am Sockel des Denkmals zu Ehren der Opfer von 1970. Egal zu welcher Tageszeit, immer stehen Menschen am Platz. An der Mauer der Werft die Aufschrift – eine Übersetzung aus der Bibel von Czeslaw Milosz: ,,Der Herr gibt seinem Volk Kraft, der Herr gibt seinem Volk den Segen des Friedens“. – Schaufenster der Zentrale von ,,Solidarność“: eine Fotoausstellung über die Einweihungsfeier des Denkmals in Gdańsk. – Unsere Gastgeberin in einem Dorf der Kaschubei. Am bedrückendsten ist die Lage der Bauern in den kleineren Dörfern.

Malgorzata ist Studentin der Sopoter Universität für Wirtschaftswissenschaften, sie studiert Außenhandel. Was sich auf der Universität seit dem Streik geändert hätte, fragen wir sie. Sie hätten einen neuen, unabhängigen Studentenverband gegründet. Die Studenten wollen vor allem selbst über die Inhalte des Studiums mitbestimmen können, darüber, welche Fächer, mit welcher Intensität studiert werden sollen. Man wolle eben nicht ausschließlich die marxistische Philosophie, sondern alle anderen Richtungen kennenlernen, um sich dann frei entscheiden zu können, was man für richtig hält. Die Studenten im Außenhandel möchten auch Wirtschaftstheoretiker der westlichen Länder lesen können. Sie möchten vor allem gute Fachleute werden und lehnen daher jede Einschränkung ihres Studiums ab. Ob sie selbst Mitglied des neuen Studentenverbandes sei, fragen wir. Obwohl Malgorzata immer über ,,wir“ und ,,uns“ spricht, antwortet sie mit ,,nein“. Sie hätte zu einigen Leuten in der Leitung kein Vertrauen. Sie seien zuerst im alten Verband gewesen und dort groß herumgewirbelt und nun machen sie dasselbe im neuen Verband. Auch hier gebe es sowas wie Karrierismus, und Leute die immer machen, was ,,in“ ist. Die Mehrheit der Studenten soll – ihrer Einschätzung nach – einen abwartenden Standpunkt haben.

(Fortsetzung über Löhne, Preise, Mangelwaren und das Leben auf dem Land in der zweiten Folge)

Die polnische Arbeiterbewegung verbindet die Innen- mit der Außenpolitik

Walesa in Rom / Einladung durch den DGB / Zähes Ringen um das Danziger Abkommen

gek. Die erste Auslandsreise einer Delegation von ,,Solidarność“ nach Italien war ein kluger politischer Schritt. Vielleicht wäre es noch klüger gewesen, die polnische Gewerkschaft hätte die Einladung zum Kongreß der Ungarischen Gewerkschaften vor Wochen angenommen. Aber die Absage mag ihre Gründe gehabt haben.

In erster Linie war es ein Besuch beim Landsmann auf dem Stuhl Petri, Wojtyla. Stämmige Ordner in schwarzer Kutte beherrschten die Szene. Wojtyla hat die polnischen Gewerkschafter aufgerufen, ihre Ziele ,,mit Mut, aber auch mit Vorsicht und Augenmaß“ zu verfolgen. Er hat hervorgehoben: ,,Die Schaffung einer freien Gewerkschaft ist ein Ereignis von großer Wichtigkeit. Sie zeigt, daß es keinen Widerspruch gibt zwischen einer so gearteten autonomen, sozialen Initiative der arbeitenden Menschen und der Struktur des Systems, das sich auf die menschliche Arbeit als den grundlegenden Wert des sozialen und staatlichen Lebens beruft.“ Das war also eine ausdrückliche Ermahnung, an der in Danzig geschlossenen nationalen Einheitsfront festzuhalten. Ansonsten sollte die Gewerkschaft vor allem auf ihre Unabhängigkeit bedacht sein. – Man braucht mit Religion und Papst nichts am Hut zu haben, um zu sehen, daß zwischen den päpstlichen Ermahnungen und den gegenwärtigen Aufgaben und Zielen der Arbeiterbewegung Polens erst mal kein Widerspruch besteht. Umgekehrt ist für die polnische Arbeiterbewegung nicht nur ihre Nationalkirche, sondern auch die Tatsache, daß ein Pole in Rom sitzt, ein bedeutender Faktor, der ihr innen- und außenpolitischen Spielraum verschafft. – Walesa hat für seine Delegation geantwortet, die Gewerkschaft setze sich im Sinne der katholischen Soziallehre ,,für die Hilfe des Menschen durch den Menschen ein“. Er erbat ,,den Schutz der Mutter Gottes, der *Königin Polens*“.

Auch sonst war die Reise voller historischer Bezüge, die in Polen jeder versteht. Von Italien zogen nach der letzten Teilung Polens 1795 die polnischen Legionen mit Napoleon gegen die europäische Reaktion, gegen Preußen und den Zarismus, zu Felde. Das Marschlied dieser Soldaten ,,Noch ist Polen nicht verloren . . .“ ist die heutige Nationalhymne. Die Kranzniederlegung am Monte Cassino, wo eine der auf Seiten der Westmächte im 2. Weltkrieg kämpfenden polnischen Divisionen einen Sieg errang, ist gegen die herrschende Verfälschung der nationalen Geschichte gerichtet. Sowieso: diese Reise nach Italien war auch eine Reise ,,in den Westen“. Die polnische Gewerkschaft nimmt sich diese Freiheit vom eigenen Block, sie nutzt die westlichen Medien, da sie die eigenen nur spärlich nutzen kann.

Ansonsten war es ein Besuch bei den italienischen Gewerkschaften, auch der von der KPI geführten CGIL. Man hat die polnischen Gewerkschafter u.a. in die Erdbebengebiete geführt. Eine von ,,Solidarność“ geschickte Maschine mit Hilfsgütern hatte im November zu den ersten gehört. Diese Demonstration europäischer Klassensolidarität ist wohl in Erinnerung geblieben. Auf einem begeisterten Meeting in Rom ist sie bekräftigt worden.

Es hat Freude gemacht zu hören, daß Walesa für Februar eine Einladung des Deutschen Gewerkschaftsbundes erhalten und angenommen hat. Vetter hat sich gegen den Vorwurf, der DGB habe sich nicht um eine Unterstützung von ,,Solidarność“ bemüht, ausdrücklich verwahrt. Vielmehr sei einer Delegation des DGB das Visum verweigert worden. Man habe über den IBFG und die schwedischen Gewerkschaften konkrete Unterstützung geleistet. Wenn es so ist, umso besser. Die Aufnahme von Beziehungen zwischen DGB und ,,Solidarność“ wäre jedenfalls für beide Seiten eine ausgezeichnete Sache. Die Arbeiterklasse beider Länder hat ein unbedingtes Interesse, alle geschichtlichen Widersprüche zwischen beiden Nationen ein für allemal aus der Welt zu schaffen. Als Pegel

Fortsetzung Seite 4 unten

Zum Artikel „Gegen Freihandel heißt nicht, für Protektionismus zu sein“, KVZ 51/80, S. 1

Sehen, was an der Haltung der GTB richtig ist

In der KVZ 51/80 kritisierte der Genosse frb die Haltung der GTB folgendermaßen: „Aber wenn wir uns nicht für diesen Freihandel stark machen, so erst recht nicht für Protektionismus. Wer gegen Lambsdorff ist, muß noch lange nicht für Gesamttextil sein ... Es heißt, Billigimporte vernichten Arbeitsplätze. Aber Protektionismus verhindert die Vernichtung von Arbeitsplätzen auch nicht.“ Man weiß nichts Genaues, also enthält man sich darüber hinaus einer eigenen Stellungnahme.

Meiner Meinung nach kommt darin der Fehler zum Ausdruck, den der Genosse ges bereits in Kommunismus und Klassenkampf 6/80 kritisiert hat: Nämlich „die Auffassung, daß der Arbeiterklasse und den Volksmassen auch die materiellen Grundlagen der Beziehungen zwischen den Völkern egal sein könnten.“

Statt der GTB vorzuwerfen, „für Gesamttextil zu sein“, sollte man einmal die Haltung der Kapitalisten genauer unter die Lupe nehmen und zum anderen, ob und was an der Haltung der GTB richtig ist.

Anlaß dafür sollte doch zumindest die hohe Beteiligung der Beschäftigten an den Aktionen der GTB geben. (...) Natürlich mag bei der Propaganda der GTB-Führung auch die Gefahr von Chauvinismus bestehen. Dann wäre unsere Aufgabe doch gerade, das Richtige an den Positionen der GTB durch Untersuchungen zu stärken, gerade darüber wären die Genossen in der GTB dann auch in der Lage, chauvinistischen Auffassungen gegebenenfalls wirkungsvoll entgegenzutreten.

„Die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt sind an Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen interessiert“, schreibt der Genosse ges in Kommunismus und Klassenkampf 6/80.

Auf der Kundgebung in Albstadt-Tailfingen stellte der GTB-Vorsitzende Keller unter anderem folgendes fest: „Uns ist noch kein Unternehmer begegnet, der in einem Entwicklungsland eine Fabrik baute, um nur Gutes zu tun. Er will recht schnell viel Geld verdienen und es aus dem Land herausholen.“ „Die durch Ausbeutung erreichten Profite bleiben nicht bei den Menschen in Hongkong, sondern fließen in die Kassen der Unternehmen in den Industrieländern.“ Dabei wies Keller darauf hin, daß auch deutsche Textilkonzerne sich durch Produktionsverlagerungen an der Ausbeutung der Dritten Welt beteiligten, wofür es reichlich Beifall gab. (...) (Zitate von Keller aus Schwarzwälder Bote und ZAK vom 3.12.1980) Diese Aussagen stehen jedenfalls nicht in Widerspruch zu den Interessen der Völker der Dritten Welt.

Die Stellung von Gesamttextil ist meiner Auffassung nach eine grundsätzlich andere, trotz all ihrer Bekundungen über Gemeinsamkeiten.

So heißt es in einer Rede von Wilhelm Hardt, damals Präsident von Gesamttextil, 1975: „... die Textilindustrie muß weiter rationalisieren, und das heißt in erster Linie, mit weniger Arbeitskräften auskommen ... Wo soll die Textilindustrie investieren? Bisher hat sie ihre Standorte eigentlich nur ausnahmsweise nicht in der Bundesrepublik gewählt ... Inzwischen wird bei der Investitionsplanung mit zunehmender Selbstverständlichkeit ein Standort im Ausland mit in Erwägung gezogen ... Grundsätzlich gilt: Der Standort der Textilindustrie wird durch den Markt bestimmt (...) (Zitiert nach rororo, S. 186)

Als Beispiel zitiert rororo S. 142 die FAZ/BdW vom 6.3.1975: „So hat seine Behörde, die IDA, keine Schwierigkeiten gehabt, auch die einflußreiche Kirche davon zu überzeugen, daß NINO in Weford (Republik Irland) an sieben Wochentagen jeweils 24 Stunden arbeiten kann; das bedeutet Vier-Schicht-Betrieb mit insgesamt 168 Wochenstunden (wegen des Schichtbetriebs sollen fast nur Männer beschäftigt werden). In Nordhorn könnten die kapitalintensiven Anlagen dagegen nur im Drei-Schicht-Betrieb an 120 Wochenstunden und mit Überstunden höchstens 126 Stunden gefahren werden.“ Beispiele solcher Art gibt es noch viele, oft wird dieser Kapitalexport gerade durch Textil- und Bekleidungskapitalisten durch die Deutsche Entwicklungsgesellschaft unterstützt und gefördert. So ist die DEG z.B. an Triumph-Betrieben in Israel, Thailand und den Philippinen beteiligt.

Die Forderung der GTB nach „sozialen Mindestnormen“ finde ich demgegenüber nicht falsch, allerdings auch nicht ausreichend. Aber warum sollten wir nicht dafür Sorge tragen können, daß sich diese Forderung der GTB in einer Unterstützung der Kämpfe der Völker der Dritten Welt gegen die Ausplünderung durch das imperialistische Kapital ausdrückt? Ich hielte das eigentlich für naheliegend.

Gelöst ist damit die Frage, wie wir uns zum Welttextilabkommen verhalten sollen, noch nicht.

Was die Stellung der Dritten Welt zum WTA betrifft, so ist mir darüber nicht viel bekannt. Im Rahmen einer Untersuchung, die die KVZ einmal zum WTA machen sollte, müßte es aber möglich sein, hierzu einen Überblick zu verschaffen. In dem Brief, den der Europäische Gewerkschaftsausschuß Textil, Bekleidung, Leder Ende letzten Jahres an die EG-Kommission richtete, heißt es unter anderem, was die Bedürfnisse der Entwicklungsländer betrifft: „Wir sind uns dieser Bedürfnisse ebenfalls bewußt, und unsere Vorschläge zur Erneuerung des Multifaserabkommens haben die einstimmige Zustimmung der Arbeitnehmervertreter dieser Länder gefunden.“ (aus Textil, Bekleidung 12/80) Und die Zeitung „Textil-Mitteilungen“ vom 22.7.80 schreibt: „Der Beschluß einiger Entwicklungsländer – es handelt sich um die ASEAN-Staaten Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand – für die Beibehaltung des Welttextilabkommens (WTA) zu votieren, wurde in Bonn mit einiger Überraschung zur Kenntnis genommen. Begründet wurde dieser Beschluß der ASEAN-Mitglieder mit der Befürchtung, ohne WTA würden die Industrieländer noch restriktiver reagieren und damit die Exporte erschweren. Genau genommen handelt es sich bei den Beschließenden um die Vertreter der Textilindustrie dieser Länder.“

Wenn Länder der Dritten Welt politische Unabhängigkeit erreicht haben, ist es ihnen möglich, Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen auch mit imperialistischen Ländern wie der BRD zu pflegen. Das steht nicht im Widerspruch zum Interesse der westdeutschen Arbeiterklasse am Erhalt ihrer Arbeitsplätze (insgesamt und nicht bestimmte). Abkommen, die hierbei die beiderseitigen Interessen berücksichtigen, sind natürlich dazu notwendig, gleich welchen Namen man ihnen gibt. Inwieweit durch das WTA diese beiderseitigen Interessen berücksichtigt werden, das müßte evtl. im einzelnen untersucht werden.

(Das verwendete rororo-Buch heißt „Die neue internationale Arbeitsteilung“ von Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs, Otto Kreye, Hamburg, September 1977)

b., Albstadt

Zum Artikel „Großkundgebung gegen die Pläne des Hoesch-Kapitals“, KVZ 49/80, S. 6

Warum soll man eigentlich gegen die Forderung nach Verstaatlichung des Hoesch-Kapitals sein?

... Kopfzerbrechen macht offensichtlich die Forderung der IGM nach Verstaatlichung des Hoesch-Kapitals. Eine Forderung, die sich unumgänglich aufdrängt, wenn man liest: „Hoesch-Vorstandsvorsitzender Rohwedder: auch bei Kreditierung der gesamten Investitionssumme würde das Stahlwerk nicht gebaut.“ Wenn das Privatkapital die Produktion nicht entwickeln kann, muß der Produzent die Produktion übernehmen, ist die logische Konsequenz. Die Dortmunder IGM zieht diese Konsequenz und lädt sich zum Dank den Vorwurf der reformistischen Illusionen von seiten des KBW auf den Hals. Die KVZ empfiehlt statt dessen der Gewerkschaft, in der Besteuerung des Kapitals aktiv zu werden, um – so legt es der Artikel vielleicht ungewollt nahe – die Subventionierung des privaten Hoesch-Kapitals durch den Staatsapparat nicht zur Bürde der Volksmassen werden zu lassen. Ausgleich der Interessen; das Kapital bleibt bei Hoesch und der Steuergroschen in der Tasche des Arbeiters!

Nicht daß der KBW gegen Verstaatlichung wäre, aber: „Überreif ist die Verstaatlichung der Produktionsmittel ... allemal. (bloß jetzt, in den naßkalten Dezembertagen, nicht!) Daß ‚Gemeineigentum‘ unter der Herrschaft der Kapitalistenklasse das verwirklichen und die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise außer Kraft setzen würde, ist reformistische Illusion. Bedingung für die Arbeiterklasse ist die Zerschlagung der staatlichen Herrschaft der Kapitalitenklasse.“ Der Fehler des Artikels liegt meiner Meinung darin, daß Zerschlagung des Staatsapparates, d.h. demokratischer Kampf und Übernahme der Produktionsmittel durch die Arbeiter im revolutionären Prozeß als chronologische Reihe aufgefaßt wird; nicht als einheitlicher Prozeß, der beide Seiten umfaßt. Der demokratische Kampf ist prinzipiell auf Durchsetzung sozialer Interessen ausgerichtet und nicht auf „mehr Demokratie“ bis hin zur Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates. Die Durchsetzung der sozialen Interessen fordert im Falle der Dortmunder Hoescharbeiter die Enteignung des Hoesch-Kapitals. Das Problem besteht darin, wie gewährleisten, daß das Privatkapital unter Staatsflagge nicht weiter nach ausschließlichem Profitgesichtspunkt weiterproduziert und sich einen Dreck um die Interessen der Arbeiter schert.

Reformistische Illusion läge vor, wenn man glaubte, mit der Verstaatlichung sei der Käse im Ritz. Die Schranken der kapitalistischen Produktionsweise erfordern die politische Kontrolle über den Konzern.

Ist es reformistische Illusion, diesen Kampf aufzunehmen? Ist es „reformistische“ Illusion, wenn die Arbeiter dafür eintreten, daß Hoesch verstaatlicht wird, aber sie bestimmen, was im und mit dem Konzern geschieht?

Ist es eigentlich immer und prinzipiell unmöglich, daß ein Betrieb unter Kontrolle der Arbeiter nach einer Art sozialistischem Gewinnprinzip arbeitet statt nach der Profitrate, der die Ausbeutung zugrunde liegt? Selbst wenn! Wäre es richtig, die Arbeiter davon abhalten zu wollen, die Produktion in die Hand zu nehmen? ...

J. W., Delbrück

Zum Kommentar „Waffenlieferungen in die Dritte Welt?“, KVZ 1-2/81, S. 2

Doch für ein allgemeines Verbot des Rüstungsexports?

Es ist schon eine redaktionelle Meisterleistung, mit wie wenig Zeilen das Problem „Waffenlieferungen in die 3. Welt“ behandelt wird. Da stellt sich der Betriebsrat der Howaldt-Werke auf die Seite seines Kapitalisten mit dem Gewerkschaftsargument „Arbeitsplätze sichern, deshalb U-Boot-Export nach Chile“. Seine Gewerkschaft, die IG Metall, ist dagegen, weil dies kein Grund sein kann, Waffen in Länder zu schicken, in denen demokratische Rechte mißachtet werden. Ähnliche Fälle wird es in Zukunft sicher häufiger geben (siehe Leopard-Lieferung nach Saudi-Arabien, aber auch innere Krisenbewältigung mittels Rüstungsproduktion). Der geäußerte Standpunkt, gegen ein allgemeines Verbot nach Rüstungsexport der BRD-Imperialisten, scheint mir zweifelhaft. Wer entscheidet denn, ob die Unterdrückung im Innern zur Hauptseite gehört oder nicht? Auf jeden Fall sollen die Waffen jedesmal gegen das Volk angewandt werden. Die kämpfenden Völker werden sich jedenfalls über solche Art von internationaler Solidarität bedanken. Oder was glaubt ihr, wird das sahaurische Volk über Rüstungsexporte der BRD an Marokko denken, oder das Volk von Ost-Timor an Indonesien, oder aber an die faschistische Militärclique in El Salvador?

Meiner Meinung nach wird man mit eurem Standpunkt keinen Stich in der Arbeiter- und demokratischen Bewegung machen. Und von „theoretischer Initiative“, von Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die heutige Zeit, habe ich auch nicht viel gemerkt. Mich jedenfalls hat er nicht befähigt, in der Gewerkschaft mich für diesen Standpunkt einzusetzen.

PS: Im übrigen ist es schon ein Schlag in das Gesicht des chilenischen Volkes, die Verhältnisse dort mit „Unterdrückung ist nicht mehr die Hauptseite“ zu beschreiben. Woher habt ihr diese Analyse? Eine Begründung für solch eine weittragende Einschätzung hätte ich schon ganz gerne. Für mich gibt es keinen großen Unterschied in den Machtverhältnissen von Chile und El Salvador.

C. K., Frankfurt/M.

Zum Artikel „Ob la di – ob la da. Die Popmusik und der Kult“, KVZ 1–2/81, S. 16

Befreiende Wirkung der Beat-Musik

Den Artikel über die Beatles in der KVZ Nr. 1–2/1981 fand ich wirklich schlecht. Ich habe als Jugendlicher die Beatles-Zeit und die Entwicklung der Beat- und Pop-Musik engagiert mitgemacht. Ich bin der Meinung, die Hauptsache an dieser Musik und an den Gefühlen, die sie ausdrückt, ist positiv und fortschrittlich. Zur damaligen Zeit hatten die Beatles und andere Gruppen direkt revolutionierende Bedeutung für die Entwicklung der Musik. Das betrifft sowohl den Rhythmus als auch das Klangbild, den „sound“. Von den Instrumenten und der Musiktechnik her war das der Durchbruch der elektrischen Instrumente und der Anfang der sprunghaften Entwicklung der elektronischen und halbelektronischen Musik. Von den Inhalten der Musik, sowohl der Melodie als auch dem Text, wurden Gefühl und Bedürfnisse ausgedrückt, die massenhaft im Volk vorhanden sind. Das ist die Grundlage für die weltweite Beliebtheit und den Erfolg der Beatles. Die Musik entsprach technisch dem Fortschritt der Produktivkräfte und drückte in ihrem Inhalt oft den Wunsch nach anderen Verhältnissen aus, die den bestehenden Produktionsverhältnissen widersprechen. Bewußtseinsmäßig hatte die Beatmusik eben auch befreiende Wirkung, indem sie im Zusammenhang stand zu neuen Verhaltensweisen und Gedanken. Wenn wir uns damals lange Haare wachsen ließen, war es eine Rebellion gegen die bestehenden Verhältnisse. Die Reichen und Herrschenden hatten unter der Jugend kein Ansehen. Die damalige Jugendbewegung hatte sowieso eine politische Bedeutung und war beispielsweise sehr früh eine antimilitaristische Bewegung. Deshalb sollte man dazu stehen, daß man sich mit der Beat-Musik und den damit ausgedrückten Gefühlen stark identifiziert hat, sogar wenn man zu denjenigen gehören sollte, die damals in der ersten Reihe „hysterisch“ geschrieen haben. Der Verfasser wird die Bedeutung der Beat- oder Pop-Musik nie begreifen, wenn er den Zusammenhang der „Musik selbst“ mit „den Formen ihrer Rezeption“ auseinanderrreißt. Für idealistisch halte ich die Behauptung, die Beatles-Texte seien weitgehend von untergeordneter Bedeutung. Fest steht jedenfalls, daß Englisch die am weitest verbreitete Sprache ist und am ehesten unter allen Sprachen als eine Art Weltsprache bezeichnet werden kann. Damals haben viele von uns diese Texte abgeschrieben oder übersetzt und die Lieder nachgespielt oder nachgesungen.

Albrecht Keitel, Westberlin

entgegenzutreten.

„Die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt sind an Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen interessiert“, schreibt der Genosse ges in Kommunismus und Klassenkampf 6/80.

Auf der Kundgebung in Albstadt-Tailfingen stellte der GTB-Vorsitzende Keller unter anderem folgendes fest: „Uns ist noch kein Unternehmer begegnet, der in einem Entwicklungsland eine Fabrik baute, um nur Gutes zu tun. Er will recht schnell viel Geld verdienen und es aus dem Land herausholen.“ „Die durch Ausbeutung erreichten Profite bleiben nicht bei den Menschen in Hongkong, sondern fließen in die Kassen der Unternehmen in den Industrieländern.“ Dabei wies Keller darauf hin, daß auch deutsche Textilkonzerne sich durch Produktionsverlagerungen an der Ausbeutung der Dritten Welt beteiligten, wofür es reichlich Beifall gab. (...) (Zitate von Keller aus Schwarzwälder Bote und ZAK vom 3.12.1980) Diese Aussagen stehen jedenfalls nicht in Widerspruch zu den Interessen der Völker der Dritten Welt.

Die Stellung von Gesamttextil ist meiner Auffassung nach eine grundsätzlich andere, trotz all ihrer Bekundungen über Gemeinsamkeiten.

So heißt es in einer Rede von Wilhelm Hardt, damals Präsident von Gesamttextil, 1975: „... die Textilindustrie muß weiter rationalisieren, und das heißt in erster Linie, mit weniger Arbeitskräften auskommen ... Wo soll die Textilindustrie inve-

Kämpfe der Völker der Dritten Welt gegen die Ausplünderung durch das imperialistische Kapital ausdrückt? Ich hielte das eigentlich für naheliegend.

Gelöst ist damit die Frage, wie wir uns zum Welttextilabkommen verhalten sollen, noch nicht.

Was die Stellung der Dritten Welt zum WTA betrifft, so ist mir darüber nicht viel bekannt. Im Rahmen einer Untersuchung, die die KVZ einmal zum WTA machen sollte, müßte es aber möglich sein, hierzu einen Überblick zu verschaffen. In dem Brief, den der Europäische Gewerkschaftsausschuß Textil, Bekleidung, Leder Ende letzten Jahres an die EG-Kommission richtete, heißt es unter anderem, was die Bedürfnisse der Entwicklungsländer betrifft: „Wir sind uns dieser Bedürfnisse ebenfalls bewußt, und unsere Vorschläge zur Erneuerung des Multifaserabkommens haben die einstimmige Zustimmung der Arbeitnehmervertreter dieser Länder gefunden.“ (aus Textil, Bekleidung 12/80) Und die Zeitung „Textil-Mitteilungen“ vom 22.7.80 schreibt: „Der Beschluß einiger Entwicklungsländer – es handelt sich um die ASEAN-Staaten Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand – für die Beibehaltung des Welttextilabkommens (WTA) zu votieren, wurde in Bonn mit einiger Überraschung zur Kenntnis genommen. Begründet wurde dieser Beschluß der ASEAN-Mitglieder mit der Befürchtung, ohne WTA würden die Industrieländer noch restriktiver reagieren und damit die Exporte erschweren. Genau genommen handelt es sich bei den

kann, muß der Produzent die Produktion übernehmen, ist die logische Konsequenz. Die Dortmunder IGM zieht diese Konsequenz und lädt sich zum Dank den Vorwurf der reformistischen Illusionen von seiten des KBW auf den Hals. Die KVZ empfiehlt statt dessen der Gewerkschaft, in der Besteuerung des Kapitals aktiv zu werden, um – so legt es der Artikel vielleicht ungewollt nahe – die Subventionierung des privaten Hoesch-Kapitals durch den Staatsapparat nicht zur Bürde der Volksmassen werden zu lassen. Ausgleich der Interessen; das Kapital bleibt bei Hoesch und der Steuergroschen in der Tasche des Arbeiters!

Nicht daß der KBW gegen Verstaatlichung wäre, aber: „Überreif ist die Verstaatlichung der Produktionsmittel ... allemal. (bloß jetzt, in den naßkalten Dezembertagen, nicht!) Daß ‚Gemeineigentum‘ unter der Herrschaft der Kapitalistenklasse das verwirklichen und die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise außer Kraft setzen würde, ist reformistische Illusion. Bedingung für die Arbeiterklasse ist die Zerschlagung der staatlichen Herrschaft der Kapitalitenklasse.“ Der Fehler des Artikels liegt meiner Meinung darin, daß Zerschlagung des Staatsapparates, d.h. demokratischer Kampf und Übernahme der Produktionsmittel durch die Arbeiter im revolutionären Prozeß als chronologische Reihe aufgefaßt wird; nicht als einheitlicher Prozeß, der beide Seiten umfaßt. Der demokratische Kampf ist prinzipiell auf Durchsetzung sozialer Interessen ausgerichtet und nicht auf „mehr Demokratie“ bis

„Waffenlieferungen in die 3. Welt“ behandelt wird. Da stellt sich der Betriebsrat der Howaldt-Werke auf die Seite seines Kapitalisten mit dem Gewerkschaftsargument „Arbeitsplätze sichern, deshalb U-Boot-Export nach Chile“. Seine Gewerkschaft, die IG Metall, ist dagegen, weil dies kein Grund sein kann, Waffen in Länder zu schicken, in denen demokratische Rechte mißachtet werden. Ähnliche Fälle wird es in Zukunft sicher häufiger geben (siehe Leopard-Lieferung nach Saudi-Arabien, aber auch innere Krisenbewältigung mittels Rüstungsproduktion). Der geäußerte Standpunkt, gegen ein allgemeines Verbot nach Rüstungsexport der BRD-Imperialisten, scheint mir zweifelhaft. Wer entscheidet denn, ob die Unterdrückung im Innern zur Hauptseite gehört oder nicht? Auf jeden Fall sollen die Waffen jedesmal gegen das Volk angewandt werden. Die kämpfenden Völker werden sich jedenfalls über solche Art von internationaler Solidarität bedanken. Oder was glaubt ihr, wird das sahaurische Volk über Rüstungsexporte der BRD an Marokko denken, oder das Volk von Ost-Timor an Indonesien, oder aber an die faschistische Militärclique in El Salvador?

Meiner Meinung nach wird man mit eurem Standpunkt keinen Stich in der Arbeiter- und demokratischen Bewegung machen. Und von „theoretischer Initiative“, von Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die heutige Zeit, habe ich auch nicht viel gemerkt. Mich jedenfalls hat er nicht befähigt, in der Gewerkschaft mich für diesen Standpunkt einzusetzen.

den Erfolg der Beatles. Die Musik entsprach technisch dem Fortschritt der Produktivkräfte und drückte in ihrem Inhalt oft den Wunsch nach anderen Verhältnissen aus, die den bestehenden Produktionsverhältnissen widersprechen. Bewußtseinsmäßig hatte die Beatmusik eben auch befreiende Wirkung, indem sie im Zusammenhang stand zu neuen Verhaltensweisen und Gedanken. Wenn wir uns damals lange Haare wachsen ließen, war es eine Rebellion gegen die bestehenden Verhältnisse. Die Reichen und Herrschenden hatten unter der Jugend kein Ansehen. Die damalige Jugendbewegung hatte sowieso eine politische Bedeutung und war beispielsweise sehr früh eine antimilitaristische Bewegung. Deshalb sollte man dazu stehen, daß man sich mit der Beat-Musik und den damit ausgedrückten Gefühlen stark identifiziert hat, sogar wenn man zu denjenigen gehören sollte, die damals in der ersten Reihe „hysterisch“ geschrieen haben. Der Verfasser wird die Bedeutung der Beat- oder Pop-Musik nie begreifen, wenn er den Zusammenhang der „Musik selbst“ mit „den Formen ihrer Rezeption“ auseinanderrreißt. Für idealistisch halte ich die Behauptung, die Beatles-Texte seien weitgehend von untergeordneter Bedeutung. Fest steht jedenfalls, daß Englisch die am weitest verbreitete Sprache ist und am ehesten unter allen Sprachen als eine Art Weltsprache bezeichnet werden kann. Damals haben viele von uns diese Texte abgeschrieben oder übersetzt und die Lieder nachgespielt oder nachgesungen.

Albrecht Keitel, Westberlin

Polen Fortsetzung

dieses gemeinsamen Interesses mag man die wöchentliche Hatz in der sowjetischen Presse auf ein *Gespenst* des westdeutschen Revanchismus nehmen, gespickt mit Zitaten aus der faschistischen „National-Zeitung“, vor dem die polnischen Arbeiter erschrecken sollen. Das funktioniert nicht mehr; dazu hat die von der Arbeiterbewegung und demokratischen Bewegung in der BRD erkämpfte *de-facto*-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch den kniefälligen Brandt in Warschau beigetragen.

In Polen selbst war die Woche von vielfältigen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Gewerkschaft geprägt. Die widersprüchliche, in Danzig geschlossene Einheit bestätigt sich sowohl als Widerspruch wie als Einheit. „Solidarność“ hat deutlich gemacht, daß sie nicht bedingungslos auf der Durchsetzung der 40-Std.-Woche beharrt, sondern es darum geht, *wie* die einzelnen Punkte des Danziger Abkommens umgesetzt werden – ob in jeweiliger Absprache zwischen Regierung und Gewerkschaft, oder durch einseitige Dekrete und Gesetzesakte der Regierung, nachdem die Gewerkschaft bloß „gehört“ worden ist. Die Angaben darüber, wieviele Arbeiter und Angestellte am vorletzten Samstag zur Arbeit erschienen sind und wieviele nicht, weichen stark voneinander ab. In Warschau, an der Küste und im schlesischen Industrierevier ist jedenfalls in vielen Großbetrieben nicht gearbeitet worden. Klar ist, daß angesichts der äußerst angespannten Wirtschaftslage die Meinungen unter den Arbeitern geteilt waren; die Gewerkschaftsmitglieder waren auch nicht, wie bei einem Streik, *gehalten*, der Arbeit fern zu bleiben. Die Regierung hat die Aktion auch nicht als Streik bewertet, will aber den nicht erschienenen Arbeitern keinen Lohn zahlen. Die nächste Auseinandersetzung steht für Samstag, den 24. an.

Noch wichtiger nimmt die PVAP-Führung die Frage der Anerkennung der „Land-Solidarität“ als einer Bauerngewerkschaft. Ihre Anerkennung ist nach wie vor beim Obersten Gerichtshof anhängig. Die Partei will unter allen Umständen die Entstehung eines Arbeiter- und Bauernblocks verhindern, der zu einem nicht zu umgehenden Machtfaktor würde. Kania hat unverblümt erklärt, es dürfe in Polen „keinen Raum für eine Doppelherrschaft geben“. Konkret war das auf gemeinsame Aktionen von Arbeitern und Bauern an verschiedenenen Orten bezogen, die Amtsgebäude besetzt hatten, um Forderungen nach Aufklärung amtlicher Korruption, Ablösung belasteter Wojewoden oder auch Parteifunktionäre u.a. durchzusetzen. In zwei Fällen hat die Polizei die Gebäude letzte Woche geräumt; wie die staatliche Nachrichtenagentur betonte, „mit einem Maximum an Takt und Kultiviertheit von beiden Seiten“.

Takt hin, Kultiviertheit her. Die Zensur ist bereits wieder ziemlich nahtlos. Das Zensurgesetz liegt nicht, wie vereinbart, zur öffentlichen Erörterung vor. Dasselbe gilt vom Gewerkschaftsgesetz, in dem das Streikrecht geregelt werden soll. Auch um die Wirtschaftsreform findet die angekündigte offene Diskussion nicht statt. Die Attacken gegen „konterrevolutionäre Kräfte“ – Kania hat die Initiatoren der „Land-Solidarität“ pauschal darunter gezählt – sind regelmäßig.

Die PVAP-Führung steht unter ersichtlichem Druck der sowjetischen Hegemonialmacht. Diese hat klare innenpolitische Grenzen errichtet und sammelt systematisch Verbündete dort. So trat das Mitglied des ZK der PVAP, Wronski, zugleich Vorsitzender der sowjetisch-polnischen Freundschaftsgesellschaft, in der „Prawda“ als Autor auf, mit weitläufigen Ausfällen gegen „anti-sozialistische Elemente“ und Bekenntnissen zum „unerschütterlichen Bruderbund“. Bei einer Comecon-Ratstagung in Moskau wurde die polnische Delegation unter Jagielski regelrecht vorgeführt. Die Bitte um vermehrte Erdgaslieferungen der Sowjetunion mußte mit Verhandlungen über einen 700-Mio.-$-Großkredit verbunden werden. Polen wird sich dies Jahr mit insgesamt 3 Mrd. $ neuverschulden müssen. – In Warschau stattete der Oberkommandierende des Warschauer Pakts, Marschall Kulikow, mit unbestimmtem Zweck einen Besuch bei Kania ab. Die Sowjetunion läßt Polen seine wirtschaftliche und militärische Einbindung in den Pakt spüren und setzt auf die vielbeschworene „Anarchie“ in Polen. Aber gerade die von Moskau ins Visier genommenen „Konterrevolutionäre“ sehen das auch so. In einem Interview in „Le Monde“ hat Jacek Kuron vom KOR ausgeführt: „Es gibt für mich und meine Kollegen gar keinen Zweifel, daß sie (die Sowjetunion, d.Verf.) im Falle eines Zustandes der Anarchie in unserem Lande ... intervenieren würde. Andererseits bin ich fest davon überzeugt, daß die Anarchie und das Auseinanderfallen des Staates uns unausweichlich droht, wenn wir den mächtigen sozialen Bewegungen nicht klar sagen, was sie wollen, wonach sie streben und welche Grenzen sie respektieren müssen ... Eine realistische Haltung besteht nicht darin, von den Bedürfnissen einer Gesellschaft zu abstrahieren, sondern die Faktoren zu benennen, die ihrer sofortigen Umsetzung entgegenstehen, um die Bedingungen zu schaffen, die sie eines Tages möglich machen.“ Klärung der Ziele und festere Organisierung ist jetzt das Wichtigste der polnischen Arbeiterbewegung. Sie braucht Zeit. Kuron sieht die Lage nicht ohne Dramatik. Walesa hat mehrfach in Italien betont, „Solidarność“ befasse sich nicht mit Politik. Dazu hat er sein ernstestes Gesicht gemacht.



Demonstration der „Land-Solidarität“ vor dem Obersten Gerichtshof.

Wenige „erfahrene Politiker", viele Finanzmanager im Kabinett Reagans

Außenpolitik Reagans ist im wesentlichen abzusehen / Bisher formulierte wirtschaftspolitische Vorstellungen heftig umstritten

gkr. Zwei Wochen vor seiner Amtseinführung am 20. Januar hatte der neue amerikanische Präsident Reagan den letzten Anwärter auf einen Ministerposten benannt: Terell Bell soll Erziehungsminister werden, ein Posten, den Reagan eigentlich schon streichen wollte (gesamte Ministerliste siehe unten). Das Kabinett besteht damit etwa gleichgewichtig aus jenen Konservativen, die direkt zum Finanzkapital, das sich an der Ostküste konzentriert, gehören oder mit ihm engstens verbunden sind, wie etwa der neue Finanzminister Regan, und aus „Neuen Rechten", die ihre Basis unter den kleinen und mittleren Unternehmern, Hausbesitzern, Pensionären, Angestellten und Facharbeitern haben. Letztere hatten Reagan am längsten und stärksten im Wahlkampf um die Präsidentschaft unterstützt und fühlten sich nun zum Teil auch herabgesetzt. Vor allem ihr Ziel ist eine radikale Steuersenkung und ein „liberalerer" Kapitalismus, wie er einst vor den Zeiten des „New Deal" geherrscht hatte. Ein Vertreter dieser Gruppe ist insbesondere Stockman, der neue Budget-Direktor (ähnlich dem Wirtschaftsminister). Der wirtschaftspolitische Kurs der neuen Regierung ist dementsprechend nach wie vor umstritten, der außenpolitische Kurs dagegen in deutlichen Umrissen zu erkennen.

Außenpolitik – Reaktion auf eine veränderte Weltlage

Passenderweise hat Reagan als Vertreter seiner Außenpolitik, die explizit auf der militärischen Stärke als Supermacht beruht, den Viersterne-General und ehemaligen NATO-Oberbefehlshaber Haig nominiert. Dieser hat eine bewegte Vergangenheit im Dienste der US-Aggression hinter sich: Seit über 20 Jahren bei der Armee in verschiedenen Positionen, begann er seine politische Laufbahn Anfang der 70er Jahre unter Kissinger. An der Bombardierung Hanois während des Vietnamkrieges war er genauso beteiligt wie an den CIA-Machenschaften gegen den gewählten Präsidenten Chiles, Allende. Und er rechtfertigt heute beides nach wie vor. Nixon hatte er in seinen letzten Amtstagen als Stabschef im Weißen Haus gedient und war dann, von 1974 bis 1979, Oberkommandierender der NATO in Europa. Vor dem Auswärtigen Ausschuß des Senats (der Senat muß die vom Präsidenten zu ernennenden Minister bestätigen) legte Haig dar: „Washington müsse in seiner Politik von der zentralen strategischen Tatsache ausgehen, welche die achtziger Jahre bestimmt. Die Wandlung der sowjetischen Militärmacht von einer weitgehend zur Verteidigung bestimmten Land-Armee zu einer globalen Offensivmacht zu Land, zu Wasser und in der Luft, die ‚voll in der Lage ist, eine imperiale Außenpolitik zu stützen'." (FAZ, 12.1) Nur, Haig benennt damit nur die eine Seite (und verwischt damit auch die Entwicklung der Sowjetunion zur sozialimperialistischen Supermacht). Die andere der sich objektiv vollziehenden Entwicklung ist die folgende: Als Carter vor vier Jahren antrat, stand der US-Imperialismus als Aggressor in der Welt da, der gerade eine empfindliche Niederlage erlitten hatte. Sein moralisches Ansehen war auf einen Tiefpunkt gesunken. Zuletzt mit Kampuchea und Afghanistan ist offensichtlich geworden, daß gegenwärtig die Sozialimperialisten die Hauptaggressoren sind. Schon allein dadurch haben die US-Imperialisten etwas Spielraum gewonnen. Und sie können, zumindest teilweise, den Wunsch der Länder der Dritten Welt, sich gegen die Sozialimperialisten zur Wehr zu setzen, ausnutzen. Nur so wird Haigs Auftreten einleuchtend.

Er führte aus, Amerika könne nicht darauf verzichten, seine Überzeugung, wenn nötig, militärisch zu unterbauen. Er sehe einen Atomkrieg zwar als „unvorstellbares Unglück" an, es gebe jedoch „wichtigere Dinge, als in Frieden



Mitglieder des neuen Kabinetts. Von links: Casey, Stockman, Lewis, Schweiker, Baldrige, Smith, Weinberger und Regan

zu leben". Und Haig äußerte sich schließlich überzeugt, daß „die führenden Politiker der Sowjetunion diese Haltung begreifen". Diese werden, denn es ist die Sprache der einen Supermacht gegenüber der anderen. Nur: die eine ist objektiv eine absteigende Supermacht, und warum sollten die Sozialimperialisten auf Grund dieser Drohung friedlicher werden? Vor allem aber ist diese Drohung gegen die Staaten der Zweiten und Dritten Welt gerichtet, die die US-Imperialisten als in ihrem Einflußbereich liegend zählen. Schachfiguren sollen sie sein auf einem Brett, an dem sich die beiden Supermächte gegenübersitzen. An El Salvador soll sich diese Politik als nächstes zeigen, eine Politik, die schon unter der Carter-Regierung im vergangenen Jahr eingeleitet wurde.

Im neuen Haushalt, den die Carter-Administration gerade für 1982 eingebracht hat, soll die Stärkung der militärischen Macht noch mehr hervorgehoben werden. Schon nach dem Vorschlag steigt der Verteidigungshaushalt um 15%, die größte Steigerungsrate in Friedenszeiten bisher, auf 197 Mrd. $. Reagan will gleich noch 5 bis 10 Mrd. $ zulegen. Die US-Imperialisten werden auch in dieser Hinsicht an die westeuropäischen Staaten erneut ihre Anforderungen stellen.

Welche Linie in der Wirtschaftspolitik?

Die eigentliche Entscheidung über Erfolg oder Mißerfolg dieser Regierung wird in der Innen- und vor allem der Wirtschaftspolitik fallen. Wolle Reagan Erfolg haben, so müsse er vor allem rasch die richtigen Entscheidungen treffen. Soweit sind sich alle Kommentatoren einig. Welches die richtigen Maßnahmen sind, darüber gehen die Meinungen weit auseinander, und Reagan selbst hat sich noch nicht dazu ausgelassen. Die USA sind mitten in einer Krise. Zwar hatte die Industrieproduktion schon im Juli ihren Tiefpunkt erreicht und ist seither um 5,8% gestiegen (womit das Produktionsniveau immer noch 2,5% unter dem Vorjahresstand liegt), aber von der Wirtschaftspresse wird bereits ein neuerlicher Einbruch erwartet. Die Inflation nimmt dennoch weiter rasch zu und betrug im Oktober 12,6%, die höchste Rate seit Jahren. Es ist nicht abzusehen, welche Maßnahmen der Staat zur Ankurbelung der Wirtschaft und zur Senkung der Inflation ergreifen könnte. Auf jeden Fall hat das Mittel erhöhter Staatsausgaben mittlerweile ganz offensichtlich versagt.

Im Wahlprogramm hatte Reagan umgekehrt die populäre Maßnahme einer drastischen Senkung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt angekündigt, die Steuern sollten innerhalb von 3 Jahren um 30% gesenkt werden. Auf diese Weise sollten von der „Angebotsseite" (sowohl an flüssigem Kapital wie an verfügbarer Arbeitskraft) her alle Schranken für das Kapital beseitigt werden, auch die Hindernisse, die die Auswirkung der ökonomischen Abhängigkeit des Lohnarbeiters vom Kapital einschränken. Stockman, der neue Budget-Direktor, hat die Theorie Friedmans, drastische Senkung der Staatsausgaben, Kontrolle der umlaufenden Geldmenge und damit Eindämmen der Inflation, in einer Studie unter dem Titel: „Zur Vermeidung eines wirtschaftlichen Dünkirchen der Republikaner" mit der Forderung nach 30%iger Steuersenkung verbunden. In letzterem Punkt unterscheidet sich dies Konzept von dem der britischen Regierung der Margaret Thatcher, gegen das es mittlerweile selbst innerhalb der britischen Bourgeoisie heftigen Widerstand gibt (vgl. KVZ 49/1980). Und in einem weiteren Punkt unterscheidet es sich: die wirtschaftlichen Maßnahmen müßten in einem Paukenschlag erfolgen, Reagan sollte sofort den Wirtschaftsnotstand ausrufen, um die Maßnahmen durchführen zu können.

Um aber das bei diesen Maßnahmen entstehende Haushaltsdefizit decken zu können, müßten vor allem im Sozialbereich drastische Streichungen vorgenommen werden. Reagan will auch die 10 Mrd. $ für Ausbildungsmaßnahmen und staatliche Beschäftigungsprogramme, die 11 Mrd. $ für direkte Lebensmittelhilfsprogramme und andere Maßnahmen kürzen, besonders groß aber, das sehen die Bourgeois selbst voraus, werden die Möglichkeiten hier nicht sein. Die Carter-Regierung hatte noch errechnet, daß der addierte Steuerausfall auf Grund einer schrittweisen Steuersenkung um 30% in drei Jahren 100 Mrd. $ ausmachen würde. Die gewaltigen Haushaltsdefizite müßten fast zwangsläufig einen weiteren Anstieg der Inflation zur Folge haben. Vor allem von den Vertretern des Finanzkapitals in der zukünftigen Regierung kommt denn auch Widerstand, so wird es jedenfalls nicht gehen. Der zukünftige Finanzminister Regan, bisher Vorstandsvorsitzender des größten amerikanischen Börsenhauses Merrill Lynch und Company Inc. in New York, hatte vor dem Finanzausschuß des Senats schon angekündigt, daß ein Ausgleich des Haushalts (auch ohne Steuersenkung) auf jeden Fall frühestens 1984, ein Jahr später als versprochen, möglich sei. Reagan hatte zwar einen „eiligen Start" in der Wirtschaftspolitik angekündigt, am Ende könnte davon aber auch nicht viel mehr als eine deutliche Einschränkung der Sozialausgaben übrigbleiben.

Das Kabinett Reagans

Außenminister: Alexander Haig; Innenminister: James Watt; Verteidigungsminister: Caspar Weinberger; Justizminister: William French Smith; Finanzminister: Donald Regan; Handelsminister: Malcolm Baldridge; Energieminister: James Edwards; Verkehrsminister: Drew Lewis; Arbeitsminister: Raymond Donovan; Landwirtschaftsminister: John Block; Unterrichtsminister: Terrell Bell; Minister für Wohnungsbau und Städteplanung: Samuel Pierce; Minister für Gesundheitswesen und Soziales: Richard Schweiker; Direktor des Geheimdienstes CIA: William Casey; Budgetdirektor: David Stockman; Botschafterin bei den Vereinten Nationen: Jeane Kirkpatrick.

macht beruht, den Viersterne-General und ehemaligen NATO-Oberbefehlshaber Haig nominiert. Dieser hat eine bewegte Vergangenheit im Dienste der US-Aggression hinter sich: Seit über 20 Jahren bei der Armee in verschiedenen Positionen, begann er seine politische Laufbahn Anfang der 70er Jahre unter Kissinger. An der Bombardierung Hanois während des Vietnamkrieges war er genauso beteiligt wie an den CIA-Machenschaften gegen den gewählten Präsidenten Chiles, Allende. Und er rechtfertigt heute beides nach wie vor. Nixon hatte er in seinen letzten Amtstagen als Stabschef im Weißen Haus gedient und war dann, von 1974 bis 1979, Oberkommandierender der NATO in Europa. Vor dem Auswärtigen Ausschuß des Senats (der Senat muß die vom Präsidenten zu ernennenden Minister bestätigen) legte Haig dar: „Washington müsse in seiner Politik von der zentralen strategischen Tatsache ausgehen, welche die achtziger Jahre bestimmt. Die Wandlung der sowjetischen Militärmacht von einer weitgehend zur Verteidigung bestimmten Land-Armee zu einer globalen Offensivmacht zu Land, zu Wasser und in der Luft, die ‚voll in der Lage ist, eine imperiale Außenpolitik zu stützen'." (FAZ, 12.1) Nur, Haig benennt damit nur die eine Seite (und verwischt damit auch die Entwicklung der Sowjetunion zur sozialimperialisti-



Mitglieder des neuen Kabinetts. Von links: Casey, Stockman, Lewis, Schweiker, Baldrige, Smith, Weinberger und Regan

zu leben". Und Haig äußerte sich schließlich überzeugt, daß „die führenden Politiker der Sowjetunion diese Haltung begreifen". Diese werden, denn es ist die Sprache der einen Supermacht gegenüber der anderen. Nur: die eine ist objektiv eine absteigende Supermacht, und warum sollten die Sozialimperialisten auf Grund dieser Drohung friedlicher werden? Vor allem aber ist diese Drohung gegen die Staaten der Zweiten und Dritten Welt gerichtet, die die US-Imperialisten als

folg oder Mißerfolg dieser Regierung wird in der Innen- und vor allem der Wirtschaftspolitik fallen. Wolle Reagan Erfolg haben, so müsse er vor allem rasch die richtigen Entscheidungen treffen. Soweit sind sich alle Kommentatoren einig. Welches die richtigen Maßnahmen sind, darüber gehen die Meinungen weit auseinander, und Reagan selbst hat sich noch nicht dazu ausgelassen. Die USA sind mitten in einer Krise. Zwar hatte die Industrieproduktion schon im Juli ihren Tiefpunkt er-

her alle Schranken für das Kapital beseitigt werden, auch die Hindernisse, die die Auswirkung der ökonomischen Abhängigkeit des Lohnarbeiters vom Kapital einschränken. Stockman, der neue Budget-Direktor, hat die Theorie Friedmans, drastische Senkung der Staatsausgaben, Kontrolle der umlaufenden Geldmenge und damit Eindämmen der Inflation, in einer Studie unter dem Titel: „Zur Vermeidung eines wirtschaftlichen Dünkirchen der Republikaner" mit der Forderung nach

Inc. in New York, hatte vor dem Finanzausschuß des Senats schon angekündigt, daß ein Ausgleich des Haushalts (auch ohne Steuersenkung) auf jeden Fall frühestens 1984, ein Jahr später als versprochen, möglich sei. Reagan hatte zwar einen „eiligen Start" in der Wirtschaftspolitik angekündigt, am Ende könnte davon aber auch nicht viel mehr als eine deutliche Einschränkung der Sozialausgaben übrigbleiben.

Das Kabinett Reagans

Außenminister: Alexander Haig; Innenminister: James Watt; Verteidigungsminister: Caspar Weinberger; Justizminister: William French Smith; Finanzminister: Donald Regan; Handelsminister: Malcolm Baldridge; Energieminister: James Edwards; Verkehrsminister: Drew Lewis; Arbeitsminister: Raymond Donovan; Landwirtschaftsminister: John Block; Unterrichtsminister: Terrell Bell; Minister für Wohnungsbau und Städteplanung: Samuel Pierce; Minister für Gesundheitswesen und Soziales: Richard Schweiker; Direktor des Geheimdienstes CIA: William Casey; Budgetdirektor: David Stockman; Botschafterin bei den Vereinten Nationen: Jeane Kirkpatrick.

Regierungsumbildung in Zimbabwe

Einheit von ZANU und ZAPU ist von großer Bedeutung für die nationale Einheit Zimbabwes

lup. Der Ministerpräsident der Republik Zimbabwe, Robert Mugabe, hat am 9. Januar die erste Umbildung der Regierung seit der Unabhängigkeit angekündigt. J. Nkomo, Präsident der ZAPU und bislang Innenminister, soll durch R. Hove, ZANU(PF) und bislang Minister für den Öffentlichen Dienst, ersetzt werden und dessen Funktion übernehmen. Edgar Tekere, Generalsekretär der ZANU(PF) und bislang Minister für Arbeitskräfteplanung und Entwicklung, soll in dieser Funktion durch F. Shava, bislang Fraktionsvorsitzender der ZANU(PF) im Parlament, abgelöst werden. Gleichzeitig hat Mugabe vorgeschlagen, daß die Zahl der ZAPU-Mitglieder im Kabinett von 4 auf 5 erhöht werden und der Vizepräsident der ZAPU, J. Chinamano, zum Verkehrsminister ernannt werden soll.

Nkomo hat die angekündigte Kabinettsumbildung kritisiert und als Verletzung der Vereinbarungen bezeichnet, daß die Ministerien für Sicherheit unter beiden Parteien aufgeteilt werden sollten. Nkomo kündigte an, daß das Zentrale Komitee der ZAPU die angekündigte Kabinettsumbildung erörtern werde. Ergebnisse dieser Erörterung sind noch nicht bekannt.

Bedeuten die angekündigte Kabinettsumbildung und die Reaktion Nkomos darauf, daß die bisherige Einheit von ZANU und ZAPU gefährdet ist und größere Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien bevorstehen? Es ist zu hoffen, daß die bisherige Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien und damit die nationale Einheit des Volkes von Zimbabwe gewahrt werden kann. Eine Spaltung zwischen ZANU und ZAPU könnte leicht auch die nationale Unabhängigkeit Zimbabwes gefährden.

Spannungen zwischen ZANU und ZAPU hatte es bereits während des bewaffneten Befreiungskampfes immer wieder gegeben, auch wenn es keine unüberwindlichen programmatischen Differenzen zwischen den beiden Befreiungsbewegungen gab und gibt. Die beiden Parteien hatten in unterschiedlichem Umfang den bewaffneten Befreiungskampf geführt und zu dessen Sieg beigetragen. Die ZAPU war politisch und militärisch vergleichsweise schwach, was sich auch in den Wahlergebnissen ausdrückte. Die ZANU hatte damals 57 Sitze gewonnen, die ZAPU 20. In den Gebieten der Matabele, dem Minderheitsstamm im Westen des Landes, hatte die ZAPU aber fast alle Mandate gewonnen.

Anders als die ZANU hatte die ZAPU immer wieder Tendenzen, den Sieg im Befreiungskampf durch Hilfe von außen herbeizuführen. Nkomo hatte stets enge Beziehungen zu großen englischen Konzernen, vor allem zu Lonhro, einem der größten britischen Investoren in Zimbabwe, gepflegt. Die ZAPU hatte aber auch starke Tendenzen, sich an die Sowjetunion und das von ihr geführte Lager anzulehnen. Große Teile der ZIPRA sind von der Sowjetunion, Kuba, Äthiopien etc. ausgebildet, was gewiß nicht ohne Wirkung geblieben ist. – Eine Spaltung zwischen ZANU und ZAPU würde also nicht nur die Einheit des Volkes von Zimbabwe gefährden. Eine Spaltung der Einheit des Volkes von Zimbabwe würde unmittelbar den Interessen der Sowjetunion entsprechen, die den Wahlsieg Mugabes und die von der ZANU verfolgte Politik der Blockfreiheit als Niederlage ihrer Ambitionen im südlichen Afrika empfunden hatte. Gleichzeitig wäre die Gefahr einer südafrikanischen Einmischung hoch.

Es war von großer Bedeutung, daß nach dem Wahlsieg der ZANU, der von den Mehrheitsverhältnissen her die Bildung einer reinen ZANU-Regierung erlaubt hätte, Mugabe die ZAPU zur Teilnahme an der Regierung aufgefordert und Nkomo diese Aufforderung angenommen hatte. Aber auch seitdem ist die Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien nicht frei von Widersprüchen. Mitglieder der ZANU werfen der ZAPU immer wieder vor, die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom April 1980 nicht akzeptieren zu wollen. Aus den Reihen der ZAPU käme immer wieder die Propaganda, das Land sei noch nicht wirklich befreit, weil der „Führer des Befreiungskampfes"(gemeint ist Nkomo) nicht Ministerpräsident geworden sei. Ein weiterer Befreiungskampf stünde demnach noch bevor. Nkomo hat wiederholt zur Wahrung der Einheit des Landes aufgerufen. Er hat aber auch erklärt, „solange Demokratie herrscht", werde die ZAPU die kommenden Wahlen mit Sicherheit gewinnen. Er hat der ZANU öfters vorgeworfen, die Macht monopolisieren zu wollen. Auch der von der Regierung beschlossene Erwerb der Mehrheitsanteile des Argus-Pressekonzerns wurde so kritisiert. Der Konzern befindet sich bislang in südafrikanischem Besitz und kontrolliert die 5 wichtigsten Zeitungen des Landes.

Mugabe und die ZANU-PF haben im großen und ganzen versucht, die nationale Einheit und die Zusammenarbeit mit der ZAPU zu verteidigen, auf Dauer aber der ZAPU die politische Basis zu entziehen. Es gab aber auch Äußerungen einzelner Regierungsmitglieder, namentlich des Finanzministers, E.Nkalas, und des Entwicklungsministers, E. Tekere, die zur Verschärfung der Spannungen zwischen den beiden Parteien beigetragen haben. So hat E. Nkala mehrfach die Einführung eines Einparteiensystems und die Vernichtung Nkomos angedroht. Tekere bezeichnete die Zusammenarbeit mit der ZAPU als überflüssig. Mugabe hatte immer wieder erklärt, ein Einparteiensystem könne in Zimbabwe nur auf freiwilliger Basis eingeführt werden, zumindest gegenwärtig sei die Zeit dafür nicht reif.

Im November haben in Zimbabwe Wahlen zu den Lokal- und Distriktparlamenten stattgefunden. Ihr Ziel, in fast allen Distrikten die Bürgermeister zu stellen, hat die ZANU-PF bei diesen Wahlen erreicht, auch im Westen. In allen Distrikten mit Ausnahme Redcliffs, wo eine weiße Mehrheit gewählt wurde, und der Viktoriafälle, wo eine ZAPU-Mehrheit gewählt wurde, gewann die ZANU die Mehrheit der Mandate.

In Bulawayo aber, dem Zentrum des Matabele-Gebietes, in Salisbury und in einigen weiteren Gebieten mußten die Wahlen verschoben werden. Am 10. November war es in Bulawayo im Anschluß an eine ZANU-Wahlveranstaltung, auf der 3 Minister gesprochen hatten, zu bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen, die insgesamt 58 Tote gefordert hatten. Zu den Auseinandersetzungen kam es, nachdem ZAPU-Anhänger, die in Bussen herangefahren worden waren, den Angriff auf die Wahlversammlung eröffnet hatten. An den darauffolgenden Schießereien waren Einheiten der ZANLA und der ZIPRA, die in den Vorstädten von Bulawayo einquartiert waren, beteiligt. Nach einem Radioapell Mugabes , dem persönlichen Einsatz der Oberkommandierenden von ZANLA und ZIPRA und dem Einsatz der gemischt zusammengesetzten Armee gelang es, die Auseinandersetzungen zu schlichten bzw. zu unterdrücken.

Der tansanische Präsident J. Nyerere, der Anfang Dezember Zimbabwe besucht hatte, hat mit großem Nachdruck an die Bevölkerung Zimbabwes apelliert, die nationale Einheit zu verteidigen. Spaltungen unter den afrikanischen Völkern seien immer wieder eine der Ursachen von Niederlagen gegenüber fremden Eroberern und Imperialisten gewesen, erklärte Nyerere.

Politische Parteien in Italien nach Freilassung D'Ursos gespalten

mah. Der von den Roten Brigaden (BR) entführte Richter D'Urso ist inzwischen freigelassen worden, die Regierungskoalition hat sich gerade noch retten können, trotz ,,weicher Linie'' der Sozialisten, die z.B. in ihrem Zentralorgan die Dokumente der BR-Gefangenen, wie von diesen gefordert, abgedruckt hatten. Was versteckt sich hinter der Bezeichnung ,,harte'' und ,,weiche'' Linie? Die DC-Führer bangen um ihr leibliches und politisches Wohl und schwanken zwischen Haltlosigkeit und brutaler Unterdrückung. Die KPI wirft den Christdemokraten Unfähigkeit in der Verteidigung der Republik vor. Das gehört in ihre jetzige Strategie, eine Regierungskoalition ohne die DC als einzig mögliche Alternative darzustellen.

Allerdings sind die Positionen zum Terrorismus in der KPI differenziert. Als Vertreter des Berlinguer-Flügels erklärte ZK-Mitglied Pecchioli auf die Frage, ob die Forderung nach Schliessung des Sondergefängnisses Asinara nicht berechtigt sei, die BR würden diese Forderung nur als Vorwand benutzen, sie wollten nur den Staat in die Knie zwingen und Anerkennung als politische Kraft erreichen. Also dürfte die Schließung auf keinen Fall erfolgen, ob berechtigt oder nicht, man solle Armee und Polizei vielmehr stärken (,,Rinascita'', 26.12.). Anders die Kritik von Ingrao, Führer des ,,linken Flügels'' der KPI, die richtige Elemente enthält: ,,Der Terrorismus zielt darauf ab, die Züge, die Formen, den Charakter der Politik zu ändern, indem er die Konflikte auf einen Zusammenstoß zwischen gesonderten Formationen reduziert, auf einen Krieg zwischen militärischen Apparaten, außerhalb und über den großen Massen. Ob er es zugibt oder nicht, er zielt darauf ab, die Massen in die Passivität zu drängen.''(Crisi e terza via, S. 26) Einig ist sich die KPI aber in der Unterstützung der ,,harten Linie''.

Für die BR war die D'Urso-Aktion ein gewisser taktischer Erfolg. Sie haben spätestens seit Herbst '80 (nach eigener Angabe in der Zeitschrift ,,L'Espresso'') ihre Strategie modifiziert: die ,,rein militärische Praxis'' entspräche nicht mehr den Erfordernissen des Kampfes, sie sei mit politischen Inhalten zu verbinden, zentral der Forderung nach Schließung aller Sondergefängnisse. Spalterisch und letzten Endes reaktionär an dieser Strategie ist aber, daß sie demokratische Forderungen durch terroristische Erpressungen vom Staat erzwingen, den demokratischen Kampf durch den Terror ersetzen will. Daß die Arbeiterbewegung dieses Konzept ablehnt, ist richtig; daß der Schrei nach Solidarität mit dem bürgerlichen Staat auch in den Gewerkschaften sich Luft verschaffen kann, ist gefährlich.

El Salvador: Befreiungsstreitkräfte der FMLN haben militärisch die Initiative

chm. Am 10.1. hat der Sender der FMLN (Frente Farabundo Marti por la Liberacion Nacional) den Beginn der Generaloffensive der FMLN gegen die Militärjunta bekanntgegeben. Die FMLN rief das ganze Volk El Salvadors auf, die Offensive zu unterstützen. Die Arbeiter und Angestellten rief sie auf, sich an dem Generalstreik, der ab Dienstag beginnen sollte, zu beteiligen. Die Kämpfe toben in mindestens 7 der 14 Provinzen, der Nordostprovinz Mozaran, San Francisco Gotera, der Ostprovinz La Paz, Zacatecoluca, und der Nachschubhafen der Regierungstruppen, La Union. In der Hauptstadt San Salvador wird in mindestens fünfzehn Stadtteilen und Außenbezirken gekämpft. Die Kämpfer der FMLN erhalten große Unterstützung seitens der Bevölkerung. Das Hauptquartier der Luftwaffe, 15 km außerhalb San Salvadors, ist zerstört worden. Allem Anschein nach sind auch die Maschinen zerstört worden, weil sie nicht im Einsatz sind. Ebenso die Hauptquartiere der Infanterie und der Nationalgarde. Die Verbindungsbrücke zwischen der Hauptstadt und dem Norden des Landes wird von der FMLN besetzt gehalten. Militärisch befinden sich die Truppen der Junta in diesen Abschnitten in der Defensive. Zumal in fünf Garnisonen Teile der Armee mit ihren Waffen zur FMLN übergelaufen sind, dem Beispiel der Garnison von Santa Ana, der zweitgrößten Stadt des Landes folgend, die sich Anfang der Woche den Revolutionären anschloß. Die militärischen Einrichtungen konnten vollständig zerstört werden. Santa Ana ist unter Kontrolle der FMLN.d

Der Aufruf zum Generalstreik war nur zögernd befolgt worden. Von 200 Betrieben San Salvadors schlossen ca. 20. Am Streik beteiligten sich Angestellte des Finanz-, Justiz- und Erziehungsministeriums. Fast der gesamte Nahverkehr stand still.

Schon am Mittwoch hatte der US-Botschafter in El Salvador, White, erklärt, eine ausländische Landung stehe unmittelbar bevor. Die US-Regierung gibt jetzt zu, daß sie die Militärhilfe wiederaufgenommen hat. Die Angaben schwanken zwischen 5 und 10 Mio. $. ,,Berater'' sind auch gleich mitgeliefert worden. Haig hat diesen Beschluß der scheidenden Carter-Regierung begrüßt. Die FDR, die politische Führung des Widerstands, hat die Völker Amerikas aufgerufen, eine US-Intervention in El Salvador zu verhindern. In der Bombardierung der salvadorianischen Grenzgebiete durch die Luftwaffe Guatemalas sieht sie schon den Beginn einer solchen Intervention. Sie hat sich bereit erklärt, direkt mit der US-Regierung zu verhandeln. Eine Delegation der FDR ist nach Jugoslawien abgereist. Danach wird sie in Algerien erwartet.

Neuer japanischer Vorstoß in Südostasien?

Suzuki auf ASEAN-Rundreise / Japans Interesse an Südostasien reicht weit zurück

mat.Sydney. Gegenwärtig besucht der japanische Premierminister Suzuki die ASEAN-Länder (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand). Die japanische Presse sah dem Besuch nicht ohne Befürchtungen entgegen; die australische Presse sprach von einem ,,diplomatischen Test''. Für den Aufstieg des japanischen Imperialismus hat der ASEAN-Raum schon vor dem zweiten Weltkrieg, als Japan seine lang gehegte Hoffnung auf ein südostasiatisch-pazifisches Kolonialreich in einer Blitzoffensive wahrzunehmen versuchte, eine besondere Rolle gespielt. Allein in Niederländisch-Indien (dem heutigen Indonesien) stieg der Anteil japanischer Waren am Import zwischen 1913 und 1934 von 1,6 auf 31,8%. Die bis dahin eroberten Kolonien – der Nordosten Chinas (Mandschuko), Taiwan (Formosa) und Korea – waren zwar ausreichend, den Import von billigem Reis sicherzustellen und damit die japanischen Bauern in den Ruin und in die Fabriken zu treiben, und hatten damit wesentlich zur Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in Japan beigetragen. Als Grundlage für die angestrebte regionale Vorherrschaft reichten sie aber nicht aus. Auf dem Höhepunkt des Krieges befanden sich Birma, Indochina, das Gebiet der heutigen ASEAN-Staaten, Papua-Neuguinea, Mikronesien und große Teile Chinas unter japanischer Besetzung.

Nach dem Verlust aller Kolonien und besetzten Gebiete befand sich Japan in mehrfacher Hinsicht in ähnlicher Lage wie die BRD. Von der Ausbeutung der Arbeitskraft im Ausland weitgehend ausgeschlossen, gründete sich die Restauration des japanischen Imperialismus auf massiven Warenexport, wobei die Rohstoffe aus aller Welt importiert wurden. Dabei sind die Rohstoffvorkommen im Land nicht unbedeutend. Die einheimischen Kohlereserven werden auf 22 Mrd. Tonnen geschätzt; doch liegen sie tief und in geologisch schwierigem Gelände. Die eigene Kohleförderung betrug 1978 nur 19 Mio. Tonnen, der Import 53 Mio. Tonnen. Ähnlichkeit mit der BRD besteht auch bei der Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten: Die BRD importiert ⅓ ihres Nahrungsmittelbedarfs; Japans Selbstversorgungsrate liegt bei 70%, bei einzelnen Produkten sogar weit darunter (30% bei Getreide, 20% bei Weizen).

Um die Versorgung mit billigen Rohstoffen langfristig zu sichern, sind auch die japanischen Kapitalisten dazu übergegangen, Kapital in die Förderung im Ausland zu investieren. Japanisches Kapital ist unter anderem beteiligt an Kohleförderung in Australien, Kanada und der UdSSR, an Eisenabbau in Australien, Guinea und Chile, Kupferabbau in Peru, Panama, Brasilien, den USA und den Philippinen, Uranbergbau in Australien und Mali, Zinkgewinnung in Bolivien, den USA und Laos, Kobaltabbau in Sambia. Parallel dazu nehmen die Investitionen in der verarbeitenden Industrie zu, vor allem in Optik, Elektronik und Fahrzeugbau.

Die besondere Bedeutung des ASEAN-Raumes für den japanischen Imperialismus wird an der Verteilung der japanischen Auslandsinvestitionen deutlich. Zwischen 1951 und 1977 gingen 6,5 Mrd. US-Dollar oder 28,5% der Investitionen in asiatische Länder. Der größte Teil davon – 4,6 Mrd. oder 20,7% – ging in die ASEAN-Länder, etwa die Hälfte davon allein nach Indonesien. Das entspricht etwa dem Anteil der US-amerikanischen Investitionen in Südamerika an den USA-Auslandsinvestitionen insgesamt. Von den 10 japanischen PKW- und LKW-Herstellern haben 8 Montagewerke in Indonesien, 7 in Malaysia, 6 in den Philippinen, 1 in Singapur und 8 in Thailand, und überall drängen die Autokapitalisten darauf, die Erlaubnis für Exportproduktion zu erhalten. Gleichzeitig hat Japan den PKW-Export in die ASEAN-Länder von 1973 bis 1978 mehr als verdoppelt. Die von ASEAN geplanten gemeinsamen Industrieprojekte werden überwiegend von Japan finanziert.



Trotzdem ist ASEAN für Japan nicht, was Südamerika für die USA ist. Dort befindet sich der US-Imperialismus in unangeschlagener Vormachtstellung; hier steht Japan in scharfer Konkurrenz mit den USA. Der Kapitalexport der USA nach Asien betrug zwar in den siebziger Jahren stets unter 8% aller USA-Auslandsinvestitionen, lag aber mit 7 Mrd. Dollar beim Sechsfachen der japanischen jährlichen Neuinvestitionen in Asien. Ähnliche Zahlen ergeben sich, wenn man einzelne Länder oder die ASEAN-Länder als Gesamtheit vergleicht.

Die japanischen Imperialisten nutzen die Bemühungen der ASEAN-Länder, sich von der Vorherrschaft des USA-Kapitals zu befreien, zur Festigung ihrer eigenen Position. Nachdem sie die Finanzierung der von ASEAN gemeinsam geplanten Düngemittelfabrik auf Sumatra (Indonesien) an sich gezogen haben, konnten sie den Preis durch Verzögerungen um 30% in die Höhe treiben. Teilweise versucht Japan offen, ASEAN zu seinem Hinterhof zu machen. So bietet es die vollständige Finanzierung eines ASEAN-Forschungsinstituts mit eventuellem Ausbau zur Universität an, wenn das Institut in Japan errichtet wird.

Ein Besuch des japanischen Premierministers Tanaka 1974 in den ASEAN-Ländern mußte nach Massendemonstrationen der Studenten in Indonesien und Thailand vorzeitig abgebrochen werden.

Zwar übergeben indonesische Studenten während Suzukis Aufenthalt der japanischen Botschaft eine Stellungnahme, in der sie die Durchdringung ASEANs mit japanischem Kapital angreifen, doch sind die Widersprüche dieses Mal vor allem zwischen den gastgebenden Regierungen und dem Besucher zutage getreten. Der Versuch, die Kritik durch die Ankündigung einer ,,Suzuki-Doktrin'', die zum Ende des Besuchs in Thailand bekanntgegeben werden soll, zu beschwichtigen, war nur halb erfolgreich. Suzuki mußte die Beschleunigung der Hilfe für die Düngemittelfabrik zusagen. Als Schwerpunkt zukünftiger Zusammenarbeit nannte er die Entwicklung von Landwirtschaft, dörflicher Infrastruktur, Energie, Mittel- und Kleinbetrieben und Ausbildung.

Scharfer Kritik an Japans Kampuchea-Politik sah sich Suzuki vor allem in Singapur ausgesetzt. Während Japan die vietnamesische Invasion in Worten verurteilt, hat es Schritte zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Heng-Samrin-Regime unternommen. In einer Pressekonferenz in Djakarta mußte Suzuki Unterstützung für die von ASEAN geforderte Kampuchea-Konferenz zusichern. Er sagte, als neues Mitglied des UN-Sicherheitsrates werde Japan UN-Generalsekretär Waldheim zur baldigen Durchführung der Konferenz drängen, und schloß die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Vietnam aus, solange Vietnam sich weigert, an der Konferenz teilzunehmen. Die Hoffnung, die Front der ASEAN-Länder aufweichen zu können, war vergebens.



Studenten demonstrieren gegen den Besuch Tanakas 1974 in Bangkok

El Salvador: Befreiungsstreitkräfte der FMLN haben militärisch die Initiative

chm. Am 10.1. hat der Sender der FMLN (Frente Farabundo Marti por la Liberacion Nacional) den Beginn der Generaloffensive der FMLN gegen die Militärjunta bekanntgegeben. Die FMLN rief das ganze Volk El Salvadors auf, die Offensive zu unterstützen. Die Arbeiter und Angestellten rief sie auf, sich an dem Generalstreik, der ab Dienstag beginnen sollte, zu beteiligen. Die Kämpfe toben in mindestens 7 der 14 Provinzen, der Nordostprovinz Mozaran, San Francisco Gotera, der Ostprovinz La Paz, Zacatecoluca, und der Nachschubhafen der Regierungstruppen, La Union. In der Hauptstadt San Salvador wird in mindestens fünfzehn Stadtteilen und Außenbezirken gekämpft. Die Kämpfer der FMLN erhalten große Unterstützung seitens der Bevölkerung. Das Hauptquartier der Luftwaffe, 15 km außerhalb San Salvadors, ist zerstört worden. Allem Anschein nach sind auch die Maschinen zerstört worden, weil sie nicht im Einsatz sind. Ebenso die Hauptquartiere der Infanterie und der Nationalgarde. gend, die sich Anfang der Woche den Revolutionären anschloß. Die militärischen Einrichtungen konnten vollständig zerstört werden. Santa Ana ist unter Kontrolle der FMLN.d

Der Aufruf zum Generalstreik war nur zögernd befolgt worden. Von 200 Betrieben San Salvadors schlossen ca. 20. Am Streik beteiligten sich Angestellte des Finanz-, Justiz- und Erziehungsministeriums. Fast der gesamte Nahverkehr stand still.

Schon am Mittwoch hatte der US-Botschafter in El Salvador, White, erklärt, eine ausländische Landung stehe unmittelbar bevor. Die US-Regierung gibt jetzt zu, daß sie die Militärhilfe wiederaufgenommen hat. Die Angaben schwanken zwischen 5 und 10 Mio. $. ,,Berater'' sind auch gleich mitgeliefert worden. Haig hat diesen Beschluß der scheidenden Carter-Regierung begrüßt. Die FDR, die politische Führung des Widerstands, hat die Völker Amerikas aufgerufen, eine US-

tik von Ingrao, Führer des ,,linken kann, ist gefährlich.

Nach dem Verlust aller Kolonien und besetzten Gebiete befand sich Japan in mehrfacher Hinsicht in ähnlicher Lage wie die BRD. Von der Ausbeutung der Arbeitskraft im Ausland weitgehend ausgeschlossen, gründete sich die Restauration des japanischen Imperialismus auf massiven Warenexport, wobei die Rohstoffe aus aller Welt importiert wurden. Dabei sind die Rohstoffvorkommen im Land nicht unbedeutend. Die einheimischen Kohlereserven werden auf 22 Mrd. Tonnen geschätzt; doch liegen sie tief und in geologisch schwierigem Gelände. Die eigene Kohleförderung betrug 1978 nur 19 Mio. Tonnen, der Import 53 Mio. nach Indonesien. Das entspricht etwa dem Anteil der US-amerikanischen Investitionen in Südamerika an den USA-Auslandsinvestitionen insgesamt. Von den 10 japanischen PKW- und LKW-Herstellern haben 8 Montagewerke in Indonesien, 7 in Malaysia, 6 in den Philippinen, 1 in Singapur und 8 in Thailand, und überall drängen die Autokapitalisten darauf, die Erlaubnis für Exportproduktion zu erhalten. Gleichzeitig hat Japan den PKW-Export in die ASEAN-Länder von 1973 bis 1978 mehr als verdoppelt. Die von ASEAN geplanten gemeinsamen Industrieprojekte werden überwiegend von Japan finanziert.

brochen werden.

Zwar übergeben indonesische Studenten während Suzukis Aufenthalt der japanischen Botschaft eine Stellungnahme, in der sie die Durchdringung ASEANs mit japanischem Kapital angreifen, doch sind die Widersprüche dieses Mal vor allem zwischen den gastgebenden Regierungen und dem Besucher zutage getreten. Der Versuch, die Kritik durch die Ankündigung einer ,,Suzuki-Doktrin'', die zum Ende des Besuchs in Thailand bekanntgegeben werden soll, zu beschwichtigen, war nur halb erfolgreich. Suzuki mußte die Beschleunigung der Hilfe für die Düngemittelfabrik zusagen. Als Schwerpunkt zukünftiger Zusammenarbeit nannte er die Entwicklung von Landwirtschaft, dörflicher Infrastruktur, Energie, Mittel- und Kleinbetrieben und Ausbildung.

Scharfer Kritik an Japans Kampuchea-Politik sah sich Suzuki vor allem in Singapur ausgesetzt. Während Japan die vietnamesische Invasion in Worten verurteilt, hat es Schritte zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Heng-Samrin-Regime unternommen. In einer Pressekonferenz in Djakarta mußte Suzuki Unterstützung für die von ASEAN geforderte Kampuchea-Konferenz zusichern. Er sagte,

Wehrdienst in Ungarn auf 18 Monate verkürzt

krk. Auf der letzten Parlamentssitzung verabschiedete das ungarische Parlament eine Änderung des Verteidigungsgesetzes von 1976. Die Wehrdienstzeit wurde von bisher 24 Monaten auf 18 Monate herabgesetzt. Verteidigungsminister Czinege begründete die Änderung mit der gewachsenen Qualifikation der ungarischen Jugend, die die Aneignung des Waffenhandwerks in kürzerer Zeit ermögliche. Außerdem erwarte man geburtenstarke Jahrgänge. Die Arbeitseinsätze der Armee werden reduziert. Eine politisch wie wirtschaftlich günstige Maßnahme.

Brutale Haftstrafen für Oppositionelle in Estland

gek. Nach einwöchigem Prozeß sind in Tallinn, der Hauptstadt Estlands, der 46jährige Fremdsprachenlektor Mart Niklus und der 40jährige Chemiker Jüri Kukk wegen ,,antisowjetischer Agitation und Propaganda'' verurteilt worden. Niklus erhielt 10 Jahre Zwangsarbeit im Straflager mit anschließender Verbannung aus Estland; Kukk zwei Jahre Gefängnis. Für Niklus, der schon 1958 und 1966 längere Zeit inhaftiert war, bedeutet das fast ein Todesurteil. Niklus hat sich zuletzt offen mit anderen Oppositionellen aus Lettland und Litauen zusammengeschlossen und mit ihnen 1979 ein ,,Baltisches Manifest'' veröffentlicht, worin anläßlich des 40. Jahrestags des Vertrags von 1939 zwischen der Sowjetunion und Hitler-Deutschland das Selbstbestimmungsrecht für die baltischen Völker gefordert worden ist. (In diesem Vertrag waren die damals unabhängigen baltischen Staaten zum ,,Interessengebiet'' der Sowjetunion erklärt worden.) – Kukk war bis 1978 Mitglied der KPdSU. Er hat im Januar letzten Jahres mit Niklus zusammen ein Protestschreiben gegen die Invasion in Afghanistan an Breschnew gerichtet. Seit März wird er in Psychiatrischen Kliniken festgehalten.

Unklare Lage in Israel nach Rücktritt des Finanzministers

chm. Nach dem Rücktritt des israelischen Finanzministers Hurvitz und dem Austritt seiner Dreimannfraktion aus der Regierungskoalition der Likud hat sich die Mehrheit der Regierung für Neuwahlen ausgesprochen. Umstritten ist dabei der Termin. Die Opposition bereitet eine Gesetzesvorlage vor, die die Auflösung der Knesseth und die Ausschreibung von Neuwahlen innerhalb von 60 Tagen fordert. Der früheste Termin für Neuwahlen, der von Begin selber anvisiert wird, ist nach 100 Tagen. Seitens Wohnungsbauministers Levy und Landwirtschaftsministers Sharon laufen Versuche, über ein Ministerkarussell die auseinandergebrochene Koalition zusammenzukitten.

Einigung zwischen Iran und USA

bep. Letzte Woche hat das iranische Parlament durch Bestätigung der Vermittlerrolle Algeriens die Voraussetzung für eine bindende Vereinbarung mit den USA über die Befriedigung der iranischen Ansprüche an die USA und die Freilassung der Geiseln geschaffen. Kurz vor Ablauf eines Ultimatums der iranischen Regierung übermittelten die USA am Freitagabend den Entwurf eines Abkommens über die Bedingungen der Geiselfreilassung und deponierten gleichzeitig einen Teil der beschlagnahmten iranischen Vermögenswerte bei der englischen Zentralbank. Bei der ersten Rate soll es sich um 2,5 Mrd. Dollar handeln, während die USA in den Verhandlungen vorher schon die Freigabe von insgesamt 9,5 Mrd. Dollar in Aussicht gestellt hatten. – Die anhaltenden heftigen Kämpfe in der Provinz Khuzestan zeigen noch keine entscheidenden Ergebnisse. Ayatollah Khomeini stellte sich öffentlich hinter die Kriegsführung des Staatspräsidenten Bani-Sadr und der Generalität. – Am 25. Januar beginnt die nächste Islamische Konferenz. Der pakistanische Staatspräsident Zia ul-Haq hat mit der türkischen und der jordanischen Regierung über einen neuen Vorschlag zur Beilegung des Kriegs Iran – Irak verhandelt.

Tschad-Konferenz ohne Libyen und ohne Tschad

chm. Die von der OAU einberufene Tschad-Konferenz in Lomé, der Hauptstadt von Togo, hat in ihren Beschlüssen die Fusion des Tschad mit Libyen scharf verurteilt. Sie betrachtet diese sogenannte Fusion als einen Verstoß gegen die Beschlüsse der Tschad-Konferenz von Lagos, die ausdrücklich jegliche fremde Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Tschad verurteilt und den Charakter der jetzigen Regierung von Goukoni Oueddei als ,,Übergangsregierung'' hervorgehoben hatten. Die Konferenz hat dem Generalsekretär der OAU das Mandat erteilt, ,,vor April 81 gerechte und freie Wahlen'' im Tschad durchzuführen. Sie bekräftigte nochmals die dringende Notwendigkeit, eine Friedenssicherungstruppe aus den Nachbarstaaten des Tschad Benin, Kongo, Togo und Guinea, die auch den Tschad-Ausschuß der OAU bilden, mit Unterstützung der UNO aufzustellen. Die Beschlüsse, die einstimmig gefaßt wurden, wurden in Abwesenheit sowohl Libyens als auch des Tschad verabschiedet. Goukoni Oueddei war zur Konferenz erst gar nicht erschienen. Triki, der libysche Außenminister, verließ die Konferenz vorzeitig, als sich abzeichnete, daß sie mit einer Niederlage für die libysche Politik enden würde. Der sudanesische Präsident Numeiry will eine Konferenz der afrikanischen Staatschefs zur Beratung über die Annexion des Tschad durch Libyen einberufen.

24./25.1. in Dortmund: Kongreß „Lehrerausbildung und Schule" der vds

klb. Am 24./25. Januar findet in Dortmund der Kongreß „Lehrerausbildung und Schule" der vds statt. Er beginnt am Samstag um 12 Uhr mit einer Demonstration unter der Losung „Bildungsabbau, Studienformierung, Lehrerarbeitslosigkeit – STOP!", am Nachmittag und Sonntagvormittag folgen verschiedene Diskussionsblöcke. Der Kongreß schließt am Sonntag um 14 Uhr mit einer Plenumssitzung „Gemeinsam weiter – aber wie?", zu der ein Entwurf für ein Manifest und ein Sofortprogramm vorliegt, der dort beraten und beschlossen werden soll. Die Intention des Kongresses, durch gemeinsame Beratung von gewerkschaftlich organisierten Lehrern und Wissenschaftlern, Schülern und Studenten einen Schritt zur Vereinheitlichung der Ziele und Forderungen im Kampf um das Bildungswesen zu tun, ist in jedem Fall unterstützenswert.

Bereits mit der Krise der Jahre 1974/75 hat im Bereich der Lehrerausbildung stattgefunden, was in der einschlägigen bildungstheoretischen Literatur als „Tendenzwende", als „Ende der Bildungsreform" bezeichnet wurde. Tatsächlich war im Zeitraum von 1965 bis 1976 die Zahl der Lehrer um 92% gestiegen, die der Schüler nur um 75%, so daß sich z.B. an den Grund- und Hauptschulen die Lehrer-Schüler-Relation von 1 zu 33 auf 1 zu 26 verbesserte. Besuchten 1965 nur 15,8% der 13jährigen ein Gymnasium und betrug der Anteil der Abiturienten am entsprechenden Altersjahrgang 7,5%, so stiegen die Anteile auf 25 bzw. 20% Mitte der siebziger Jahre. Die Studentenzahlen verdreifachten sich von 1960 bis 1978 auf 900000. (Alle Angaben nach: Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland, Hrsg.: Arbeitsgruppe am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Hamburg, 1979).

Diese Tatsachen wie im Bereich der Lehrerausbildung die Abschaffung der konfessionellen Lehrerausbildung 1969, das durch die Frankenthaler Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Kultusminister vom 11.12.70 angestrebte einheitliche Lehramt, die Einrichtung von Gesamthochschulen und Modelle einer einphasigen Lehrerausbildung (Aufhebung der Trennung zwischen Studium und Referendariat) u.a.m. gaben die Grundlage ab für allerlei reformistische Verklärungen der sogenannten Bildungsreform. Zugrunde aber lag dieser Reformpolitik, die Produktivkräfte durch den planmäßigen Einsatz der Wissenschaft in der Produktion beständig revolutionieren zu müssen und deshalb das Bildungsniveau des Gesamtarbeiters zu erhöhen, um in der internationalen Konkurrenz bestehen zu können. Spätestens aber mit der Wirtschaftskrise 74/75 wurden die Schranken, die die kapitalistischen Produktionsverhältnisse dieser Entwicklung setzten, deutlich, wurde deutlich, daß es der sozialliberalen Koalition keineswegs um eine umfassende Volksbildung und deren demokratische Kontrolle ging. Die Vorgaben des Bildungsgesamtplanes von 1973 bezüglich des Lehrerbedarfs, der Lehrer-Schüler-Relation etc. wurden nach unten korrigiert, im Zuge des Haushaltsstrukturgesetzes wurde der Etat des Bundesbildungsministeriums um 10,2% gekürzt, nachdem er im Durchschnitt der Jahre 1965 – 1975 um real 4% jährlich aufgestockt worden war. Die Schaffung eines einheitlichen Lehramtes, einer einheitlichen Lehrerausbildung, differenziert nurmehr nach Schulstufen, und auch eine einheitliche Besoldung der Lehrer, sämtlich alte Forderungen der Gewerkschafts- und Studentenbewegung, wurden endgültig zu Grabe getragen. Lediglich im Lehrerausbildungsgesetz von Bremen wurde diese Einheitlichkeit noch verankert.

Im Zusammenhang mit den Haushaltskürzungen stieg die Zahl der arbeitslosen Lehrer 1975 auf über 10000, obwohl es noch beträchtlichen Unterrichtsausfall und fachfremd erteilten Unterricht gibt; nach Angaben der GEW fielen in Hessen 1975 15% des Unterrichts aus, in Niedersachsen sind es gar 26%. Angesichts der seither beschworenen „Lehrerschwemme" sinkt ab 1975 , wo die Zahl der Studienanfänger für ein Lehramt mit 39053 ihren bisher höchsten Stand erreicht hat, ihre Zahl kontinuierlich auf 25169 im Jahre 1979.

Die Teilschritte, die in Richtung auf eine einheitliche Lehrerausbildung durchgesetzt werden konnten, sind größtenteils wieder zurückgenommen worden. So mit der Novelle des Lehrerausbildungsgesetzes in NRW vom August 1979. Von der Forderung nach einer Verbindung von theoretischer und praktischer Ausbildung ist letztlich nur noch die Verlängerung des Referendariats auf 24 Monate in einigen Bundesländern geblieben, wo sich hinter der vorgegebenen Verbesserung der praktischen Ausbildung tatsächlich die Absicht verbirgt, Personalkosten einzusparen; Modellversuche zur einphasigen Lehrerausbildung wurden weitgehend eingestellt.

Die Pädagogischen Hochschulen in NRW sind 1980 ausdrücklich mit der Begründung aufgelöst und in die Universitäten integriert worden, daß überschüssige Kapazitäten in der Lehrerausbildung umgewidmet, d.h. für andere Studiengänge genutzt werden können. Ende November hat das Kultusministerium in NRW einen Entwurf für eine Lehrerprüfungsordnung vorgelegt, zu der die „Gemeinsame Kommission für die Studienreform in NRW" in einer Stellungnahme vom August 1980 ausführt: „... Da der Kultusminister nicht nur Ausbildungsbehörde für Lehrer ist, sondern auch Einstellungsbehörde, ist er gezwungen, eine Auswahl zu treffen, da das Problem bei dem immer noch anwachsenden Überangebot von Lehrern schon in Kürze allein mit dem Mittel der Teilzeitbeschäftigung nicht mehr gelöst werden kann." Und daher sieht der Entwurf, der zum 1.4.81 in Kraft treten soll, eine Zentralisierung der Prüfungen, die Beseitigung der freien Wahl der Prüfer und Prüfungsthemen und eine bis auf zwei Stellen hinter dem Komma berechnete Endnote vor, um eine solche Auswahl treffen zu können. Im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen in NRW ist die Einstellung der Referendare per Verordnung vom 1.2. auf den 1.7. verschoben worden. Lehrerarbeitslosigkeit auf der einen Seite, bei Lehrermangel in den Schulen auf der anderen werden zunehmen, einmal ganz zu schweigen von den Studienbedingungen der Lehramtsstudenten, die durch Dozentenmangel und Seminarüberfüllung in den letzten Semestern gekennzeichnet sind. Gegen all diese Maßnahmen gibt es bei Eltern, Lehrern, Schülern und Studenten vielfältige Kämpfe, zu deren Vereinheitlichung der Kongreß der vds beitragen kann.



Dieses Foto zeigt ein Seminar „Einführung in die Linguistik" am Germanistischen Seminar der Universität Düsseldorf in diesem Semester. Es ist typisch für fast alle Hochschulen. Gegen den Dozentenmangel und die dadurch verursachte Seminarüberfüllung konzentrierten sich in diesem Semester die Kämpfe an den Hochschulen. Mit den Haushaltsbeschlüssen der Bundes- und Länderregierungen werden sich diese Bedingungen jedoch noch weiter zuspitzen.

Studentenparlamentswahlen an der Kieler Universität

ang. Am Mittwoch gingen die Studentenparlamentswahlen an der Kieler Universität zu Ende. Die Koalition aus Jusos und „basisorientierter Linke", die den letzten AStA gebildet hat, ist in der Zuspitzung der Auseinandersetzung um das politische Mandat und andere Fragen zerbrochen. CDU-Studenten hatten Zwangsgelder erwirkt, weil der AStA die Projekte Gorleben und Brokdorf, sowie die öffentlichen Vereidigungen öffentlich angegriffen hatte. – Aufgekündigt ist auch das Bündnis zwischen CDU-Studenten und den „Studenten für das Grundgesetz". Letztere fürchten die politische Isolation, die die CDU-Studenten bei diesen Wahlen quittiert bekommen werden, greifen deren Prozeß-Politik an, werfen dem AStA aber gleichzeitig vor, daß er studentische Gelder für politische Sonderinteressen verschleudere. Sie hoffen, gestützt auf eine liberale Strömung unter den Studenten, als Stärkste bei den Wahlen hervorzugehen. Mit dem Verweis auf „die allgemeine, öffentliche Geldknappheit" geben sie der Regierung bei ihren Mittelkürzungen Flankenschutz. Die Jusos geben sich *in Worten* regierungsoppositionell, kuschen aber, wenn's um Taten geht. Diejenigen, die *praktisch* den Zusammenschluß gegen die Regierungsmaßnahmen organisieren, sind die Fachschaftsgruppen. Seit mehreren Semestern kandidieren sie das erste Mal wieder auf einer einheitlichen Liste.

Universitätspräsident Kelm legt Musterstudienordnung vor

had.Frankfurt. Schon vor einem ¾ Jahr hat Universitätspräsident Kelm den Fachbereichsräten eine Musterstudienordnung mit der Bitte um Stellungnahme zugesandt. Sie soll für die Fachbereiche einen Rahmen geben, um die Studienordnungen auf das Hessische Hochschulgesetz zu vereinheitlichen. Nach den Stellungnahmen sollte sie im Ständigen Ausschuß des Konvents verabschiedet und damit gültig werden. Daraus wurde nichts. Die FB-Räte protestierten, daß ihre Autonomie verletzt werde. Außerdem hatte Kelm eine Reihe von Prüfungsordnungen, die von den Fachbereichen ausgearbeitet worden waren, nicht an den Kultusminister zur Genehmigung weitergeleitet. – Kelm hat jetzt einen neuen Versuch unternommen, indem er die Professoren daran erinnert, die „Autonomie der Hochschule" zu verteidigen und eventuellen schärferen Maßnahmen des Landes entgegenzutreten, indem man seine Mündigkeit zum selbständigen Handeln unter Beweis stelle. Das Uni-Plenum (AStA, Fachschaftsvertreter, FB-Gruppen, politische Gruppen) und einige Fachbereichsräte lehnen die Studienordnung jedoch immer noch ab, da sie, obwohl ihre Bedeutung für die einzelnen Fachbereiche verschieden ist, auf jeden Fall für die meisten eine Verschärfung darstellt.

Niedersächsisches Hochschulgesetz: :„Ein Gesetz, das

bis 1978 auf 900000. (Alle Angaben nach: Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland, Hrsg.: Arbeitsgruppe am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Hamburg, 1979).

Diese Tatsachen wie im Bereich der Lehrerausbildung die Abschaffung der konfessionellen Lehrerausbildung 1969, das durch die Frankenthaler Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Kultusminister vom 11.12.70 angestrebte einheitliche Lehramt, die Einrichtung von Gesamthochschulen und Modelle einer einphasigen Lehrerausbildung (Aufhebung der Trennung zwischen Studium und Referendariat) u.a.m. gaben die Grundlage ab für allerlei reformistische Verklärungen der sogenannten Bildungsreform. Zugrunde aber lag dieser Reformpolitik, die Produktivkräfte durch den planmäßigen Einsatz der Wissenschaft in der Produktion beständig revolutionieren zu müssen und deshalb das Bildungsniveau des Gesamtarbeiters zu erhöhen, um in der internationalen Konkurrenz bestehen zu können. Spätestens aber mit der Wirtschaftskrise 74/75 wurden die Schranken, die die kapitalistischen Produktionsverhältnisse dieser Entwicklung setzten, deut-

Dieses Foto zeigt ein Seminar „Einführung in die Linguistik" am Germanistischen Seminar der Universität Düsseldorf in diesem Semester. Es ist typisch für fast alle Hochschulen. Gegen den Dozentenmangel und die dadurch verursachte Seminarüberfüllung konzentrierten sich in diesem Semester die Kämpfe an den Hochschulen. Mit den Haushaltsbeschlüssen der Bundes- und Länderregierungen werden sich diese Bedingungen jedoch noch weiter zuspitzen.

Durchschnitt der Jahre 1965 – 1975 um real 4% jährlich aufgestockt worden war. Die Schaffung eines einheitlichen Lehramtes, einer einheitlichen Lehrerausbildung, differenziert nurmehr nach Schulstufen, und auch eine einheitliche Besoldung der Lehrer, sämtlich alte Forderungen der Gewerkschafts- und Studentenbewegung, wurden endgültig zu Grabe getragen. Lediglich im Lehrerausbildungsgesetz von Bremen wurde diese Einheitlichkeit noch verankert.

Im Zusammenhang mit den Haushaltskürzungen stieg die Zahl der arbeitslosen Lehrer 1975 auf über 10000, obwohl es noch beträchtlichen Unterrichtsausfall und fachfremd erteilten Unterricht gibt; nach Angaben der GEW fielen in Hessen 1975 15% des Unterrichts aus, in Niedersachsen sind es gar 26%. Angesichts der seither beschworenen „Lehrerschwemme" sinkt ab 1975 , wo die Zahl der Studienan-

August 1979. Von der Forderung nach einer Verbindung von theoretischer und praktischer Ausbildung ist letztlich nur noch die Verlängerung des Referendariats auf 24 Monate in einigen Bundesländern geblieben, wo sich hinter der vorgegebenen Verbesserung der praktischen Ausbildung tatsächlich die Absicht verbirgt, Personalkosten einzusparen; Modellversuche zur einphasigen Lehrerausbildung wurden weitgehend eingestellt.

Die Pädagogischen Hochschulen in NRW sind 1980 ausdrücklich mit der Begründung aufgelöst und in die Universitäten integriert worden, daß überschüssige Kapazitäten in der Lehrerausbildung umgewidmet, d.h. für andere Studiengänge genutzt werden können. Ende November hat das Kultusministerium in NRW einen Entwurf für eine Lehrerprüfungsordnung vorgelegt, zu der die „Gemeinsame Kommission für die Studienreform in

Entwurf, der zum 1.4.81 in Kraft treten soll, eine Zentralisierung der Prüfungen, die Beseitigung der freien Wahl der Prüfer und Prüfungsthemen und eine bis auf zwei Stellen hinter dem Komma berechnete Endnote vor, um eine solche Auswahl treffen zu können. Im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen in NRW ist die Einstellung der Referendare per Verordnung vom 1.2. auf den 1.7. verschoben worden. Lehrerarbeitslosigkeit auf der einen Seite, bei Lehrermangel in den Schulen auf der anderen werden zunehmen, einmal ganz zu schweigen von den Studienbedingungen der Lehramtsstudenten, die durch Dozentenmangel und Seminarüberfüllung in den letzten Semestern gekennzeichnet sind. Gegen all diese Maßnahmen gibt es bei Eltern, Lehrern, Schülern und Studenten vielfältige Kämpfe, zu deren Vereinheitlichung der Kongreß der vds beitragen kann.

Universitätspräsident Kelm legt Musterstudienordnung vor

had.Frankfurt. Schon vor einem ¾ Jahr hat Universitätspräsident Kelm den Fachbereichsräten eine Musterstudienordnung mit der Bitte um Stellungnahme zugesandt. Sie soll für die Fachbereiche einen Rahmen geben, um die Studienordnungen auf das Hessische Hochschulgesetz zu vereinheitlichen. Nach den Stellungnahmen sollte sie im Ständigen Ausschuß des Konvents verabschiedet und damit gültig werden. Daraus wurde nichts. Die FB-Räte protestierten, daß ihre Autonomie verletzt werde. Außerdem hatte Kelm eine Reihe von Prüfungsordnungen, die von den Fachbereichen ausgearbeitet worden waren, nicht an den Kultusminister zur Genehmigung weitergeleitet. – Kelm hat jetzt einen neuen Versuch unternommen, indem er die Professoren daran erinnert, die „Autonomie der Hochschule" zu verteidigen und eventuellen schärferen Maßnahmen des Landes entgegenzutreten, indem man seine Mündigkeit zum selbständigen Handeln unter Beweis stelle. Das Uni-Plenum (AStA, Fachschaftsvertreter, FB-Gruppen, politische Gruppen) und einige Fachbereichsräte lehnen die Studienordnung jedoch immer noch ab, da sie, obwohl ihre Bedeutung für die einzelnen Fachbereiche verschieden ist, auf jeden Fall für die meisten eine Verschärfung darstellt.

Zweite Runde für „Grundsätze"

vol. Über die „Grundsätze für Studium und Prüfungen" berät jetzt die Ständige Kommission der Kultusministerkonferenz erneut. Sie sollen die Grundlage abgeben für die Tätigkeit der zweiten Runde der Studienreform auf der Grundlage des HRG. In der ersten Phase der Studienreform sind die Richtlinien für die (Diplom)-Prüfungen erstellt worden mit Zwischenprüfung, vorgeschriebenen Klausuren etc. Auch diese werden jetzt nach Aufhebung der Zwangsexmatrikulation vor einem Jahr überarbeitet. In der zweiten Phase, die mit den Abschlußberichten der zentralen Studienreformkommissionen für die verschiedenen Fächer in diesem und nächsten Jahr abgeschlossen wird, sollen die Studiengänge und Prüfungsordnungen in den einzelnen Fächern geändert werden. Da eine Wirkung der „Grundsätze" auf diese Tätigkeit kaum noch vorhanden sein wird, da sie viel zu spät kommt, wird die Auseinandersetzung um dieses Papier immer mehr zu einer Diskussion um den weiteren Kurs der Bourgeoisie in der Bildungspolitik. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz wie auch der Wissenschaftsrat verlangen eine stärkere Konzentration der Hochschulen auf die Forschung, Elitebildung, Verringerung des Einflusses der Gewerkschaften auf die Hochschulen. Herauskommen werden vermutlich Vorschläge zur Änderung des HRG. DGB und GEW sind für die Beibehaltung der jetzigen Grundsätze.

Niedersächsisches Hochschulgesetz: :„Ein Gesetz, das zweimal geändert werden muß, ist fragwürdig"

vom. Selten ist eine Gesetzesvorlage so einstimmig kritisiert worden, wie die 2. Novelle zum Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG). DGB und GEW, Studentenschaften und Universitätsgremien – einschließlich der dortigen absoluten Professorenmehrheit – haben eindeutige Stellungnahmen gegen die 2. NHG-Novelle verfaßt. Kern der Novellierungspläne ist es, die politischen und fachlichen Selbstständigkeiten der Universitäten auf ein Minimum zu reduzieren und durch umfassende Staatsaufsicht zu ersetzen. Doch scheint es, daß sich die Niedersächsische Landesregierung mit ihren Plänen übernommen hat. Sie hat jetzt dem Landtag eine „entschärfte" Fassung zugeleitet, in der gezielt Punkte zurückgenommen wurden, um das Gesamtwerk durchsetzbar zu machen.

Für die Studenten enthielt die *ursprügliche* Fassung (Sommer '80) folgende Nachteile: 1. Die Zwangsexmatrikulation bei Überschreiten der Regelstudienzeit – im HRG gestrichen – wurde über den §17a hintenherum wieder eingeführt: Bei Lehrveranstaltungen mit beschränkter Teilnehmerzahl „haben diejenigen Studenten den Vorrang, die sich im höchsten Fachsemester befinden und nachweisen, daß sie ordnungsgemäß studiert haben". Der §17a wirkt genau da, wo es zuviele Studenten gibt (vor allem Geisteswissenschaften) und hat keine Auswirkungen in Fächern mit Studentenmangel und ist deshalb für das Kultusministerium praktischer zu handhaben als starre Regelstudienzeiten.

2. Die Kräfteverhältnisse in den Studentenwerken werden zuungunsten der Studenten geändert: Im Vorstand sitzen 2 Studenten und 3 Nichtstudenten, davon mindestens 2 Professoren (bisher 2 Stud., 2 Prof.). Gleichzeitig wurden die Kompetenzen des Vorstandes verringert und die stud. Vertreter sollen vom Konzil (bisher Studentenschaft) gewählt werden.

3. Die Immatrikulation kann vom Bezahlen der Studentenschaftsbeiträge abhängig gemacht werden, jedoch wurde gleichzeitig die Verfügungsgewalt der Hochschulen (nicht der Studentenschaften) über das Geld präzisiert.

Die weiteren geplanten Veränderungen treffen mit unterschiedlichem Gewicht alle Gruppen der Universität:

– Die Notkompetenzen von Präsident und Dekan werden ausgeweitet. Ersatzvornahmen bedürfen nicht mehr der nachträglichen Zustimmung durch das zuständige Gremium;

– die Beschaffung des zentralen Sachbedarfs der Universitäten und die Organisation der Hochschulverwaltung soll vom Staat statt von der Uni vorgenommen werden;

– Lehrbeauftragte werden politisch überprüft;

– Professoren können länger als ein Semester für die Forschung freigestellt werden. Dadurch wird sich das Lehrangebot weiter verschlechtern.

– Verschlechterung der Lage der wissenschaftlichen Mitarbeiter – u.a. kein Rechtsanspruch auf wissenschaftliche Tätigkeit und Einführung von akademischen Räten auf Zeit.

In seinem überarbeitetem Entwurf vom Januar '81 macht das Kultusministerium folgende Zugeständnisse: 1. Ein Student kann nach dem §17a maximal zwei Mal von einer Lehrveranstaltung abgewiesen werden. 2. Die Organisation der Hochschulverwaltung bleibt in den Händen der Universitäten. 3. Die Notkompetenzen des Präsidenten werden eingeschränkt. 4. Ausländische Lehrbeauftragte brauchen sich nicht zur Verfassung bekennen, bei deutschen Lehrbeauftragten erfolgt keine Regelanfrage beim Verfassungsschutz.

Sicherlich ist diese Überarbeitung eine Reaktion auf den umfassenden Protest, der von Seiten der Studenten mit einer Demonstration von 8000 in Hannover am 11. Dezember '80 seinen Höhepunkt fand. Aus der Sicht der Studenten hat sich allerdings nicht viel geändert. Eine zweimalige Abweisung von einer Lehrveranstaltung kann zu einer Studienverzögerung von mehreren Jahren führen – je nachdem, wie oft die entsprechende Veranstaltung angeboten wird. Oder man muß, wenn es sich um ein Wahlfach handelt, seinen Studienplan ändern. Offen ist noch, was unter „ordnungsgemäß studiert" verstanden wird. Wie wird z.B. Mitarbeit in den Organen der Verfaßten Studentenschaft gewertet? Nach entsprechenden BAföG-Richtlinien müßten 640 Stunden nachgewiesen werden, was kaum einer erreicht.

Die Taktik des Kultusministeriums scheint darin zu bestehen, die Professoren und damit die Uni-Gremien auf seine Seite zu ziehen. Die Zugeständnisse beziehen sich vor allem auf Einschränkungen der Rechte der Gremien. Die NHG-Novelle ist jetzt für die Professoren akzeptabel – schmackhaft gemacht durch verlängerte Forschungssemester.

Für die Studenten kommt es jetzt darauf an, den weiteren Kampf gegen die NHG-Novelle gemeinsam mit Assistenten und Gewerkschaften zu organisieren. Ein großer Fortschritt sind die ausgezeichneten Stellungnahmen von DGB und GEW.

So fordert der DGB die Satzungsautonomie und Finanzhoheit der Organe der verfaßten Studentenschaft. Für Verwaltungsrat und Vorstand der Studentenwerke schlägt er die paritätische Besetzung mit 3 Studenten (gewählt von den Organen der Verfaßten Studentenschaft) und 3 Vertretern der Personalräte der jeweiligen Hochschule oder des Studentenwerks vor. In der Begründung heißt es: „Sie (die Professoren) gehören weder zum Adressatenkreis des Leistungsangebots der Studentenwerke, noch tragen sie, wie beispielsweise die Studenten, zur finanziellen Unterstützung dieser öffentlich-rechtlichen Einrichtung bei". Bedeutsam ist es, daß die Gewerkschaften ihre „entschiedene Gegnerschaft zum NHG" (GEW) betonen, und sich damit in dieser Frage prinzipiell gegen die Landesregierung stellen. Auf jeden Fall wird das Kultusministerium beim Versuch, die staatliche Kontrolle über die Hochschulen auszubauen, noch auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen.

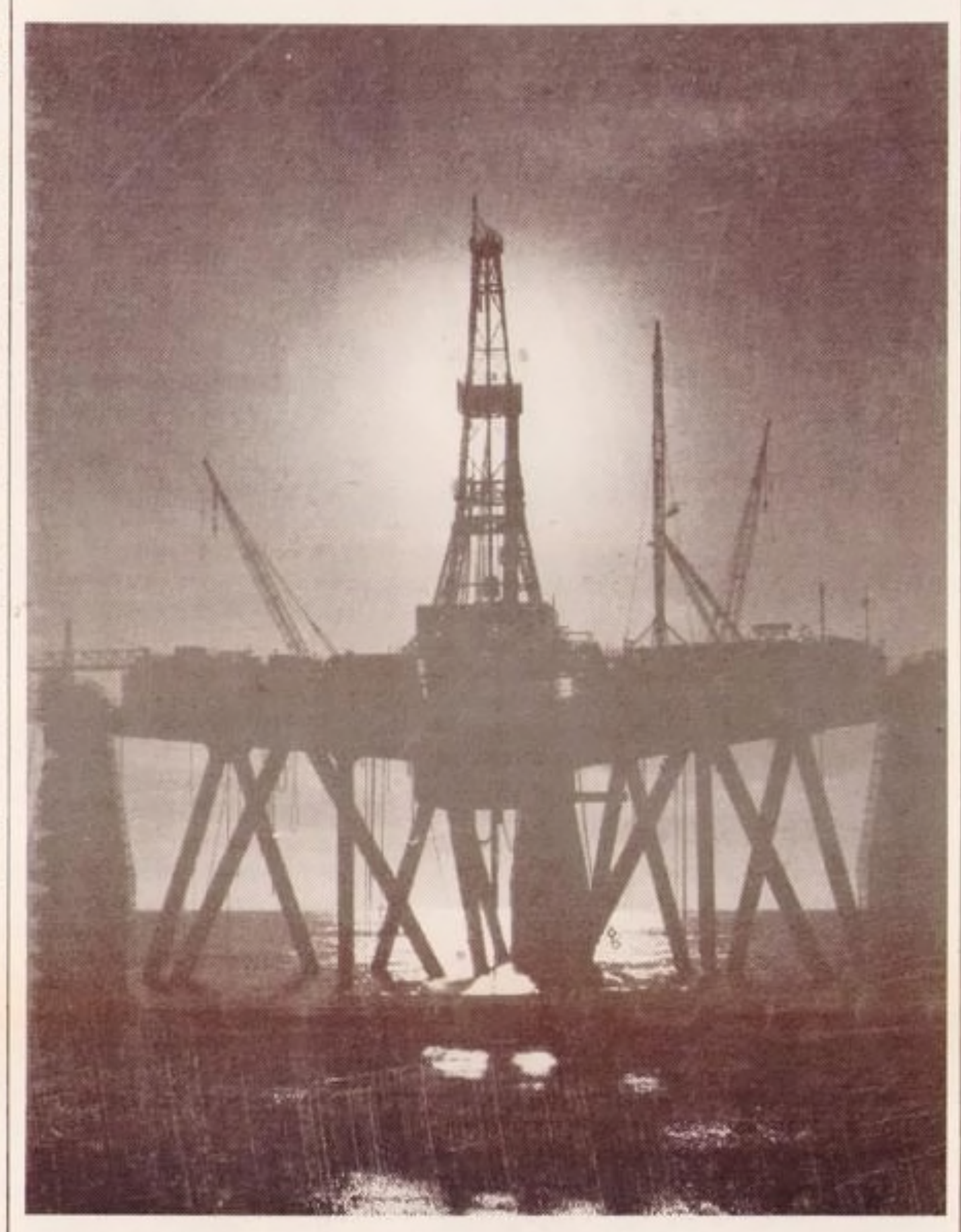
Trübe Aussichten für Imperialisten auf der UN-Seerechtskonferenz

mat. Die bisher letzte Sitzungsrunde der Seerechtskonferenz der UNO ist im August zu Ende gegangen, die nächste und abschließende Runde ist für März vorgesehen. Der vorliegende sogenannte informelle Verhandlungstext, der dann als förmlicher Vertragsentwurf übernommen werden soll, läßt nur in wenigen Fragen Raum für Änderungen. Nach siebenjähriger Verhandlungsdauer zeichnet sich ab, daß die 3. Welt ihre Forderungen weitgehend durchsetzen konnte. Die „Frankfurter Allgemeine", die die Konferenz vor vier Jahren noch mit einem Kampf verglich, „der in seiner Bedeutung den Vergleich mit dem imperialistischen Wettrennen um die Kolonien im vorigen Jahrhundert leicht aushält", stellt im November lakonisch fest: „Die Bundesrepublik gehört zu den Verlierern."

Das bisherige Seerecht entsprach den Interessen der frühen Seehandelsmächte und dem Zeitalter kolonialer Eroberungen. Es legte die Breite der nationalen Hoheitsgewässer oder Territorialgewässer, in denen der Anliegerstaat Polizeihoheit ausübt, auf 3 Seemeilen fest (1 Seemeile = 1,85 km) und proklamierte für die offene See die „Freiheit der Meere", die vor allem unbeschränkten See- und Luftverkehr, Fischerei und Verlegung von Kabeln umfaßte. Nach dem 2. Weltkrieg kam dieses Recht zunehmend in Konflikt mit der Entwicklung der Militär- und Fördertechnik auf See; zuerst die USA und dann andere imperialistische Länder begannen mit der Erkundung von Lagerstätten im Meeresuntergrund. Auch die politische Entwicklung drängte auf Neugestaltung des Seerechts: Die ehemaligen Kolonien erlangten ihre Unabhängigkeit und erhoben ihre Stimmen gegen die Monopolisierung der Meeresschätze durch die Imperialisten. Die erste Welle von Neuaufnahmen aus der 3. Welt in die UNO war 1955. Die erste Seerechtskonferenz fand 1958 statt. Die neuen unabhängigen Staaten forderten den Schutz der Meeresschätze vor ihren Küsten durch breitere Hoheitsgewässer. Die Supermächte lehnten das ab; sie wollten die Gewässer ihrer Fernfischerei offenhalten. Gleichzeitig wollten die USA möglichst große Teile des Meeresbodens in ihre Gewalt bringen, wobei sie ihren Vorsprung in der Meerestechnik zu nutzen hofften. Sie setzten eine Neudefinition des Schelfs über 200 Meter Wassertiefe hinaus auf jeden Meeresboden durch, „soweit die Tiefe des darüber befindlichen Wasser die Ausbeutung der Naturschätze dieser Zonen gestattet." Die Annexion des Meeresbodens als „Kontinentalschelf der USA" war als nächster Schritt vorgesehen.

Die zweite Seerechtskonferenz fand 1960 statt und sollte eigentlich nur die 1958 offengebliebenen Fragen klären. Es war das Jahr der zweiten Welle von UNO-Neuaufnahmen. Die Forderung nach Revision des geltenden Rechts wurde von der Mehrheit der Länder vorgetragen, konnte aber noch nicht durchgesetzt werden. Die Konferenz ging ohne Ergebnis zu Ende.

Bis 1973 dauerte es, bis die dritte Seerechtskonferenz beginnen konnte, und die lange Verhandlungsdauer ist ein Zeichen für die Schärfe der Auseinandersetzung. Die 3. Welt hatte ihre Verhandlungsposition durch den Aufbau regionaler Organisationen gestärkt; ihre Position findet sich im informellen Verhandlungstext in mehreren Fragen wieder. Insgesamt trägt der Entwurf dem Prinzip der Konferenz auf Einstimmigkeit der Beschlußfassung Rechnung, indem er an einigen Stellen Kompromisse enthält.



Die Entwicklung der Meerestechnik ermöglicht heute schon Erdöl- und Mineralienförderung auf dem der Küste vorgelagerten, bis zu 200 Meter tiefen sogenannten Kontinentalschelf. In der Tiefsee haben Förderversuche ergeben, daß der wirtschaftliche Abbau von Manganknollen möglich ist.

Punkte, über die Einheit besteht

Einigkeit wurde bisher über alle Regelungen im Zusammenhang mit Küstengewässern erreicht. Die Breite der Hoheitsgewässer wurde auf 12 Seemeilen festgelegt, die Breite der Anschlußzone auf 24 Seemeilen (in der Anschlußzone hat der Küstenstaat Hoheitsrecht bei unmittelbarer Verfolgung von Rechtsbrüchen). Neu eingeführt wurde eine 200 Meilen breite Wirtschaftszone, in der der Küstenstaat das ausschließliche Recht auf Erkundung und Nutzung der Fischbestände und sonstigen Meeresschätze hat. In der Wirtschaftszone hat der Küstenstaat ferner die Kontrolle über Forschungstätigkeit und die Einhaltung internationaler Normen gegen Verschmutzung durch passierende Fahrzeuge anderer Staaten. Die vorgesehene Regelung hatte sich bereits in der Praxis durchgesetzt. Peru und andere südamerikanische Staaten, die schon seit über 30 Jahren 200 Meilen breite Hoheitsgewässer forderten, hatten dabei vor allem den Schutz ihrer Fischbestände im Auge, der jetzt durch die Wirtschaftszone gewährleistet ist.

Die südostasiatischen Länder sehen ihre Interessen durch das Recht von Inselstaaten, Gewässer zwischen ihren Inseln zu Hoheitsgewässern zu erklären (sogenannte Archipelregelung), geschützt. Seit 1955 hatten die Philippinen, seit 1957 Indonesien und nach 1970 Malaysia versucht, der wachsenden Verschmutzung und Unfallgefahr in ihren flachen Meeresstraßen, die von den imperialistischen Supertankern verursacht wurden, Herr zu werden. Die Archipelregelung gestattet jetzt die Festlegung der Hoheitsgewässer durch die Verbindung der äußersten Inseln, wobei die dadurch eingeschlossene Wasserfläche bis zum Neunfachen der Landfläche betragen darf.

Die Imperialisten, vor allem die Supermächte, waren in der Konferenz immer für eine geringe Ausdehnung der Hoheitsgewässer eingetreten, auch um zu verhindern, daß zahlreiche Meeresstraßen, die bisher internationale Gewässer sind, unter nationale Hoheit fallen. Im Vertragsentwurf konnten sie sogar für die 116 Meerengen, die schon bei der 12-Meilenregelung neu darunter fallen würden, das Recht auf freie Durchfahrt durchsetzen und sich damit weiterhin die Möglichkeit sichern, ihre Kriegsflotten ohne Genehmigung der Küstenstaaten passieren zu lassen. Diesen Preis mußte die 3. Welt zahlen für die Zustimmung zu den übrigen Regelungen. Ihr Kampf um kernwaffenfreie und Friedenszonen in den Ozeanen wird dadurch an Bedeutung zunehmen.

Offene Fragen

Unter den noch zu klärenden Punkten, die Küstengewässer betreffen, ist die Definition des Schelfs die wichtigste. Einigkeit besteht, daß dort, wo der Schelf breiter ist als 200 Meilen, der Küstenstaat das ausschließliche Recht auf Abbau der Bodenschätze hat (das umfaßt nicht die Fischerei). Daraus gewonnene Einkünfte sollen aber mit der neu zu schaffenden Tiefseebehörde geteilt werden, und über den Schlüssel dafür wird noch verhandelt. Auch über die Ausdehnung des Schelfs bestehen noch Differenzen. Die UdSSR hofft, durch rechtliche Begrenzung des Schelfs auf höchstens 300 Meilen Teile von besonders breiten Schelfgebieten für eigene Nutzung freihalten zu können. Dagegen steht der Vorschlag Irlands, den Schelf mittels der Tiefe der Sedimente zu definieren, was den geographischen und geologischen Gegebenheiten entspricht.

Der entscheidende Streitpunkt ist jedoch die Nutzung der Tiefsee. Es ist bekannt, daß dort große Vorräte an Metallen lagern, die in den sogenannten Manganknollen, kartoffelgroßen, um einen festen Kern gebildeten Ablagerungen, konzentriert sind und in absehbarer Zeit gefördert werden können. Die Imperialisten warten nur darauf, damit ein Druckmittel gegen die derzeitigen Lieferländer der Metalle in die Hand zu bekommen. Dabei handelt es sich überwiegend um Länder der 3. Welt, die einen scharfen Kampf darum geführt haben, die Kontrolle über Beginn und Umfang des Meeresbergbaus den Imperialisten aus der Hand zu schlagen. Ihre Forderung, den Hochseebergbau ausschließlich einer zu schaffenden internationalen, von der UNO kontrollierten Behörde zu übertragen, wurde von den Supermächten mit der Drohung beantwortet, die Konferenz platzen zu lassen. USA und BRD haben sogar vorsorglich eigene Gesetze für die Erteilung von Tiefseelizenzen verabschiedet. Der Vertragsentwurf sieht jetzt ein „paralleles System" vor: Die internationale Behörde kann selbst die Förderung aufnehmen, andere Konzerne können mit ihrer Genehmigung in zugeteilten Lizenzgebieten fördern, wobei sie sich der Kontrolle der Behörde unterwerfen und Verhandlungen über Lizenzen an die Behörde über Benutzung der verwendeten Technologie zustimmen müssen. Die Kontrolle der Behörde erstreckt sich auch auf Maßnahmen zur Verhinderung schädlicher Auswirkungen des Meeresbergbaus auf die Wirtschaft derjenigen Länder, für die der Abbau der betreffenden Mineralien einen bedeutenden Teil ihres Nationaleinkommens ausmacht.

Ob das geplante System die Interessen der 3. Welt ausreichend schützt, wird weitgehend von der Zusammensetzung des Rats der Behörde abhängen. Vorgesehen ist ein Rat aus 36 Mitgliedern, zusammengesetzt aus 4 Staaten, die den größten Beitrag zur Erforschung und Förderung der Meeresschätze geleistet haben (davon 1 aus Osteuropa), 4 Hauptimportstaaten (davon 1 aus Osteuropa), 3 Hauptexportstaaten (davon mindestens 2 Entwicklungsländer), 6 Staaten mit speziellen Interessen wie Binnenstaaten und besonders unterentwickelte Länder, die übrigen 18 gewählt nach dem Prinzip gleichmäßiger geographischer Verteilung. Beschlüsse werden mit ¾ Mehrheit gefaßt.

Mit dem Parallelverfahren ist „auf einem wichtigen Sektor der Weltwirtschaft das vollständige Ende des freien Unternehmertums" gerade noch abgewendet worden, stellt ein Dr. Dr. Dolzer vom Max-Planck-Institut für ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht in der „Frankfurter Allgemeinen" vom 12. November erleichtert fest. Froh wird er der Situation trotzdem nicht; denn die Zusammensetzung des Rats schließt direkte Erpressung der 3. Welt durch Meeresbergbau der Imperialisten aus. Gegenüber den Konferenzen von 1958 und 1960 haben die Imperialisten mehr als nur zurückstecken müssen. Zum ersten Mal in der Geschichte wird das internationale Seerecht nicht mehr von einigen wenigen Mächten diktiert, sondern entspricht in wesentlichen Punkten den Interessen der Mehrheit der Staaten und der Völker der Welt. Die Imperialisten sind sich nicht schlüssig, ob ihre Möglichkeiten zu wirtschaftlicher Aggression durch das neue Recht bereits zu weitgehend beschnitten sind. Die Konvention werde „den Frieden auf rechtlichem und damit auf politischem Gebiet nicht fördern", kündigt Dolzer an – vor allem, ist man versucht hinzuzufügen, wenn sich einige imperialistische Länder entschließen sollten, der Konvention nicht beizutreten und Meeresbergbau auf eigene Faust zu versuchen. Dolzer wägt das Für und Wider eines solchen Schrittes gegeneinander ab, und auch wenn, wie er sagt, „eine vertraglich festgelegte Rechtsordnung einem unsicheren Gewohnheitsrecht vorzuziehen ist", läßt er die Antwort offen.

Die Konvention tritt nach Unterzeichnung durch 60 Staaten in Kraft. Auch wenn die 3. Welt diese Zahl leicht allein erreicht, muß die westdeutsche Arbeiterklasse darauf dringen, daß die BRD unterzeichnet.



Die Entwicklung der Meerestechnik ermöglicht heute schon Erdöl- und Mineralienförderung auf dem der Küste vorgelagerten, bis zu 200 Meter tiefen sogenannten Kontinentalschelf. In der Tiefsee haben Förderversuche ergeben, daß der wirtschaftliche Abbau von Manganknollen möglich ist.

Rohstoffprogramm der Bundesregierung

Bilanz nach zehnjährigem Bestehen / Saarberg ist jetzt Uran-Anbieter

gih. Das Programm der Bundesregierung zur Sicherung der Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit mineralischen Rohstoffen ist im Jahre 1970 beschlossen und 1971 begonnen worden. Zunächst wurden ausschließlich Projekte im Ausland unterstützt. Ab 1973 wurde die Förderung auf das Inland ausgedehnt, um auch das Gebiet der Bundesrepublik gründlich zu untersuchen.

Die Notwendigkeit eines Rohstoffprogramms

Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der größten Rohstoffverbraucherländer der Welt, verfügt aber nur über eine geringe eigene Rohstoffproduktion. Nennenswerte Inlandsproduktion besteht bei den Metallerzen nur bei Blei (8%) und Zink (23%). Alle anderen metallischen Rohstoffe müssen bis zu 100% importiert werden. Dies gilt vor allem für die so wichtigen Stahlveredler wie Kobalt, Chrom, Mangan, Vanadium, Wolfram, Nickel, Niob, Tantal und Molybdän. Eine hohe Importabhängigkeit besteht auch für eine Reihe von nichtmetallischen mineralischen Rohstoffen wie beispielsweise Asbest, Phosphat und Glimmer (100%), Graphit (85%), Flußspat (75%), Kaolin (65%). Eine wesentliche Eigenproduktion liegt nur bei Schwerspat (55%) und Schwefel (65%) vor. Bei den Salzen – Kochsalz, Kalium- und Magnesiumsalzen – ist die Bundesrepublik Nettoexporteur.

Wegen der hohen Importabhängigkeit war es das Bestreben der westdeutschen Kapitalisten:

– langfristige Lieferverträge mit regional möglichst weit gestreuten Lieferquellen abzuschließen,

– eigene Beteiligungen an Rohstoffquellen zu sichern, um durch kapitalmäßigen Anteil eine direkte Einflußmöglichkeit auf die Lieferungen der Bergbauproduzenten ausüben zu können.

Die Bundesregierung hat mit ihrem Rohstoffprogramm das Aufsuchen und die Erschließung solcher Rohstoffe gefördert, die auf lange Sicht „für die deutsche Wirtschaft von erheblicher Bedeutung sind und bei denen mittel- oder langfristig mit zeitweiligen Versorgungsschwierigkeiten zu rechnen ist". Dabei wurden folgende Kosten übernommen:

– Vorerkundungen;

– übertägige und untertägige Prospektion und Exploration;

– Erstellung von Wirtschaftlichkeitsstudien einschließlich aller notwendigen technischen (Pilotanlagen) und infrastrukturellen Arbeiten;

– Erwerb von Ergebnissen der vorstehend genannten Arbeiten; hierzu zählt auch der Beteiligungserwerb an Lagerstätten, sofern noch wesentliche Arbeiten, die geologische und technische Risiken beinhalten, notwendig sind;

– Erwerb von Konzessionen, Aufsuchungsrechten einschließlich Ausübung von Optionen, Zahlung von Vorleistungen, auch sogenannte entrance fees (Eintrittsgelder);

– Weiterentwicklung und Erprobung neuer Methoden und Geräte auf dem Gebiet der Lagerstättenerkundung, soweit sie in Verbindung mit der Durchführung förderungswürdiger Vorhaben stehen.

Die Auslandexplorationen gewinnen an Bedeutung

Da der Eigenanteil an der Rohstoffdeckung tendenziell weiter zurückgeht, gewinnt die Auslandsförderung weiter an Bedeutung. Hier sind vor allem zwei Gruppen zu unterscheiden: die Exploration auf den Energierohstoff Uran und die Exploration auf die übrigen mineralischen Rohstoffe. Betrug die Förderung der Uranexploration 1978 noch 19,4% der gesamten Auslandsförderung, so stieg sie 1979 auf 37% an. Und der Erfolg läßt sich nicht nur in Zahlen messen. „Die Saarbergwerke treten jetzt über ihre Beteiligungsgesellschaft Saarberg-Interplan GmbH als Urananbieter und Uranhändler auf", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 16.1.81. „Saarberg-Interplan Uran hat sich über eine australische Zwischengesellschaft zu 3,75% am Grundkapital der Energy Ressources of Australia Ltd. (ERA), Sydney, von 500 Millionen australischen Dollars beteiligt. Diese Gesellschaft verfügt über eines der größten und wirtschaftlichsten Uranvorkommen der Welt, in dem mehr als 100000 Tonnen Urankonzentrat nachgewiesen sind ... Die Förderkapazität von zunächst 3000 Tonnen Urankonzentrat jährlich soll in einer zweiten Ausbaustufe verdoppelt werden. Saarberg-Interplan Uran wird über 11,4 Prozent der Uranförderung dieses Bergwerks verfügen." Bei den anderen Gruppe der übrigen mineralischen Rohstoffe läßt sich folgender genereller Trend feststellen:

– Zunahme der Projekte bei bestimmten Stahlveredlern;

– etwa gleichbleibendes Interesse bei den Buntmetallen, wobei seit 1977 durch zwei Kupfergroßprojekte in Südostasien ein deutlicher Schwerpunkt entstanden ist;

– bei den übrigen industriellen Rohstoffen ist eher eine Verminderung festzustellen.

Dabei wurden im Ausland insgesamt 155 Projekte gefördert, die sich im internationalen Vergleich sehen lassen können. Das Verhältnis von Explorationskosten zu Metallwert beträgt bei den westdeutschen Projekten 1:80. Ein Verhältnis von 1:50 wird immer noch als gut angesehen. So kann die Bundesregierung feststellen: „Nach zehnjährigem Bestehen ist das Explorationsprogramm insgesamt als erfolgreich zu beurteilen."

Neuverhandlung des Welttextilabkommens und die Stellung der Gewerkschaften dazu

Die Unterstützung der Dritten Welt entspricht den Interessen der Arbeiterklasse

frb. Bereits seit dem Frühjahr vorigen Jahres werden Diskussionen und Auseinandersetzungen um die Verlängerung des Ende 1981 auslaufenden Welttextilabkommens (Multi Fibre Arrangement) geführt. Noch vor Ende 1980 hatte das Textilkomitee des GATT zu entscheiden, ob das Abkommen verlängert, geändert werden oder ob es auslaufen soll. Ende Oktober waren Vorsondierungen aufgenommen worden, am 9. Dezember trafen sich dann die rund 50 Vertragsländer in Genf zur offiziellen Aufnahme von Verhandlungen über eine eventuelle Verlängerung des Abkommens. Von „wirklichen Verhandlungen" könne aber noch keine Rede sein, hieß es. Damit könne man erst für die zweite Jahreshälfte 1981 rechnen. Für die EG hat der in seinem Amt bestätigte Kommissar Haferkamp erklärt, die Kommission werde März/April dem Ministerrat den Vorschlag für ein Verhandlungsmandat vorlegen, Neuverhandlungen könnten erst im Herbst stattfinden.

Am 2. Dezember haben die europäischen Textilgewerkschaften zu einem einstündigen Warnstreik und Protestversammlungen aufgerufen, mit dem die Forderung nach Abschluß eines neuen Welttextilabkommens unterstrichen werden sollte. In der KVZ war dazu, von seiten der Redaktion wie von Korrespondenten, Stellung genommen worden. Ich selbst hatte in der Nr. 51/80 einerseits die gewerkschaftliche Kritik an Lambsdorff und an den verbrecherischen Absichten der profitsüchtigen Kapitalexporteure unterstützt, andererseits aber auch die Folgerungen, die die Gewerkschaftsführung aus dieser Kritik gezogen hat, kritisiert. Einige Leser halten das für falsch oder haben weitere Fragen aufgeworfen. Die Textilindustrie steckt in einer langwierigen Krise, gerade erst ist Delden Pleite gegangen, und die allgemeine wirtschaftliche Krise wird die besondere Textilkrise wegen schwindender Märkte noch verschärfen. Die Gewerkschaft ist dadurch gefordert. Auch in anderen Wirtschaftszweigen wird die Frage nach Importbeschränkungen aufgeworfen oder ist schon aufgeworfen. Dies ist unvermeidlich, und wir müssen uns dieser Frage stellen, sie von ihren verschiedenen Seiten angehen und unsere Ansicht dazu immer wieder neu begründen. Auch in der Gewerkschaft muß dies geschehen.

Das Textilabkommen hält im Grunde Importe der Entwicklungsländer von den Märkten der USA, der EG und Japans ab. Es erlaubt den Industrieländern, selektiv gegenüber bestimmten Lieferländern Importbeschränkungen vorzunehmen oder sie zu „Selbstbeschränkungen" zu zwingen. Die Kapitalisten begründen seine Notwendigkeit so: „Viele Entwicklungsländer forcieren den Ausbau insbesondere der Textilindustrie und der Bekleidungsindustrie, um damit Devisen zu erwirtschaften. Massive Subventionen ermöglichen ihnen, die Produkte zu Preisen auf dem Weltmarkt anzubieten, bei denen die etablierten Industrien der nördlichen Hemisphäre einfach nicht mithalten können." So Konrad Neundörfer, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der Textilindustrie in der BRD, in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 27.3.80. Seinen im Oktober veröffentlichten Forderungskatalog leitet Gesamttextil mit den Worten ein: „Das Welttextilabkommen (WAT) ist erneut zu verlängern." Vor allem in zwei Punkten will es der Kapitalistenverband geändert sehen. Erstens soll die Laufzeit auf 10 Jahre (zuletzt 4 Jahre) ausgedehnt werden. Zweitens sollen die Importquoten direkt an die Entwicklung des Verbrauchs geknüpft werden. Das würde darauf hinauslaufen, daß die Abkommensländer der Dritten Welt ihre Marktanteile nicht steigern können, daß sich die EG-Kapitalisten Erbhöfe sichern. Weitere Forderungen sind strengere Bekämpfung der Umgehungseinfuhren und Beseitigung der administrativen Handelshemmnisse der EG.

Auch die Textilgewerkschaft hat eine Reihe von Forderungen vorgelegt. Ebenfalls wird eine Laufzeit von mindestens 10 Jahren („Unter Berücksichtigung der notwendigen langfristigen Investitionsplanungen der Industrie") sowie eine Reduzierung der Importe verlangt. Da der Verbrauch in der EG höchstens um 1,5% pro Jahr steigen würde, müßte die Steigerung der Importquoten unter dieser Rate liegen. Auch die Forderung nach strengerer Überwachung der Ursprungszeugnisse und zur Aufteilung der Quoten in der EG decken sich mit den Forderungen der Kapitalisten. Lediglich in einem Punkt unterscheiden sich die Positionen. Die europäischen Textilgewerkschaften fordern Sozialklauseln in den Verträgen der EG mit den Entwicklungsländern, die die Einhaltung der Mindestnormen des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) zu den Menschen- und Gewerkschaftsrechten, zu Kinderarbeit und zu den Arbeitsschutzbestimmungen garantieren.

Zwar ist mir keine gewerkschaftliche Aktion erinnerlich, die so sehr die herzliche Sympathie der Kapitalisten gefunden hätte, wie jene vom 2. Dezember, aber das ist nicht entscheidend. Andere Kapitalisten, insbesondere des Textilhandels, haben eine heftige Polemik gegen das Textilabkommen entwickelt. Und sicherlich sind auch die Beweggründe von Textilkapitalisten und Gewerkschaft trotz gleicher Forderungen unterschiedlich. Während es den Kapitalisten bloß scheinbar um die Sicherung von Arbeitsplätzen geht, kann man ohne Bedenken unterstellen, daß es der Gewerkschaftsführung mit ihren Gründen ernst ist. Aber eine falsche Forderung wird nicht dadurch richtig, daß sie mit ehrenhafter Absicht aufgestellt wird, sowenig eine richtige Maßnahme dadurch falsch wird, daß sie falsch begründet wird. Ich halte es für ein Ausweichen, wenn der Kritik am Vorgehen der Gewerkschaft Textil-Bekleidung damit begegnet wird, man müsse schließlich sehen, daß deren „Haltung" gegenüber der Ausbeutung der Arbeiter in der Dritten Welt durch imperialistische Monopole ganz richtig sei, wobei mit keinem Wort gesagt wird, was denn diese Haltung mit der Forderung zu tun hat. Es geht nicht um subjektive Vorstellungen, sondern um die objektive Wirkung der Forderung.

Zwei Begründungen werden im wesentlichen gegeben, weshalb das Textilabkommen verlängert werden müsse. Erstens, weil sonst der „Kahlschlag an den Arbeitsplätzen" weitergehen würde, zweitens, weil damit der Ausbeutung der Dritten Welt begegnet werde.

Richtig ist, daß die Zahl der Beschäftigten in der Textilindustrie mit etwa 3% pro Jahr abnimmt. Die Arbeitslosenrate in der Bekleidungsindustrie lag im Mai 1980 bis 5,9%, während sie im Durchschnitt aller Wirtschaftszweige 3,7% betrug. Es ist ein Irrtum, wenn gesagt wird, „die Hauptursache für diese Entwicklung waren und sind die ständig ansteigenden Importe aus den Billiglohnländern und vielfältige Wettbewerbsverzerrungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie". (Redemanuskript für Betriebsratsvorsitzende in Klein- und Mittelbetrieben zur Begründung der Protestaktion am 2. Dezember 1980) Die Hauptursache dafür sind nicht billige Importe, sondern ist die Tatsache, daß die Kapitalisten untereinander darum konkurrieren, ihr Kapital durch eine möglichst geringe Zahl Arbeiter zu beschäftigen, um aus möglichst wenigen Arbeitern möglichst viel herauszuholen.

1979 hatte die Produktion der Textilindustrie gerade wieder jenen Stand erreicht, den sie vor der Krise zur Mitte des Jahrzehnts erreicht hatte. Mittlerweile aber waren einige Zigtausend freigesetzt worden.

Freilich hängt der Grad der Freisetzung davon ab, inwiefern mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität eine Ausdehnung des Kapitals einhergeht. Und der Grad der Ausdehnung des Kapitals hängt mit davon ab, wie sich der Markt dieses Kapitals entwickelt. Aber dies sind nur die äußeren Bedingungen. Das Kapital akkumuliert ohne Rücksicht auf die Bedingungen seiner Verwertung, es wirft ständig mehr Waren auf den Markt, untergräbt gleichzeitig die Nachfrage nach diesen Waren und kommt in die Krise. Und es überwindet diese Krise unter anderem damit, daß es sich neue Märkte erobert. Damit aber beginnt bloß das Spiel von neuem, aber in größerem Ausmaß. Die Lösung der Krise geschieht durch Vorbereitung der nächsten Krise und Verminderung der Möglichkeiten, der Krise vorzubeugen. Zweifellos hat die Expansion des Weltmarktes dem Kapitalismus zu vorübergehender Prosperität verholfen. Wenn heute jede Krise unvergleichlich viel größere Ausmaße anzunehmen droht als die vorige, wenn heute jede Krise eines Landes zur Weltkrise führt, dann liegt dies eben daran, daß die Eroberung ständig neuer Märkte die Reserven immer weiter eingeschränkt hat. Der Weltmarkt ist eben Realität. Er hat die nationalen Besonderheiten eingeebnet. Es ist im strengen Wortsinn reaktionär, diese Entwicklung rückgängig machen zu wollen. Und es ist eine Illusion, daß durch Aufhalten dieser Entwicklung etwas gewonnen wäre.

Daß wachsende Importe Hauptursache für die Krise der Textilindustrie in Westdeutschland sein sollen, ist bloß dann logisch, wenn man sich in den Gedankengängen des einzelnen Kapitalisten bewegt, für den sich immer der Konkurrent als Ursache seines drohenden Unterganges darstellt. Jeder einzelne Kapitalist versucht seinen Arbeitern einzuhämmern, sie müßten ranklotzen, denn die Konkurrenz schlafe nicht, und wenn sie ihn frißt, seien die Arbeitsplätze auch weg. Hernach ist der Reichtum der Kapitalisten gestiegen, und die Arbeiter sind Lohnsklaven geblieben.

Der Hauptfehler der Forderung nach Importbeschränkungen besteht darin, daß die Interessen der Arbeiter der Konkurrenz, der die Kapitalisten ausgesetzt sind, untergeordnet werden. Im Welttextilabkommen stehen auf der einen Seite die imperialistischen Industrieländer, auf der anderen die unterdrückten Entwicklungsländer. Mit der Forderung nach Importbeschränkungen für die Länder der Dritten Welt findet man sich unversehens an der Seite der Imperialisten. Es sind nicht die Länder der Dritten Welt, die die Arbeitslosigkeit hervorbringen, es sind nicht die Länder der Dritten Welt, die die Arbeiter in Westdeutschland ausbeuten. Der Kampf gegen Entlassungen muß gegen die westdeutschen Kapitalisten geführt werden, so wie auch der Kampf um die Bezahlung der Arbeitskraft gegen die westdeutschen Kapitalisten geführt werden muß.

Die westdeutschen Arbeiter haben ein Interesse an der Einheit der Arbeiter aller Länder, und sie haben ein Interesse an der Einheit mit den unterdrückten Völkern. Sie haben kein Interesse an der Einheit mit den westdeutschen Kapitalisten gegenüber den Ländern der Dritten Welt. Sie haben auch ein Interesse an der Regelung der materiellen Grundlagen der Beziehungen der Völker untereinander. Daraus aber zu schließen, aus diesem Interesse folge die Forderung nach Importquoten für die Länder der Dritten Welt, ist etwas weltfremd. Gerade weil die Arbeiterklasse Interesse am Austausch zum gegenseitigen Nutzen auch dann hat, wenn sie die politische Macht noch nicht erobert hat, unterstützt sie die Forderungen der Dritten Welt (z.B. der Zahlung eines angemessenen Ölpreises) und nicht die Forderung der Imperialisten nach Zementierung ihrer Übermacht auf den Weltmärkten.

Es muß hier nicht bewiesen werden, daß die herrschende Weltwirtschaftsordnung eine Ordnung der Ungerechtigkeit ist, eine Ordnung der Ausbeutung der Länder der Dritten Welt durch die imperialistischen Länder. Im Textilhandel hatten die Industrieländer 1978 ein Defizit von 6,6 Mrd. Dollar. Sieht man die westdeutsche Außenhandelsstatistik genauer an, so fällt einiges auf. Das Defizit von 1,2 Mrd. im Abschnitt 65 des Internationalen Warenverzeichnisses – Garne, Gewebe usw. – kommt ausschließlich durch die Einfuhr von Teppichen. Das Gesamtdefizit im Abschnitt 84 – Bekleidung – in Höhe von 8,6 Mrd. DM rührt mit 3,7 Mrd. DM aus dem Handel mit Entwicklungsländern. Dieser Überschuß auf seiten der Entwicklungsländer wird allein zu einem Drittel dafür benötigt, die Einfuhr von Textilmaschinen zu bezahlen. Ganz zu schweigen von dem 23 Mrd.-DM-Defizit im Teil 7 – Maschinenbau und elektrotechnische Erzeugnisse –, dem 6 Mrd.-DM-Defizit im Teil 5 – chemische Erzeugnisse. Die Entwicklungsländer steigern ihren Textilexport, um Devisen zu erwirtschaften, sagte Neundörfer von Gesamttextil. Ich denke, das ist ihr gutes Recht. Jede andere Position würde die Entwicklungsländer zu reinen Rohstofflieferanten verurteilen und untergräbt außerdem, was immer man darüber denken mag, die Absatzmärkte, weshalb Lambsdorff als Geschäftsträger der gesamten Kapitalistenklasse über das Welttextilabkommen nicht nur erfreut ist.

Die Länder der Dritten Welt haben es, seit sie die Forderung nach einer Änderung der Weltwirtschaftsordnung offen erhoben haben, immer als Teil der alten Ungerechtigkeiten betrachtet, daß zwar die Industrieländer ihre Märkte beherrschen und eine ausgewogene industrielle Entwicklung verhindern, ihnen aber den Zugang zu ihren Märkten versperren, sobald dort mehr als Rohstoffe und exotische Handarbeiten auftauchen. Öffnung der Märkte der Industrieländer für die Fertigwaren der Entwicklungsländer und Recht auf Schutz der eigenen Märkte ist fester Bestandteil des Forderungskatalogs der Entwicklungsländer auf allen internationalen Konferenzen. Bei der jetzigen Eröffnung der Verhandlungen zur eventuellen Verlängerung des Textilabkommens hat der Botschafter Kolumbiens, F. Jamarillo, eine Erklärung verlesen, auf die sich die textilexportierenden Entwicklungsländer kurz davor in Bogota geeinigt hatten. Er griff darin die Praxis des Abkommens heftig an und erklärte, die Entwicklungsländer würden im Textilbereich in steigendem Maß diskriminiert. Vor allem kritisierte er die „reasonable departure"-Klausel, die ein „Abweichen aus vernünftigen Gründen" zugunsten der Industrieländer erlaubt. Auf einer Konferenz im vergangenen Juni hatten Vertreter der Entwicklungsländer erklärt, die Zeit sei gekommen, die Ziele des Textilabkommens zu verändern und ein Vertreter Brasiliens erklärte, der Verhandlungsverlauf von 1977, als sich die Entwicklungsländer keine Verbesserungen mehr versprechen konnten, würde sich nicht wiederholen. Wenn angesichts der Drohungen der Imperialisten, ihre Überlegenheit zu einseitigen Importbeschränkungen zu nutzen, einige Länder der Dritten Welt sagen, besser überhaupt ein Abkommen als ein unkontrollierbarer Protektionismus, so kann man kaum davon sprechen, das Welttextilabkommen liege in „beiderseitigem Interesse". Bei den Neuverhandlungen wird es darauf ankommen, die Position der Entwicklungsländer zu unterstützen.

Meines Erachtens entspricht es den politischen Interessen der Arbeiterklasse in einem imperialistischen Land, wenn man gegen jede Beschränkung der Importe aus Entwicklungsländern und für das Recht der Entwicklungsländer, ihrerseits Schutzmaßnahmen gegen Importe zu ergreifen, eintritt. Was die Ausbeutung der Arbeiter in Entwicklungsländern durch imperialistische Konzerne angeht, so schreckt das Textilabkommen jene Monopole offensichtlich kaum, sonst würden sie nicht für eine Verlängerung eintreten. Sicherlich wäre es besser, gleich Maßnahmen gegen den Kapitalexport zu fordern, etwa vollständiges oder teilweises Verbot, oder statt Kapitalexport bedingungslose Entwicklungshilfe. Und *gegenüber den Kapitalexporteuren* könnte auch eine Verpflichtung auf die ILO-Bestimmungen sinnvoll sein. Während die GTB-Forderung darauf hinausläuft, ausgerechnet die imperialistischen Länder zum Kontrolleur gegenüber den Ländern der Dritten Welt zu machen, könnte die Forderung direkt gegenüber den Hauptverbrechern, gegenüber den imperialistischen Monopolen geltend gemacht werden.

Die Stellung des Textilhandels im westdeutschen Außenhandel 1979
Werte in Mio. DM nach dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC-Rev II)
(ausgewählte Teile, Abschnitte und Gruppen) und nach Ländergruppen

tisiert. Einige Leser halten das für falsch oder haben weitere Fragen aufgeworfen. Die Textilindustrie steckt in einer langwierigen Krise, gerade erst ist Delden Pleite gegangen, und die allgemeine wirtschaftliche Krise wird die besondere Textilkrise wegen schwindender Märkte noch verschärfen. Die Gewerkschaft ist dadurch gefordert. Auch in anderen Wirtschaftszweigen wird die Frage nach Importbeschränkungen aufgeworfen oder ist schon aufgeworfen. Dies ist unvermeidlich, und wir müssen uns dieser Frage stellen, sie von ihren verschiedenen Seiten angehen und unsere Ansicht dazu immer wieder neu begründen. Auch in der Gewerkschaft muß dies geschehen.
Das Textilabkommen hält im Grunde Importe der Entwicklungsländer von den Märkten der USA, der EG und Japans ab. Es erlaubt den Industrieländern, selektiv gegenüber bestimmten Lieferländern Importbeschränkungen vorzunehmen oder sie zu „Selbstbeschränkungen" zu zwingen. Die Kapitalisten begründen seine Notwendigkeit so: „Viele Entwick-

Ebenfalls wird eine Laufzeit von mindestens 10 Jahren („Unter Berücksichtigung der notwendigen langfristigen Investitionsplanungen der Industrie") sowie eine Reduzierung der Importe verlangt. Da der Verbrauch in der EG höchstens um 1,5% pro Jahr steigen würde, müßte die Steigerung der Importquoten unter dieser Rate liegen. Auch die Forderung nach strengerer Überwachung der Ursprungszeugnisse und zur Aufteilung der Quoten in der EG decken sich mit den Forderungen der Kapitalisten. Lediglich in einem Punkt unterscheiden sich die Positionen. Die europäischen Textilgewerkschaften fordern Sozialklauseln in den Verträgen der EG mit den Entwicklungsländern, die die Einhaltung der Mindestnormen des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) zu den Menschen- und Gewerkschaftsrechten, zu Kinderarbeit und zu den Arbeitsschutzbestimmungen garantieren.
Zwar ist mir keine gewerkschaftliche Aktion erinnerlich, die so sehr die herzliche Sympathie der Kapitalisten gefunden hätte, wie jene vom 2. De-

Erstens, weil sonst der „Kahlschlag an den Arbeitsplätzen" weitergehen würde, zweitens, weil damit der Ausbeutung der Dritten Welt begegnet werde.
Richtig ist, daß die Zahl der Beschäftigten in der Textilindustrie mit etwa 3% pro Jahr abnimmt. Die Arbeitslosenrate in der Bekleidungsindustrie lag im Mai 1980 bis 5,9%, während sie im Durchschnitt aller Wirtschaftszweige 3,7% betrug. Es ist ein Irrtum, wenn gesagt wird, „die Hauptursache für diese Entwicklung waren und sind die ständig ansteigenden Importe aus den Billiglohnländern und vielfältige Wettbewerbsverzerrungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie". (Redemanuskript für Betriebsratsvorsitzende in Klein- und Mittelbetrieben zur Begründung der Protestaktion am 2. Dezember 1980) Die Hauptursache dafür sind nicht billige Importe, sondern ist die Tatsache, daß die Kapitalisten untereinander darum konkurrieren, ihr Kapital durch eine möglichst geringe Zahl Arbeiter zu beschäftigen, um aus möglichst wenigen Arbeitern möglichst viel herauszuholen.

liegt dies eben daran, daß die Eroberung ständig neuer Märkte die Reserven immer weiter eingeschränkt hat. Der Weltmarkt ist eben Realität. Er hat die nationalen Besonderheiten eingeebnet. Es ist im strengen Wortsinn reaktionär, diese Entwicklung rückgängig machen zu wollen. Und es ist eine Illusion, daß durch Aufhalten dieser Entwicklung etwas gewonnen wäre.
Daß wachsende Importe Hauptursache für die Krise der Textilindustrie in Westdeutschland sein sollen, ist bloß dann logisch, wenn man sich in den Gedankengängen des einzelnen Kapitalisten bewegt, für den sich immer der Konkurrent als Ursache seines drohenden Unterganges darstellt. Jeder einzelne Kapitalist versucht seinen Arbeitern einzuhämmern, sie müßten ranklotzen, denn die Konkurrenz schlafe nicht, und wenn sie ihn frißt, seien die Arbeitsplätze auch weg. Hernach ist der Reichtum der Kapitalisten gestiegen, und die Arbeiter sind Lohnsklaven geblieben.
Der Hauptfehler der Forderung nach Importbeschränkungen besteht darin, daß die Interessen der Arbeiter der Konkurrenz, der die Kapitalisten ausgesetzt sind, untergeordnet werden. Im Welttextilabkommen stehen auf der einen Seite die imperialistischen Industrieländer, auf der anderen die unter-

gene industrielle Entwicklung verhindern, ihnen aber den Zugang zu ihren Märkten versperren, sobald dort mehr als Rohstoffe und exotische Handarbeiten auftauchen. Öffnung der Märkte der Industrieländer für die Fertigwaren der Entwicklungsländer und Recht auf Schutz der eigenen Märkte ist fester Bestandteil des Forderungskatalogs der Entwicklungsländer auf allen internationalen Konferenzen. Bei der jetzigen Eröffnung der Verhandlungen zur eventuellen Verlängerung des Textilabkommens hat der Botschafter Kolumbiens, F. Jamarillo, eine Erklärung verlesen, auf die sich die textilexportierenden Entwicklungsländer kurz davor in Bogota geeinigt hatten. Er griff darin die Praxis des Abkommens heftig an und erklärte, die Entwicklungsländer würden im Textilbereich in steigendem Maß diskriminiert. Vor allem kritisierte er die „reasonable departure"-Klausel, die ein „Abweichen aus vernünftigen Gründen" zugunsten der Industrieländer erlaubt. Auf einer Konferenz im vergangenen Juni hatten Vertreter der Entwicklungsländer erklärt, die Zeit sei gekommen, die Ziele des Textilabkommens zu verändern und ein Vertreter Brasiliens erklärte, der Verhandlungsverlauf von 1977, als sich die Entwicklungsländer keine Verbesserungen mehr versprechen konn-

Die Stellung des Textilhandels im westdeutschen Außenhandel 1979
Werte in Mio. DM nach dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC-Rev II)
(ausgewählte Teile, Abschnitte und Gruppen) und nach Ländergruppen

Nr. der Systematik	Alle Länder			Entwicklungsländer			davon Afrika			davon Amerika			davon Asien		
Warenbenennung	Einf.	Ausf.	Saldo	Einf.	Ausf.	Saldo	Einf.	Ausf.	Saldo	Einf.	Ausf.	Saldo	Einf.	Ausf.	Saldo
26 Spinnstoffe u. Abf.	1945	1473	−472	438	106	−332	143	32	−111	218	26	−192	77	48	−29
5 Chem. Erzeugnisse	**22682**	**41044**	**18362**	**407**	**6379**	**5972**	**180**	**1357**	**1177**	**119**	**2146**	**2027**	**108**	**2870**	**2762**
6 Bearbeitete Waren nach Beschaffenheit	**54141**	**64096**	**9955**	**5024**	**7140**	**2116**	**660**	**2111**	**1451**	**1391**	**1213**	**−178**	**2896**	**3807**	**911**
65 Garne, Gewebe, Spinnstofferzeugnisse	11883	11122	−761	2081	871	−1210	256	369	113	279	67	−212	1546	434	−1112
651 Garne	2974	3160	186	276	255	−21	40	115	75	148	23	−125	88	116	28
652 Baumwollgewebe	1513	1646	133	196	160	−36	17	112	95	53	5	−48	125	44	−81
659 Teppiche usw.	2469	643	−1826	1230	32	−1198	158	3	−155	2	2	0	1069	26	−1043
7 Maschinenbau- u. elektrotechn. Erzeugn., Fahrz.	**56382**	**140958**	**84576**	**2129**	**25596**	**23467**	**62**	**6854**	**6792**	**418**	**5167**	**4749**	**1649**	**13522**	**11873**
724 Maschinen usw. für Textil u. Leder	782	4488	3706	28	1288	1260	285	0	−285	1	406	405	27	597	570
8 Sonst. bearb. Waren	**34077**	**29318**	**−4759**	**5671**	**2501**	**−3170**	**298**	**540**	**242**	**318**	**560**	**242**	**5055**	**1391**	**−3664**
84 Bekleidung	13374	4737	−8637	3878	155	−3723	267	71	−196	197	12	−182	3414	71	−3343
0−9 Insgesamt	292040	314469	22429	54325	45083	−9242	17784	12188	−5596	10428	9653	−775	25571	23156	−2415

Nr. der Systematik	Ind. westl. Länder zus.			davon EG-Länder			dav. USA u. Kanada			Staatshandelsl. zus.			davon Europa		
Warenbenennung	Einf.	Ausf.	Saldo	Einf.	Ausf.	Saldo	Einf.	Ausf.	Saldo	Einf.	Ausf.	Saldo	Einf.	Ausf.	Saldo
26 Spinnstoffe u. Abf.	1348	1291	−57	515	907	392	105	23	−82	159	76	−83	123	72	−51
5 Chem. Erzeugnisse	**20858**	**31841**	**10983**	**15149**	**19123**	**3974**	**2342**	**2064**	**−278**	**1418**	**2824**	**1406**	**1340**	**2529**	**1189**
6 Bearbeitete Waren nach Beschaffenheit	**46618**	**50404**	**3786**	**30223**	**31764**	**1541**	**2137**	**3420**	**1283**	**2499**	**6552**	**4053**	**2278**	**5464**	**3186**
65 Garne, Gewebe, Spinnstofferzeugnisse	9380	9504	124	7012	6004	−1008	267	239	−28	421	747	326	295	722	427
651 Garne	2669	2660	−9	1841	1829	−12	87	77	−10	29	245	216	23	223	200
652 Baumwollgewebe	1232	1390	158	856	940	84	69	16	−53	85	96	11	64	95	31
659 Teppiche usw.	1127	608	−519	984	371	−613	5	7	2	112	3	−109	77	3	−74
7 Maschinenbau- u. elektrotechn. Erzeugn., Fahrz.	**53583**	**108279**	**54696**	**33147**	**61243**	**28096**	**6980**	**14443**	**7463**	**670**	**7083**	**6413**	**669**	**5771**	**5102**
724 Maschinen usw. für Textil u. Leder	742	2870	2128	351	1293	942	48	474	426	12	329	317	12	295	283
8 Sonst. bearb. Waren	**26626**	**26001**	**−625**	**15924**	**15135**	**−789**	**2107**	**1674**	**−433**	**1780**	**816**	**−964**	**1563**	**730**	**−833**
84 Bekl. u. Zubeh.	8349	4507	−3842	4932	2862	−2070	171	73	−−98	1147	74	−1073	1017	74	−943
0−9 Insgesamt	221440	249580	28140	141275	151751	10476	23378	23086	−292	16021	18841	2820	14901	15942	1041

Quelle: Statistisches Bundesamt, Außenhandel, Zusammenfassende Übersichten 1979



Ende März 1980 unterstützten die Belegschaften im öffentlichen Dienst die Verhandlungen der ÖTV mit den öffentlichen Arbeitgebern durch Warnstreiks und andere Aktionen. Das Bild zeigt einen Warnstreik der Müllarbeiter. 1980 wurden die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um 6,3% erhöht.

Gesichtspunkte zur Vorbereitung des Tarifkampfes in den öffentlichen Diensten

vol. Die Forderungsempfehlung der Gewerkschaftsvorstände in den öffentlichen Diensten von 7% ist ein deutliches Kompromißangebot an die sozialliberale Koalition gewesen. Keine Mindestforderung aus Rücksichtnahme auf die FDP, ein Abschluß zwischen 4 bis 5% vor Augen, der nach den damaligen Vorausschätzungen der Konjunkturforscher zwar oberhalb der Inflationsrate liegen würde, aber bei Steigerung der Krankenversicherungsbeiträge, Rentenversicherung, Steuerprogression und Wachsen der industriellen Reservearmee schon eine Einschränkung der Lebenshaltung bei den einzelnen Arbeitern, insbesondere aber bezogen auf den gesamten Lohnfonds eine Einschränkung der Lebenshaltung bringen würde. Mit der jetzt immer deutlicher werdenden Entwicklung der Krise ist diesem Kompromiß die Basis entzogen. Und zwar sowohl von der Seite der Regierung wie auch der Gewerkschaften. ,,Trotz der Konsolidierungsbestrebungen werden die staatlichen Finanzierungsdefizite nicht auf die im Jahre 1980 erreichte Höhe begrenzt bleiben'', schreibt das Deutsche Institut der Wirtschaft im Januar 1981. Nach ihrer Schätzung müßte selbst ausgehend von einem ,,Lohnabschluß in den öffentlichen Diensten an der unteren Grenze der allgemeinen Tariferhöhung'' die Neuverschuldung des Staates um 10 Mrd. DM auf 67 Mrd. DM steigen. Da die Bankiers dazu nicht bereit sind, wird der Druck auf die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst in den nächsten Wochen nochmals stark wachsen.

Von den Beschäftigten in den öffentlichen Diensten müßten heute zur Sicherung der Realeinkommen in Rechnung gestellt werden: die Steigerung der Intensität und der Arbeitszeit aufgrund der Streich- und Kürzungsbeschlüsse, eine Beschleunigung der Inflation über die 5,5% des letzten Jahres – selbst das Wirtschaftsministerium spricht jetzt von *mindestens* einer Inflation von 4,5% –, die Abgruppierungs- und Rationalisierungspläne, die Baum auf der Beamtentagung verbreitet hat, sowie die oben genannte Steigerung der Abzüge.

Nutzen die Regierungen in der jetzigen Lage die offensichtlichen Zugeständnisse in der Forderungsempfehlung an einen ,,haushaltsgerechten'' Abschluß, ist die Gefahr eines niedrigen Prozentabschlusses ziemlich groß. Dabei steht zu befürchten, daß sie versuchen werden, den jetzigen Abstand zwischen Metall und den öffentlichen Diensten sogar noch zu vergrößern. Die Mobilisierung der Gewerkschaften zum Kampf für Forderungen zwischen 3,5 und 4,5% wird nicht leicht sein, was die Regierungen versuchen werden, zusätzlich zu nutzen.

In den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wird versucht, der Gefahr eines niedrigen Prozentabschlusses mit einer Mindestforderung zu begegnen, wobei der Mindestbestandteil als fest, die Prozente als verhandlungsfähig angeboten werden sollen. Aufgrund des Drucks der industriellen Reservearmee, der Steigerung der Intensität und der Mehrarbeit würde ein Prozentabschluß verheerend für die unteren und mittleren Lohngruppen wirken. Mit der Verschärfung der Möglichkeiten für Abgruppierung und ,,Leistungsbeurteilung'' würde dies auf die gesamte Lohnstruktur in den öffentlichen Diensten zurückwirken.

Da bei der gegenwärtigen Haushaltslage der Staatsfinanzen das Volumen des Abschlusses in den öffentlichen Diensten eine noch größere Rolle spielt als bisher, wird es ab einer bestimmten Höhe besser für die Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten sein, auf einen Abschluß in Festgeld zu gehen, als an den Prozenten festzuhalten. Durch Ausnutzen der Spaltungen zwischen den Parteien und zwischen den verschiedenen Abteilungen des Staatsapparates kann es sogar vielleicht gelingen, einen solchen Festgeldabschluß ohne Streik durchzusetzen. Bekanntlich hat Rau den Vorschlag einer Festgelderhöhung von 80 bis 100 DM, was zu niedrig ist, gemacht, um ,,Sparen'' und Sicherung des Einflusses der Sozialdemokratie in den öffentlichen Diensten zu verbinden. Baum würde es sicherlich schwerfallen, einen um 1 bis 1,5 Mrd. DM billigeren Abschluß bei 120 DM Festgeld gegenüber 4% allein mit dem Argument der ,,Leistungsgerechtigkeit'' abzulehnen. Innerhalb der Tarifgemeinschaft der Dienstherren, wo ja Länder und Gemeinden das meiste bezahlen müssen, wie auch innerhalb der CDU wird es über diese Frage arge Differenzen geben. Darauf sollten die Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten vorbereitet sein.

IG Druck: OV Stuttgart und Vertrauensleute gegen Gewerkschaftsausschluß

Verfahrensrichtlinien des Hauptvorstandes stoßen auf Protest

has. ,,Aus gegebenem Anlaß hat der Hauptvorstand in seiner 17. Sitzung am 28./29.02.80 Verfahrensrichtlinien für Ausschlüsse nach §11 Zif. 1c) und d) unserer Satzung beschlossen, *die für den internen Gebrauch bestimmt sind*'' (Hervorhebung i.T., d. Verf.), heißt es im Vorspann einer umfangreichen Expertise, die der Hauptvorstand der IG Druck und Papier im März 1980 exklusiv an die Landesbezirksvorsitzenden und die Mitglieder des Hauptausschusses verschickte. Anlaß gegeben hatten zumindest zwei Umstände: einerseits der Augsburger Gewerkschaftstag 1977, der die Unvereinbarkeitsbeschlüsse von 1974 aufhob; andererseits Entscheidungen des Hauptausschusses, der als Revisionsinstanz mehrfach Ausschlüsse von Mitgliedern kommunistischer Organisationen zurückgewiesen hatte.

Bis Ende des vergangenen Jahres blieben diese Ausschlußrichtlinien der Mitgliedschaft in der IG Druck und Papier unbekannt. Erst als im September der Landesbezirksvorstand Baden-Württemberg mehrheitlich den Ausschluß des Genossen H. Schöpfer aus der IG Druck und Papier wegen Parlamentskandidatur für den KBW beim Hauptvorstand beantragte, wurden die Richtlinien trotz höchster Geheimstufe aufgedeckt. Heißt es in der Satzung, daß ausgeschlossen werden kann, wer ,,Handlungen begeht ..., die die Interessen oder das Ansehen der Gewerkschaft schädigen oder ihren Grundsätzen zuwiderlaufen'', so konkretisiert der Hauptvorstand: ,,Den Grundsätzen zuwider läuft die Programmatik von ‚pseudolinken' Splittergruppen, die sich selbst als innergewerkschaftliche Opposition verstehen, wie z.B. der KPD, des KBW, KB, der ABG u.ä.'' Exakt solche Satzungsauslegung hat jedoch der Gewerkschaftstag 1977 zurückgewiesen durch Ablehnung des Antrags 362, gestellt vom Hauptvorstand.

Unter Bezugnahme auf einige falsche Festlegungen in den ,,Leitsätzen zur Arbeit in den Gewerkschaften'' des KBW, wie beispielsweise der Fraktionsbildung der Kommunisten auf allen Ebenen der Gewerkschaften, schlußfolgerte der Landesbezirksvorstand Baden-Württemberg in der Begründung seines Ausschlußantrags: ,,Diese Grundsätze, die sich der Kollege Schöpfer zwangsläufig zu eigen machen muß, verstoßen eindeutig gegen die Grundsätze der Einheitsgewerkschaften ...'' Ein Nachweis, wo der Genosse Schöpfer in seiner gewerkschaftlichen oder sonstigen politischen Tätigkeit gegen die Grundsätze der Einheitsgewerkschaft verstoßen haben soll, wurde nicht geführt und konnte nicht geführt werden. Am 5. Dezember schloß daher der Hauptvorstand H. Schöpfer streng nach eigenen ‚Verfahrensrichtlinien' ausschließlich wegen seiner Bundestagskandidatur für den KBW aus der Gewerkschaft aus.

Für den Ortsverein Stuttgart, in dem H. Schöpfer organisiert war und wo er Funktionen als Vorstandsmitglied, Delegierter und Vorsitzender der Berufsgruppe graphischer Hilfskräfte ausübte, war mit dem Ausschluß der seit Monaten dagegen geführte Kampf nicht beendet. Während der Ausschlußvorbereitung hatte sich die Vollversammlung der Stuttgarter Vertrauensleute unter Berufung auf die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft einstimmig gegen einen Ausschluß ausgesprochen; ebenso und wiederholt der Ortsvereinsvorstand nach ausführlichen Beratungen. Die Mitglieder- und Delegiertenkonferenz forderte nahezu einstimmig die Rücknahme bzw. Ablehnung des Antrags und faßte am 11. Dezember mehrere Beschlüsse gegen den Ausschluß: ,,Die Mitgliederversammlung betrachtet diesen Beschluß des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier als satzungswidrig und als einen Verstoß gegen den Grundsatz der Einheitsgewerkschaft ... Wir werden auch weiterhin das gewerkschaftliche Engagement des Kollegen Schöpfer für die Arbeit des Ortsvereins in Anspruch nehmen.'' Das Gastrecht bei Mitgliederversammlungen wurde eingeräumt und der Hauptausschuß aufgefordert, den Ausschluß rückgängig zu machen. Dessen Entscheidung steht noch aus.

Der entbrannte Streit um den Charakter der Gewerkschaft als Einheitsgewerkschaft hat die Frage nach den Satzungsbestimmungen bei Ausschlüssen aufgeworfen. In Sachen ,,gewerkschaftsschädigendes Verhalten'' ist der Landesvorstand antragsberechtigt, der Hauptvorstand entscheidungsbefugt, obwohl in aller Regel nur auf örtlicher Ebene eine Beurteilung möglich ist. Demokratie in der Gewerkschaft wird dadurch weitgehend eingeschränkt. Was die ehemals geheimen Verfahrensrichtlinien für Ausschlüsse anbelangt, so würde der Hauptvorstand gut daran tun, sie für null und nichtig zu erklären. Denn einerseits treten sie Gewerkschaftstagsbeschlüsse mit Füßen und verstoßen darüber hinaus gegen den §20,3 der Satzung, wo es heißt: ,,Er (der Hauptvorstand, d. Verf) überwacht die Einhaltung der Satzung, er hat alle satzungsgemäßen Beschlüsse den betroffenen Mitgliedern bekanntzugeben ...''. Mit geheimen Richtlinien verträgt sich das nicht.

auf die FDP, ein Abschluß zwischen 4 bis 5% vor Augen, der nach den damaligen Vorausschätzungen der Konjunkturforscher zwar oberhalb der Inflationsrate liegen würde, aber bei Steigerung der Krankenversicherungsbeiträge, Rentenversicherung, Steuerprogression und Wachsen der industriellen Reservearmee schon eine Einschränkung der Lebenshaltung bei den einzelnen Arbeitern, insbesondere aber bezogen auf den gesamten Lohnfonds eine Einschränkung der Lebenshaltung bringen würde. Mit der jetzt immer deutlicher werdenden Entwicklung der Krise ist diesem Kompromiß die Basis entzogen. Und zwar sowohl von der Seite der Regierung wie auch der Gewerkschaften. ,,Trotz der Konsolidierungsbestrebungen werden die staatlichen Finanzierungsdefizite nicht auf die im Jahre 1980 erreichte Höhe begrenzt bleiben'', schreibt das Deutsche Institut der Wirtschaft im Januar 1981. Nach ihrer Schätzung müßte selbst ausgehend von einem ,,Lohnabschluß in den öffentlichen Diensten an der unteren Grenze der allgemeinen Tariferhöhung'' die Neuverschuldung des Staates um 10 Mrd. DM auf 67 Mrd. DM steigen. Da die Bankiers dazu nicht bereit sind, wird der Druck auf die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst in den nächsten Wochen nochmals stark wachsen.

beschlüsse, eine Beschleunigung der Inflation über die 5,5% des letzten Jahres – selbst das Wirtschaftsministerium spricht jetzt von *mindestens* einer Inflation von 4,5% –, die Abgruppierungs- und Rationalisierungspläne, die Baum auf der Beamtentagung verbreitet hat, sowie die oben genannte Steigerung der Abzüge.

Nutzen die Regierungen in der jetzigen Lage die offensichtlichen Zugeständnisse in der Forderungsempfehlung an einen ,,haushaltsgerechten'' Abschluß, ist die Gefahr eines niedrigen Prozentabschlusses ziemlich groß. Dabei steht zu befürchten, daß sie versuchen werden, den jetzigen Abstand zwischen Metall und den öffentlichen Diensten sogar noch zu vergrößern. Die Mobilisierung der Gewerkschaften zum Kampf für Forderungen zwischen 3,5 und 4,5% wird nicht leicht sein, was die Regierungen versuchen werden, zusätzlich zu nutzen.

In den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wird versucht, der Gefahr eines niedrigen Prozentabschlusses mit einer Mindestforderung zu begegnen, wobei der Mindestbestandteil als fest, die Prozente als verhandlungsfähig angeboten werden sollen. Aufgrund des Drucks der industriellen Reservearmee, der Steigerung der Intensität und der Mehrarbeit würde ein Pro-

chen Diensten zurückwirken.

Da bei der gegenwärtigen Haushaltslage der Staatsfinanzen das Volumen des Abschlusses in den öffentlichen Diensten eine noch größere Rolle spielt als bisher, wird es ab einer bestimmten Höhe besser für die Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten sein, auf einen Abschluß in Festgeld zu gehen, als an den Prozenten festzuhalten. Durch Ausnutzen der Spaltungen zwischen den Parteien und zwischen den verschiedenen Abteilungen des Staatsapparates kann es sogar vielleicht gelingen, einen solchen Festgeldabschluß ohne Streik durchzusetzen. Bekanntlich hat Rau den Vorschlag einer Festgelderhöhung von 80 bis 100 DM, was zu niedrig ist, gemacht, um ,,Sparen'' und Sicherung des Einflusses der Sozialdemokratie in den öffentlichen Diensten zu verbinden. Baum würde es sicherlich schwerfallen, einen um 1 bis 1,5 Mrd. DM billigeren Abschluß bei 120 DM Festgeld gegenüber 4% allein mit dem Argument der ,,Leistungsgerechtigkeit'' abzulehnen. Innerhalb der Tarifgemeinschaft der Dienstherren, wo ja Länder und Gemeinden das meiste bezahlen müssen, wie auch innerhalb der CDU wird es über diese Frage arge Differenzen geben. Darauf sollten die Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten vorbereitet sein.

fe aufgedeckt. Heißt es in der Satzung, daß ausgeschlossen werden kann, wer ,,Handlungen begeht ..., die die Interessen oder das Ansehen der Gewerkschaft schädigen oder ihren Grundsätzen zuwiderlaufen'', so konkretisiert der Hauptvorstand: ,,Den Grundsätzen zuwider läuft die Programmatik von ‚pseudolinken' Splittergruppen, die sich selbst als innergewerkschaftliche Opposition verstehen, wie z.B. der KPD, des KBW, KB, der ABG u.ä.'' Exakt solche Satzungsauslegung hat jedoch der Gewerkschaftstag 1977 zurückgewiesen durch Ablehnung des Antrags 362, gestellt vom Hauptvorstand.

Unter Bezugnahme auf einige falsche Festlegungen in den ,,Leitsätzen zur Arbeit in den Gewerkschaften'' des KBW, wie beispielsweise der Fraktionsbildung der Kommunisten auf allen Ebenen der Gewerkschaften, schlußfolgerte der Landesbezirksvorstand Baden-Württemberg in der Begründung seines Ausschlußantrags: ,,Diese Grundsätze, die sich der Kollege Schöpfer zwangsläufig zu eigen machen muß, verstoßen eindeutig gegen die Grundsätze der Einheitsgewerkschaften ...'' Ein Nachweis, wo der Genosse Schöpfer in seiner gewerkschaftlichen oder sonstigen politischen Tätigkeit gegen die Grundsätze der Einheitsgewerkschaft verstoßen haben

weiterhin das gewerkschaftliche Engagement des Kollegen Schöpfer für die Arbeit des Ortsvereins in Anspruch nehmen.'' Das Gastrecht bei Mitgliederversammlungen wurde eingeräumt und der Hauptausschuß aufgefordert, den Ausschluß rückgängig zu machen. Dessen Entscheidung steht noch aus.

Der entbrannte Streit um den Charakter der Gewerkschaft als Einheitsgewerkschaft hat die Frage nach den Satzungsbestimmungen bei Ausschlüssen aufgeworfen. In Sachen ,,gewerkschaftsschädigendes Verhalten'' ist der Landesvorstand antragsberechtigt, der Hauptvorstand entscheidungsbefugt, obwohl in aller Regel nur auf örtlicher Ebene eine Beurteilung möglich ist. Demokratie in der Gewerkschaft wird dadurch weitgehend eingeschränkt. Was die ehemals geheimen Verfahrensrichtlinien für Ausschlüsse anbelangt, so würde der Hauptvorstand gut daran tun, sie für null und nichtig zu erklären. Denn einerseits treten sie Gewerkschaftstagsbeschlüsse mit Füßen und verstoßen darüber hinaus gegen den §20,3 der Satzung, wo es heißt: ,,Er (der Hauptvorstand, d. Verf) überwacht die Einhaltung der Satzung, er hat alle satzungsgemäßen Beschlüsse den betroffenen Mitgliedern bekanntzugeben ...''. Mit geheimen Richtlinien verträgt sich das nicht.

Bau: Neuer Bundesrahmentarifvertrag

brp. Die IG BSE konnte einige Verbesserungen erreichen. Fahrgeld gibt es jetzt, wenn die Entfernung zwischen Wohnung und Bau-/Arbeitsstelle mehr als 6 km beträgt. Bisher war der Ausgangspunkt der km-Berechnung der Betrieb. Das Fahrgeld wird erhöht; u.a. bei Pkw-Benutzung zwischen 0,50 – 8,00 DM. Das Verpflegungsgeld (5 DM) müssen die Kapitalisten jetzt bei 10stündiger Abwesenheit von der Wohnung zahlen, unabhängig, wie weit die Baustelle entfernt ist. Die Erschwerniszuschläge werden um ca. 17,6% erhöht. Weitere Verbesserungen betreffen die Auslösung, Heimfahrten, Kündigungsfristen, Wegfall der Lohngruppe für Ungelernte unter 17 Jahren. Prinzipiell lehnten die Kapitalisten die Forderung der IG BSE nach einer Lohnfortzahlung ab, wenn in den Monaten April bis Oktober wegen schlechter Witterung nicht gearbeitet werden kann und die Bauarbeiter erhebliche Lohneinbußen haben, die zu Überstunden zwingen.

Times-Strafprozeß gegen Funktionäre der IG Druck terminiert

bil. Mit Ladung vom 17.12.80 ist der Termin im Times-Prozeß gegen drei Funktionäre der IG Druck und Papier auf den 19. Februar 1981 vor der großen Strafkammer anberaumt worden. Die Anklage lautet auf Nötigung und Hausfriedensbruch wegen der erfolgreichen Verhinderung der Herausgabe der Streikbruch-Ausgabe Times im April 1979 durch die Ter-Druckerei. Wegen des noch anhängigen Schadensersatzprozesses, mit dem der Kapitalistenverband und die Ter-Druckerei 58000 DM Schadensersatz von der IG Druck und Papier verlangen, ist ein Antrag auf Aufhebung des Strafkammerprozesses gestellt worden. Über 6000 Unterschriften hat die IG Druck und Papier im Zusammenhang einer Postkarten-Aktion zur Weiterleitung an die 5. Strafkammer des Landgerichts Darmstadt erhalten, mit denen die Einstellung des Verfahrens gefordert wird. (Bei Bekanntgabe der Terminfestsetzung hat der Vorsitzende der Vertrauenskörperleitung der IG Metall bei der Adam Opel AG Rüsselsheim am 10.1.1981 auf einer Vollversammlung vor über 500 Vertrauensleuten des Werks nochmals die Unterstützung der Vertrauenskörperleitung gegen den Strafprozeß bekräftigt.)

5,15% mehr Lohn im Hotel- und Gaststättengewerbe

dog. Die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten hat für die 60000 Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe Baden-Württembergs neue Lohn- und Gehaltstarife abgeschlossen. Sie erhalten rückwirkend vom 1. Januar 1981 an 5,15% mehr Lohn und Gehalt. Für die Ausbildungsvergütungen wurden Erhöhungen zwischen 25 und 40 DM vereinbart. – Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie Nordrheins sind von der Gewerkschaft Holz und Kunststoff für gescheitert erklärt worden. Die Gewerkschaft fordert 9,5% mehr Lohn, die Kapitalisten hatten kein Angebot vorgelegt.

2180747 Unfälle und Berufskrankheiten 1979

dog. Nach dem Bericht der Bundesregierung über den Stand der Unfallverhütung und des Unfallgeschehens hat die Zahl der angezeigten Unfälle und Berufskrankheiten 1979 gegenüber 1978 um 6% zugenommen. Die Anzahl der Erwerbstätigen stieg im gleichen Zeitraum um 1,3%. Zurückgegangen ist die Anzahl der tödlichen Unfälle und der Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang um 2%. Am häufigsten passierten Arbeitsunfälle auf dem Bau. Auf 1000 Arbeiter errechneten die Berufsgenossenschaften des Baugewerbes 153 Arbeitsunfälle. Mehr als ein Viertel der angezeigten Berufskrankheiten betraf Lärmschwerhörigkeit, ein weiteres Viertel auf Hautkrankheiten, die Berufsunfähigkeit zur Folge hatten.



Seit vergangenen Montag führen die Mitglieder der britischen Seeleutegewerkschaft ihre Punktstreiks durch, um ihre Lohnforderung von 16% durchzusetzen. Kurz vor Beginn des Streiks hatten die britischen Reeder ihr Lohnangebot von 10,5 Prozent auf 12 Prozent erhöht. Am Montag waren Liverpool und Dover 24 Stunden bestreikt worden, am Mittwoch die Häfen von Weymouth, Portsmouth und Southampton.

Auf Druck der US-Regierung Lohnkürzung zugestimmt

gih. Unter Druck der US-Regierung hat am vergangenen Mittwoch der Vorsitzende der Automobilarbeitergewerkschaft (UAW), Fraser, zugestimmt, die Löhne und Gehälter der Chrysler-Beschäftigten um 622 Mio. Dollar zu kürzen. Die Regierung hatte eine Kreditvergabe von 400 Mio. Dollar von dieser Zusage abhängig gemacht. Fraser betonte jedoch, daß die Mitglieder seine Zusage erst durch eine Urabstimmung in Kraft setzen können, und hielt es für ,,fraglich'', ob die Mitglieder ihre Zustimmung geben werden. Der Chrysler-Konzern hat in den letzten drei Jahren einen Verlust von fast 3 Mrd. Dollar erwirtschaftet, im Jahr 1979 allein 1,1 Mrd. Dollar und im Jahr 1980 ca. 1,7 Mrd. Dollar. Ein weiterer Kredit von 300 Mio. Dollar steht noch aus.

Generalstreik in Peru

gih. Die Gewerkschaften protestieren gegen die von der Regierung angeordnete Erhöhung der Grundnahrungsmittelpreise um mehr als 40 Prozent. Die Regierung hatte die Streichung der Subventionen für Grundnahrungsmittel wie Milch, Reis, Zucker und Brot mit der Notwendigkeit begründet, den Haushaltsplan auszugleichen und die Inflationsrate in diesem Jahr auf 40 Prozent zu drücken. Die Gewerkschaften fordern 60 Prozent Lohnerhöhung sowie zahlreiche politische Forderungen. Die Regierung hatte lediglich eine Lohnerhöhung von 12 Prozent zugestanden und bezeichnete den ausgerufenen Generalstreik als ,,illegal''.

Nach der HANSA-Pleite arbeitslos

Interview mit einem Seebetriebsrat der DDG HANSA

dok. Laut Halbjahresstatistik des Deutschen Reederverbandes liefen im August 1980 insgesamt 574 Schiffe (ohne Küsten-und Fischereischiffe) mit 8,488 Mio. BRT unter westdeutscher Flagge. Das sind 13 Schiffe (rd. 150000 BRT) weniger als im Vorjahr. In der Gesamttonnage sind 111 Schiffe mit 1,36 Mio. BRT enthalten, die zwar in deutschen Schiffsregistern verzeichnet sind, jedoch aufgrund des Flaggenrechtsgesetzes befristet eine ausländische Flagge führen. Weitere 220 Schiffe mit rund 2,5 Mio. BRT laufen unter 10 verschiedenen ausländischen Flaggen, jedoch unter deutscher Regie. – Die Beschäftigtenzahlen in der Seeschiffahrt entwickeln sich ebenfalls rückläufig. 1970 waren es noch 48000. Bis 1975 sank die Zahl auf 32000, und 1980 waren es nur noch 28000.

Güterverkehr über See (1000 t)

	Gesamt		dar. BRD-Schiffe	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang
1974	35507	115119	8894	16970
1975	27968	99797	7681	18412
1976	29035	110929	8130	16431
1977	32377	104159	8206	15303
1978	35028	104519	7909	14179

Quelle: Statistisches Jahrbuch, versch. Jahrgänge

KVZ: Wie sieht es zur Zeit innerhalb der ,,Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft HANSA" aus?

Bei der HANSA wird nur noch abgewickelt und Verhandlungen um einen Sozialplan geführt. Schiffe sind nicht mehr vorhanden.

KVZ: Wo ist die Flotte geblieben?

Ca. 42 Versorger hat die VTG (Vereinigte Tanklager und Transportmittel GmbH) übernommen. Hier wurde auch das Personal (450 Seeleute) zu gleichen Bedingungen übernommen. Jedoch läuft auch bei der VTG die Bestrebung nach Ausflaggung. Im Gespräch ist Mai oder Juni, das wird für die Mannschaften ebenfalls drohende Arbeitslosigkeit bedeuten, da sie sicherlich durch billigere ausländische Besatzungen ersetzt werden.

Ebenso hat die Reederei Ahrenkiel in Hamburg einen Frachter übernommen, wobei hier die Mannschaft zu gleichen bzw. teilweise verschlechterten Bedingungen ebenfalls übernommen wurde. Neun Schiffe sind ohne Besatzung ins Ausland gegangen, fünf hat ebenfalls ohne Besatzung HAPAG-Lloyd übernommen, davon laufen vier unter ausländischer Flagge. Von den drei Schwergutfrachtern sind zwei ins Ausland gegangen, einer fährt unter deutscher Flagge; die Besatzung wurde bei allen eben genannten Schiffen nicht übernommen.

KVZ: Wieso ist die HANSA eigentlich Pleite gegangen?

Es ist sicherlich so, daß Reeder, als auch Gewerkschaften das Risiko in der Seeschiffahrt hoch einschätzen. Zwei Methoden gibt es, das Risiko zu verändern: 1.) Monopolbildung, 2.) Rationalisierung. Beides ist bei der HANSA-Pleite vorgekommen. Der gesamte deutsche Linienverkehr wird jetzt von HAPAG beherrscht, die Versorgerflotte von der VTG.

Die HANSA hat ca. 2000 Seeleute beschäftigt, 500 von ihnen haben ihre Arbeit und ihre Bedingungen annähernd halten können, die restlichen 1500 – zur Hälfte Asiaten – stehen ohne Arbeit da. Gesteuert wird das wohl durch die Banken, wie Deutsche Bank und Dresdner Bank, sowie die großen Versicherungsgesellschaften. Die entlassenen Seeleute verteilen sich auf das gesamte Bundesgebiet. Sie sind ein so kleiner Teil gegenüber den anderen Bereichen der Wirtschaft, daß sie keine ,,Lobby" unter den Politikern haben, ihr Wählerpotential ist wohl zu gering.

KVZ: Was wird mit der Ausflaggung bezweckt?

Momentan sind 35% der BRD-Schiffe ausgeflaggt, was noch eine steigende Tendenz hat. Wir vermuten, daß ein Stand von 50:50 erreicht werden soll, aber das ist wie gesagt nur eine Vermutung. Die Tendenz ist in jedem Fall eindeutig steigend. Die Gründe für die Ausflaggung liegen in der Ersetzung teurer Seeleute durch eine billige Besatzung, in der Umgehung deutscher Sicherheitsvorschriften und Qualifikationsanforderungen und es hängen da sicherlich auch noch steuerliche Vorteile mit dran, sowie das Eindringen in andere Märkte. Wenn z.B. Brasilien festlegt, daß brasilianische Tonnage zu 40% nur mit Schiffen, die die Flagge Brasiliens tragen, befördert werden darf, dann gründet z.B. HAPAG einfach eine brasilianische Tochter und die Sache ist gelaufen. Zwar liegt der Personalkostenanteil auf Seeschiffen nur bei 4–5%, weil die Seeschiffahrt sehr kapitalintensiv ist, aber die Personalkosten sind der einzige Faktor, wo sie dran drehen können.

KVZ: Brechen durch die Ersetzung von qualifiziertem Personal durch weniger qualifizierte Seeleute, meist asiatische, nicht Widersprüche zwischen deutschen und ausländischen Seeleuten auf?

Das kann man so nicht einfach sagen. In der Regel sind die asiatischen Mannschaftsgrade zu 100% gewerkschaftlich organisiert. Insgesamt liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Seeschiffahrt bei ca. 50%. Die Asiaten bei der HANSA wurden z.B. weit unter der Grundheuer für Matrosen – welche 1400 DM brutto beträgt – beschäftigt. Wir haben es hier vor drei Jahren geschafft, daß sie wenigstens die Grundheuer erhalten. Das waren dann teilweise Lohnerhöhungen um die 300 DM. Da hat es etwas Zeit gekostet, den Kollegen klarzumachen, daß ihr Arbeitsplatz sicherer wird, wenn z.B. der Asiate die gleiche Heuer für gleiche Arbeit erhält. Das wird jetzt unter den Seeleuten sehr richtig gesehen.

Die Streiks, die auf den Schiffen der Billigflaggen stattfinden, werden durch uns unterstützt, ebenso durch die ÖTV. Wir organisieren Streikposten usw. Die Streiks richten sich in der Regel nach besseren Arbeitsbedingungen und ITF-Heuer. Der überwiegende Teil der deutschen Seeleute unterstützt dies.

KVZ: 1400 DM brutto ist recht wenig, wie setzt sich der Lohn zusammen, was muß ein Matrose tun, um einen höheren Lohn zu erhalten?

Von 1400 DM kann keine Familie ernährt werden, das ist ja gerade das gemeine. Wer 1400 DM Grundheuer erhält, der ist darauf angewiesen, 80–100 Überstunden im Monat abzuleisten, wodurch eine bestimmte Abhängigkeit von den Vorgesetzten entsteht, die die Überstunden einteilen.

KVZ: Existiert ein Tarifvertrag oder eine Betriebsvereinbarung, die die Überstundenarbeit – wenn schon welche geleistet werden muß – regelt?

Ein Tarifvertrag existiert darüber nicht und eine Betriebsvereinbarung konnten wir nicht durchsetzen. Tarifverträge werden mit dem gemeinsamen Ausschuß im VDR (Verband Deutscher Reeder) ausgehandelt. 85% der gesamten westdeutschen Tonnage vertritt dieser Ausschuß. Die Hauptprobleme, die sich uns und den Bordvertretungen stellen, sind einmal die hohen Überstundenzahlen, die ständige Belastung durch Lärm und Vibration, der lange Aufenthalt auf engem Raum, ferner das sehr geringe Freizeitangebot. Der Streß während der langen Dienstzeit an Bord, in der Regel keinen freien Tag zu haben, besonders bei Wache oder beim Küchenpersonal. Da besonders gibt es keinen freien Tag. Die müssen jeden Tag arbeiten und nicht nur acht, sondern zehn, zwölf oder mehr Stunden.

KVZ: Gibt es Auseinandersetzungen wegen der hohen Zahl der Überstunden?

Die tauchen immer bei Ungleichbehandlungen auf. Es ist durchschnittlich so, daß 50% des Lohnes aus Sonderzuschlägen, besonders Mehrarbeitszuschlägen, besteht. Die Bordvertretungen sind da zwar mitbestimmungsberechtigt, sie sind aber wegen der sich oft ändernden Zusammensetzung der Besatzungen nicht überall vorhanden. Die Mitglieder der Bordvertretungen haben auch keinen Freistellungsanspruch für Schulungen, das müßten sie dann während ihrer Urlaubszeit tun.

KVZ: Wie stehen die Seebetriebsräte und die Belegschaften zum 5,4% Abschluß, was wird die Tarifkommission am Freitag, den 16.1. entscheiden, wird sie zustimmen oder ablehnen?

Den 5,4% Abschluß zu kommentieren fällt mir etwas schwer. Sicher ist, daß momentan innerhalb der Belegschaft nichts zu bewegen ist. Wahrscheinlich wird die Tarifkommission zustimmen. Zur Eile bei dem Abschluß? Das hängt wohl damit zusammen, daß er unbedingt noch vor den Abschlüssen der ÖTV im öffentlichen Dienst und der IG Metall in der Metallindustrie getätigt werden soll.

KVZ: Welche Auswirkung hat der Abschluß auf die Heuer?

In der Regel ist es so, daß die meisten Abschlüsse dadurch aufgefangen werden, daß die Überstunden – bei Verschärfung der Arbeitshetze – gekürzt werden.

KVZ: Wie stark sind die Besatzungen zur Zeit auf den Schiffen, und wie ist das zahlenmäßige Verhältnis von Offizieren und Mannschaften?

Das ist verschieden. Nehmen wir einen 10000 BRT Stückgutfrachter, so fahren ca. 25 Mann darauf. Drei nautische Offiziere, drei technische, zwei Funker, ein Elektriker, der Kapitän und ab Bootsmann dann die Mannschaften. Es herrscht hier die Tendenz des Abbaus durch den Einsatz moderner Technik.

KVZ: Wie ist die Haltung der Seebetriebsräte und der Belegschaften zum Zukunftsschiff mit 12 oder 18 Mann Besatzung?

12 oder 18 Mann Schiffe werden von uns durchweg abgelehnt! Das vernichtet Arbeitsplätze, das liegt doch auf der Hand. Aber auch der Streß wird größer in jeder Beziehung. Bei 12 Mann und entsprechender Wacheinteilung ist doch keiner mehr da, mit dem man sprechen kann, das ist doch unerträglich! Abgesehen davon, daß im Augenblick die Maschinen dafür überhaupt nicht geeignet sind. Die Reeder argumentieren zwar mit Verbesserungen. Sie wollen Maschinen konstruieren, die 10000 Stunden wartungsfrei sind. Das ist jedoch realitätsfremd: 10000 Stunden auf einem MAN-Prüfstand sind schon etwas anderes, als 10000 Stunden unter tropischen Bedingungen.

In jedem Fall wollen die Reeder billige Arbeitskräfte und davon wenig. Es ist halt der einzige Faktor, an dem sie drehen können.



Seeleute am 1. Mai 1980 auf der Hamburger Maidemonstration

KVZ: Wie sieht es zur Zeit innerhalb der ,,Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft HANSA" aus?

Bei der HANSA wird nur noch abgewickelt und Verhandlungen um einen Sozialplan geführt. Schiffe sind nicht mehr vorhanden.

KVZ: Wo ist die Flotte geblieben?

Ca. 42 Versorger hat die VTG (Vereinigte Tanklager und Transportmittel GmbH) übernommen. Hier wurde auch das Personal (450 Seeleute) zu gleichen Bedingungen übernommen. Jedoch läuft auch bei der VTG die Bestrebung nach Ausflaggung. Im Gespräch ist Mai oder Juni, das wird für die Mannschaften ebenfalls drohende Arbeitslosigkeit bedeuten, da sie sicherlich durch billigere ausländische Besatzungen ersetzt werden.

Ebenso hat die Reederei Ahrenkiel in Hamburg einen Frachter übernommen, wobei hier die Mannschaft zu gleichen bzw. teilweise verschlechterten Bedingungen ebenfalls übernommen wurde. Neun Schiffe sind ohne Besatzung ins Ausland gegangen, fünf hat ebenfalls ohne Besatzung HAPAG-Lloyd übernommen, davon laufen vier unter ausländischer Flagge. Von den drei Schwergutfrachtern sind



Seeleute am 1. Mai 1980 auf der Hamburger Maidemonstration

leisten, wodurch eine bestimmte Abhängigkeit von den Vorgesetzten entsteht, die die Überstunden einteilen.

KVZ: Existiert ein Tarifvertrag oder eine Betriebsvereinbarung, die die Überstundenarbeit – wenn schon welche geleistet werden muß – regelt?

Ein Tarifvertrag existiert darüber nicht und eine Betriebsvereinbarung konnten wir nicht durchsetzen. Tarifverträge werden mit dem gemeinsamen Ausschuß im VDR (Verband Deutscher Reeder) ausgehandelt. 85% der gesamten westdeutschen Tonnage vertritt dieser Ausschuß. Die Hauptprobleme, die sich uns und den Bordvertretungen stellen, sind einmal die hohen Überstundenzahlen, die ständige Belastung durch Lärm und Vibration, der lange Aufenthalt auf engem Raum, ferner das sehr geringe Freizeitangebot. Der Streß während der langen Dienstzeit an Bord, in der Regel keinen freien Tag zu haben, besonders bei Wache oder beim Küchenpersonal. Da besonders gibt es keinen freien Tag. Die müssen jeden Tag arbeiten und nicht nur acht, sondern zehn, zwölf oder mehr Stunden.

KVZ: Gibt es Auseinandersetzungen wegen der hohen Zahl der Überstunden?

Die tauchen immer bei Ungleichbehandlungen auf. Es ist durchschnittlich

ren ca. 25 Mann darauf. Drei nautische Offiziere, drei technische, zwei Funker, ein Elektriker, der Kapitän und ab Bootsmann dann die Mannschaften. Es herrscht hier die Tendenz des Abbaus durch den Einsatz moderner Technik.

KVZ: Wie ist die Haltung der Seebetriebsräte und der Belegschaften zum Zukunftsschiff mit 12 oder 18 Mann Besatzung?

12 oder 18 Mann Schiffe werden von uns durchweg abgelehnt! Das vernichtet Arbeitsplätze, das liegt doch auf der Hand. Aber auch der Streß wird größer in jeder Beziehung. Bei 12 Mann und entsprechender Wacheinteilung ist doch keiner mehr da, mit dem man sprechen kann, das ist doch unerträglich! Abgesehen davon, daß im Augenblick die Maschinen dafür überhaupt nicht geeignet sind. Die Reeder argumentieren zwar mit Verbesserungen. Sie wollen Maschinen konstruieren, die 10000 Stunden wartungsfrei sind. Das ist jedoch realitätsfremd: 10000 Stunden auf einem MAN-Prüfstand sind schon etwas anderes, als 10000 Stunden unter tropischen Bedingungen.

In jedem Fall wollen die Reeder billige Arbeitskräfte und davon wenig. Es ist halt der einzige Faktor, an dem sie drehen können.

Keine Freizügigkeit für griechische Arbeiter

EG-Beitritt Griechenlands / Die BRD erzwingt Diskriminierung der Arbeitskraft

vip. Griechenland ist am 1.1.1981 Vollmitglied der EG geworden. Die Arbeitskräfte der EG-Länder genießen das Grundrecht der Freizügigkeit. Die Griechen genießen es nicht, jedenfalls nicht bis zum 1.1.1988. Der Vertrag zwischen den EG-Staaten und Griechenland über den Beitritt, die sog. Beitrittsakte (BGBl II 1980, 229 ff.), sieht eine siebenjährige Übergangsregelung vor, die den griechischen Arbeitskräften Rechte vorenthält. Drei Gesichtspunkte werden hier behandelt: Aufenthalt, Arbeitserlaubnis und Kindergeld.

Aufenthaltsrechtlich hat sich für die griechischen Lohnabhängigen praktisch nichts geändert. Der Anwerbestopp bleibt bestehen, d.h., daß Griechen, die am 1.1.1981 nicht *in der Bundesrepublik* waren, aber hier arbeiten wollen, keine Aufenthaltserlaubnis erhalten, und zwar auch dann nicht, wenn sie zur Zeit in einem anderen EG-Staat leben und *dort* EG-Status haben. Diejenigen griechischen Arbeitskräfte, die am 1.1.1981 in der BRD rechtmäßig gearbeitet haben, erlangen die Freizügigkeit, aber nur für die BRD und nur, wenn sie den Aufenthalt nicht unterbrechen.

Diese Art von Freizügigkeit, von der Bundesregierung als Errungenschaft des Beitritts gepriesen, besteht unabhängig vom EG-Beitritt. Dazu folgende Tatsachen. Es leben in der BRD – Stand Juni 1979 – 140000 unselbständig erwerbstätige Griechen (die Zahl sinkt; vor sechs Jahren waren es fast doppelt so viele; von Juni 1979 bis März 1980 Rückgang um weitere 5000). Mit Familienangehörigen sind es im Juni 1979 keine 300000. Von diesen leben ca. neun Zehntel fünf und mehr Jahre in der BRD. Damit genießen sie nach Art. 2 des deutsch-griechischen Niederlassungsvertrages von 1960 ein dauerndes Bleiberecht, ausgenommen bei schwerwiegenden Delikten. Aber auch das restliche Zehntel erhält Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis (Wohlwollensklausel im Zusatzprotokoll des Niederlassungsabkommens). Der EG-Status bringt also insoweit keinen Vorteil. Für die *selbständig* Erwerbstätigen gelten alle diese Einschränkungen nicht.

Dementsprechend beschränkt ist für die Übergangszeit bis 1.1.1988 der *Zugang zum Arbeitsmarkt*. Der Anwerbestopp gilt weiter. Für die am 1.1.1981 in der BRD rechtmäßig arbeitenden Griechen gibt es Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt, aber auch nur innerhalb der BRD. Bei nicht nur vorübergehender Aufenthaltsunterbrechung erlischt die Arbeitserlaubnis. Auch dann gilt für die Arbeitskraft Anwerbestopp. Der EG-Status steht insoweit nicht einmal auf dem Papier, denn die griechischen Arbeiter benötigen weiterhin *Arbeitserlaubnis*, im Gegensatz zu allen anderen EG-Arbeitskräften.

Das *Bundesarbeitsministerium* begründet diesen Minder-Status im wesentlichen mit zwei Argumenten. Erstens sei die offizielle Arbeitslosenquote Griechenlands mit allenfalls 3% von der griechischen Regierung zu rosig angegeben. Statistische Lückenhaftigkeit, der hohe Anteil von ,,Selbstbeschäftigern" und eine Erwerbstätigkeit von nahezu einem Drittel aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft sprächen für eine sehr viel höhere Arbeitslosigkeit.

Das zweite Argument: ,,Hinter den Griechen stehen ja schon Spanier und Portugiesen", Länder mit traditionell großer Wanderung in Gemeinschaftsländer und großem unbeschäftigtem Arbeitskräftepotential im jeweils eigenen Land (Ministerialrat Dr. Miller, in: Kommission der EG, Berichte und Informationen, Sonderbeilage EG-Erweiterung vom 23.12.80). Zwar gilt das Grundrecht auf Freizügigkeit für griechische Arbeiter uneingeschränkt nach dem 1.1.1988. Der Zeitpunkt wurde deshalb gewählt, weil in der zweiten Hälfte der 80er Jahre geburtenschwächere Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt gelangen. Dennoch muß zweifelhaft bleiben, ob das Grundrecht auf Freizügigkeit der Arbeitskräfte für Griechenland und die späteren EG-Länder Spanien, Portugal, evtl. die Türkei, jemals Geltung erlangt. Bereits jetzt ist der Beitrittsakte Griechenland-EG eine ,,gemeinsame Erklärung" beigefügt, die Einschränkungsmöglichkeiten über 1988 hinaus vorsieht: ,,Die Erweiterung der Gemeinschaft könnte bei Anwendung der Bestimmungen über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in einem oder mehreren Mitgliedsstaaten zu sozialen Schwierigkeiten führen. Die Mitgliedsstaaten erklären, daß sie sich vorbehalten, bei Auftreten derartiger Schwierigkeiten die Organe der Gemeinschaft zu ersuchen, dieses Problem in Übereinstimmung mit den Verträgen zur Gründung der EG und den in Anwendung dieser Verträge erlassenen Vorschriften zu lösen."

Trostpflaster für die Übergangszeit ist die weitere Erklärung, daß griechische Arbeitskräfte Vorrang haben, wenn eines der Länder sich entschließen sollte, den Anwerbestopp aufzuheben.

Schließlich bleibt in diesem Zusammenhang noch zu erwähnen, daß Familienangehörige hier arbeitender Griechen nach dreijährigem Aufenthalt Arbeitserlaubnis erhalten, nach 1984 bereits nach 10monatigem Aufenthalt, ab 1986 ohne Wartezeit.

Auch der *sozialrechtliche* Status der griechischen Arbeiter und ihrer Familien ist trotz sog. Vollmitgliedschaft ein Minder-Status gegenüber den übrigen EG-Angehörigen. Als Beispiel hier die *Kindergeldregelung*. Gemäß Art. 48 der Beitrittsakte gilt für die ersten drei Mitgliedsjahre das ,,Wohnlandprinzip". Das bedeutet folgendes: Hält sich ein Grieche in der BRD auf, dann erhalten seine hier lebenden Kinder Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz (1.2.1981 für das erste Kind 50 DM, für das zweite 120 DM, für jedes weitere 240 DM). Leben die Kinder in Griechenland, zahlt der griechische Staat Kindergeld nach griechischen Sätzen (in Drachmen/DM für 1., 2., jedes weitere Kind: 364/15,70; 1040/44,80; 1300/56). Diese Leistungen des griechischen Staates müssen vom Aufenthaltsstaat des Erziehungsberechtigten erstattet werden. Das ,,Wohnlandprinzip" enthält demnach für die Dauer von drei Jahren den griechischen Lohnabhängigen in der BRD die vollen Kindergeldregelsätze vor. Trostpflaster soll hier sein, daß die griechischen Sätze geringfügig über dem liegen, was seitens der BRD an im Ausland lebende Kinder ausländischer Arbeiter gezahlt wird, die keinen EG-Status haben: 10 DM für das 1. Kind, 25 für das 2., 60 DM für das 3. und 4. und 70 DM für jedes weitere Kind. Die griechischen Arbeiter in der BRD empfinden diese Regelungen als Diskriminierung, insbesondere, daß sie noch eine besondere Arbeitserlaubnis benötigen. Das trugen griechische Sozialberater auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Rheinland am 10./11.1. 1981 vor. Das Erfordernis der Arbeitserlaubnis trotz angeblichem EG-Status ist denn auch ein Zeichen dafür, daß sich an der bestehenden Arbeitsmarktregelung nichts ändern soll.

ÖTV-Jugend: Klärung über Forderungsart bei Ausbildungsvergütung

age. 70 DM mehr im ersten und zweiten und 60 DM mehr im dritten und vierten Ausbildungsjahr. Zahlung des Alterszuschlags von 40 DM auch an die unter 18jährigen. Das sind die Forderungen, die der Geschäftsführende Hauptvorstand (gHV) der ÖTV für die Tariferhöhung '81 vorgeschlagen hat. Er lehnt sich dabei in Struktur und Höhe an die Forderungen der letzten Jahre an, obwohl sich gezeigt hat, daß es meist nur Forderungen blieben. Im letzten Jahr wurden die 6,3% auch auf die Ausbildungsvergütung aufgeschlagen, was zwischen 28 und 40 DM brachte.

Der ÖTV-Bundesjugendausschuß (BuJA) hat in seiner letzten Sitzung – rechtzeitig vor der Aufstellung der Forderungsempfehlung – darüber diskutiert und folgenden Beschluß als Vorschlag an den gHV weitergegeben: „1. Die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich um den Betrag, den die Kolleginnen und Kollegen der niedrigsten Vergütungsgruppe nach der Tariferhöhung brutto mehr erhalten. Dem Ziel einer einheitlichen und existenzsichernden Ausbildungsvergütung kommen wir mit obiger Regelung bedeutend näher. Es wird kein gesonderter Erhöhungsbetrag gefordert, sondern die Übertragung der Tariferhöhung der untersten Lohn- bzw. Gehaltsgruppe – also 100% Ankoppelung. Damit entfällt die Diskussion um die Anhebung der einzelnen prozentualen Werte und erübrigt ebenso Diskussionen um die Struktur der Forderung ...“

Dieser Beschluß ist so ziemlich das einzige positive Ergebnis aus dem Bundesjugendausschuß seit der Bundesjugendkonferenz im Februar/März. Diese hatte sich u.a. über die Frage einer eigenständigen gewerkschaftlichen Jugend- und Jugendtarifpolitik gespalten, und diese Spaltung setzte sich im Bundesjugendausschuß fort. Es traten etwa folgende Auffassungen auf: Weil die Jugend *besonderer* Ausbeutung und Unterdrückung unterliegt, muß man mit einer *besonderen* gewerkschaftlichen Jugendpolitik antworten. Das Besondere daran war, daß sie isoliert sein sollte, von den älteren Kollegen. In den Tarifkämpfen wurde nur eine existenzsichernde Ausbildungsvergütung vertreten, auf einer nicht näher bestimmten Höhe. Dies hatte aber eine Erhöhung von über 500 DM bedeutet. Die Minderheit im Bundesjugendausschuß ging davon aus, daß Sonderverträge für bestimmte Teile der Belegschaft wegen schlechten Durchsetzungsmöglichkeiten nicht sinnvoll sind, sondern möglichst Teile der allgemeinen Tarifverträge werden sollten, um eine möglichst breite, geschlossene Belegschaft bei den Tarifauseinandersetzungen zu haben. Doch bei den aktuellen Tarifkämpfen war auch deren Forderung nach prozentualer Ankoppelung problematisch, weil dann jedes Jahr wieder um die Erhöhung der Prozentsätze gefeilscht werden müßte. Der jetzige Beschluß hat die größten Aussichten auf Erfolg, wenn er als Forderung aufgestellt würde. Man sollte ihn in den gewerkschaftlichen Beschlußgremien unterstützen.



Zwei Jahre schleppten sich die Verhandlungen für einen neuen Manteltarifvertrag für Auszubildende hin. Keine der Hauptforderungen wurde erfüllt. Die älteren Kollegen konnten zu keinem Zeitpunkt in die Auseinandersetzungen einbezogen werden, was neben den Forderungen auch an dem Vertrag selber lag.

Auszüge aus einem Diskussionspapier und Beschluß des BJA zur Tarifpolitik

1. Tarifpolitik für Auszubildende und Jugendliche ist Bestandteil der Tarifpolitik insgesamt.
Die Lage jugendlicher Arbeitnehmer unterscheidet sich grundsätzlich nicht von der der älteren Kollegen. Jüngere und ältere Arbeitnehmer sind den gleichen kapitalistischen Abhängigkeitsverhältnis und Anpassungszwängen ausgesetzt. Sie müssen ihre Arbeitskraft zur Existenzsicherung so teuer wie möglich verkaufen.

2. Auszubildende müssen in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt unabhängig von Dritten gestalten zu können.
Das Berufseintrittsalter der Auszubildenden steigt ständig. Es liegt vielfach über dem Volljährigkeitsalter von 18 Jahren. Mit zunehmendem Alter steigen auch die berechtigten Ansprüche der Jugendlichen bzw. erwachsenen Auszubildenden, deren Realisierung allerdings zu einer noch stärkeren Belastung der elterlichen Haushalte führen. Deshalb muß die Ausbildungsvergütung mindestens die Existenz der Auszubildenden unabhängig von Dritten sichern. Existenzsicherung durch Ausbildungsvergütungen wäre auch ein Beitrag dafür, eine Ausbildung unabhängig von der sozialen Herkunft durchführen zu können.

3. Die Abstände der Ausbildungsvergütungen zwischen den Ausbildungsjahren müssen verringert werden.
Die ÖTV-Jugend vertritt die Auffassung, daß es keine vernünftigen Gründe dafür gibt, daß z.B. 19jährige Auszubildende im 2. Ausbildungsjahr andere ökonomische Bedürfnisse und Ansprüche haben, als gleichaltrige Auszubildende im 3. Ausbildungsjahr.

5. Die Forderungen zur Erhöhung der Ausbildungsvergütungen müssen an die Lohn- und Gehaltsforderungen angebunden sein.
Entscheidend für die Auszubildenden ist nicht die Forderungsform, sondern der bei Tarifabschluß erreichte Erhöhungsbetrag. Dennoch ist festzustellen, daß die bisher übliche Form der Festbetragsforderung – losgelöst von übrigen Forderungen – den o.g. Grundsätzen nicht gerecht wurde. Die Höhe der Ausbildungsvergütungen und Lohnerhöhungen hängt entscheidend von der Kampfkraft der Kollegen, die die Forderungen unterstützen, ab. Je geschlossener alle Arbeitnehmer auftreten, desto stärker ist die Kampfkraft. Aus diesem Grunde sind Forderungen zur Erhöhung der Ausbildungsvergütungen anzubinden an die Lohn- und Gehaltsrunde insgesamt.

Aus diesen o.g. Grundüberlegungen ergeben sich folgende jugendtarifpolitische Forderungen für die Tarifrunde 1981:
1. Die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich um den Betrag, den die Kolleginnen und Kollegen der niedrigsten Vergütungsgruppe nach den Tariferhöhungen brutto mehr erhalten. Dem Ziel einer einheitlichen und vor allem existenzsichernden Ausbildungsvergütung kommen wir mit der obigen Regelung bedeutend näher. Es wird kein gesonderter Erhöhungsbetrag gefordert, sondern die Übertragung der Tariferhöhung der untersten Lohn- bzw. Gehaltsgruppe – also 100% Ankoppelung.

Die Bürgertugend Zivilcourage
Kultusminister wollen ihr zu neuen Ehren verhelfen

ulw. Auf ihrer Sitzung am 4. Dezember hatten die Kultusminister eine „Empfehlung zur Behandlung des Widerstandes in der NS-Zeit im Unterricht“ verabschiedet. Viele Schüler wollen dieses Thema nicht einfach als ein Stück Geschichte unter anderen verhandelt sehen. Sie wollen die Konsequenzen aus den Erfahrungen des Faschismus ziehen, weil sie eine Ahnung haben, daß die Herrschenden zur Verteidigung ihrer Interessen zur Errichtung einer offenen Terrorherrschaft bereit sind. Eine breite Stömung in der demokratischen Bewegung macht die Frage, wie eine solche Diktatur verhindert werden kann, gegenwärtig zu einer der Hauptfragen. Mit ihren Empfehlungen knüpfen die Kultusminister daran an und versuchen, das Wasser auf die Mühlen der parlamentarischen Form der Diktatur der Bourgeoisie zu lenken.
Vor allem wollen sie verhindern, daß
die Anhebung der einzelnen prozentualen Werte und erübrigt ebenso Diskussionen um die Struktur der Forderung ...“
Dieser Beschluß ist so ziemlich das einzige positive Ergebnis aus dem Bundesjugendausschuß seit der Bundesju-
günstig für die Bürgerlichen; am liebsten wollen sie ganz weg vom politischen Widerstand. Was jetzt mehr erforscht und am Beispiel von Einzelfällen aus der jeweiligen Region den Schülern nahegebracht werden soll, sind diejenigen „gemeinsamen Erscheinungen des Widerstandes“, die vor allem im Alltäglichen sichtbar würden: „Die Auflehnung gegen den totalen Zugriff der NS-Politik auf das Alltagsleben; die moralische Empörung gegen Rechtsbrüche; die Parteinahme für Verfolgte; der Versuch, in einem total gelenkten Staat ein Minimum an moralischer Verantwortung, sei es auch nur im engsten Kreis von Familie, Gemeinde, Kirche, aufrechtzuerhalten; mit zunehmender Kriegsdauer auch das Bewußtwerden der Sinnlosigkeit und des mörderischen Charakters dieses Krieges.“ Der Bankdirektor und der Arbeiter, die beide Juden versteckten, als Beweis des nicht klassenmäßi-
Zwei Jahre schleppten sich die Verhandlungen für einen neuen Manteltarifvertrag für Auszubildende hin. Keine der Hauptforderungen wurde erfüllt. Die älteren Kollegen konnten zu keinem Zeitpunkt in die Auseinandersetzungen einbezogen werden, was neben den Forderungen auch an dem Vertrag selber lag.

Für die Unterstützung des gerechten Kampfes der azanischen Schüler braucht man keinen „Dreh“ zu finden

chm. „Wird Feuer ausbrechen?“, erschienen in der Reihe Rotfuchs des Rowohltverlags für Jugendliche ab 12 Jahre, ist eine Chronik des Aufstandes der Schüler von Soweto. Sie beginnt am 14. Mai 1976 und endet am 31. Dezember des gleichen Jahres. Das (vorläufige) Schlußkapitel bildet eine knappe Schilderung der Lage ein Jahr nach dem Aufstand – Sommer '77. In einem Anhang macht die „Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD und Westberlin“, die eng mit der DKP verbunden ist, einige praktische Vorschläge an die Leser des Buches, wie sie in der Schule oder als Lehrlinge den Kampf der azanischen Schüler unterstützen bzw. wie sie sich erst einmal über diesen Kampf informieren können. Dem dienen auch weitere Literaturhinweise. Das eigentli-
Junior-Sekundarschule in Soweto, die schon Anfang Mai mit dem Streik gegen den sog. „Afrikaans-Erlaß“ der Regierung in Pretoria begann. In den Sekundarschulen Sowetos ist die Unterrichtssprache Englisch, ab Mai sollten einige Fächer in Afrikaans, der Sprache der Buren, unterrichtet werden. Die Schüler hassen das Afrikaans, weil es die Sprache der Unterdrücker ist. Es wäre auch eine drastische Beschneidung des schon relativ geringen Nutzens, den sie aus der „Bantu-Erziehung“ überhaupt ziehen können. Ben sagt: „Ich kann das langsam nicht mehr hören: wilde, schwarze Horden, tapfere Buren ... Und in Zukunft sollen wir uns das alles auch noch auf Afrikaans anhören. Das versteht doch keiner von uns ... Wenn ich mir das
südafrikanischen Polizei. Hier ist es Albert, den die Gruppe verliert. Im Verlauf der weiteren Auseinandersetzungen wird Ben verhaftet und muß nach seiner Entlassung fliehen, um den Schergen des Regimes zu entkommen. Die Erzählhandlung endet im Sommer '77 mit den Vorbereitungen für den Jahrestag von Soweto.
Vor allem die Dokumente, die den Verlauf der Kämpfe schildern, vermitteln einen eindringlichen Eindruck von der Stärke des azanischen Volkes, ein Eindruck, der, meiner Meinung nach, auf den Stolz und die sachkundige Begeisterung für den Kampf, die in den Dokumenten des Schülerrats und den Erlebnisberichten der Schüler sichtbar wird, zurückzuführen sind. Die Erzählhandlung wirkt dagegen etwas blutleer, die Figuren sind nicht lebendig, sondern müssen als Sprachrohr für Erläuterungen fungieren, aus de-
ginnen und Kollegen der niedrigsten Vergütungsgruppe nach den Tariferhöhungen brutto mehr erhalten. Dem Ziel einer einheitlichen und vor allem existenzsichernden Ausbildungsvergütung kommen wir mit der obigen Regelung bedeutend näher. Es wird kein gesonderter Erhöhungsbetrag gefordert, sondern die Übertragung der Tariferhöhung der untersten Lohn- bzw. Gehaltsgruppe – also 100% Ankoppelung.

Die Bürgertugend Zivilcourage

Kultusminister wollen ihr zu neuen Ehren verhelfen

ulw. Auf ihrer Sitzung am 4. Dezember hatten die Kultusminister eine „Empfehlung zur Behandlung des Widerstandes in der NS-Zeit im Unterricht“ verabschiedet. Viele Schüler wollen dieses Thema nicht einfach als ein Stück Geschichte unter anderen verhandelt sehen. Sie wollen die Konsequenzen aus den Erfahrungen des Faschismus ziehen, weil sie eine Ahnung haben, daß die Herrschenden zur Verteidigung ihrer Interessen zur Errichtung einer offenen Terrorherrschaft bereit sind. Eine breite Stömung in der demokratischen Bewegung macht die Frage, wie eine solche Diktatur verhindert werden kann, gegenwärtig zu einer der Hauptfragen. Mit ihren Empfehlungen knüpfen die Kultusminister daran an und versuchen, das Wasser auf die Mühlen der parlamentarischen Form der Diktatur der Bourgeoisie zu lenken.

Vor allem wollen sie verhindern, daß der Faschismus als eine Erscheinung des Klassenkampfes verhandelt wird. Der „alltägliche Widerstand“ soll dafür die Beweise liefern. In den Empfehlungen heißt es: „Sichtbar ist heute, daß es nicht nur den systematischen oder programmatischen Widerstand politischer Gruppen gegeben hat ..., sondern auch einen weitverbreiteten Widerstand im Volk, der sich in Formen der Nichtanpassung, der Verweigerung in Einzelfällen, oft der passiven Resistenz geäußert hat. Sichtbar ist auch, daß es weltanschaulich und politisch unterschiedliche Motive waren, die zum Widerstand geführt haben. Der Widerstand kann nicht auf einen einzigen Nenner gebracht werden, er darf deswegen auch nicht von einer einzigen Seite her gedeutet oder vereinnahmt werden.“ Die Tatsache, daß es auch innerhalb der Bourgeoisie Opposition gegen die NS-Diktatur gab, soll zum Beweis gemacht werden, daß der Faschismus eben nichts mit Klassenkampf zu tun hat. Und daß die weltanschaulichen und politischen Motive so verschieden waren, soll zeigen, daß es auf die Inhalte der Politik im Kampf gegen den Faschismus nicht so ankommt. Allerdings ist die Untersuchung der verschiedenen Widerstandsbewegungen dabei für die Bourgeoisie auch nicht unproblematisch. Tatsächlich führte zum Attentat vom 20. Juni das Interesse von Teilen der Bourgeoisie, den Krieg zu beenden, *weil man ihn nicht mehr gewinnen konnte*, was allerdings andere „Motive“ für Widerstand sind, als sie die Organisationen der Arbeiterklasse hatten. Mag die Bourgeoisie diesen Teil des Widerstands für sich „vereinnahmen“. Man sieht, dieses Gebiet ist auch nicht eben günstig für die Bürgerlichen; am liebsten wollen sie ganz weg vom politischen Widerstand. Was jetzt mehr erforscht und am Beispiel von Einzelfällen aus der jeweiligen Region den Schülern nahegebracht werden soll, sind diejenigen „gemeinsamen Erscheinungen des Widerstandes“, die vor allem im Alltäglichen sichtbar würden: „Die Auflehnung gegen den totalen Zugriff der NS-Politik auf das Alltagsleben; die moralische Empörung gegen Rechtsbrüche; die Parteinahme für Verfolgte; der Versuch, in einem total gelenkten Staat ein Minimum an moralischer Verantwortung, sei es auch nur im engsten Kreis von Familie, Gemeinde, Kirche, aufrechtzuerhalten; mit zunehmender Kriegsdauer auch das Bewußtwerden der Sinnlosigkeit und des mörderischen Charakters dieses Krieges.“ Der Bankdirektor und der Arbeiter, die beide Juden versteckten, als Beweis des nicht klassenmäßigen Charakters des Faschismus. Denn ist der Widerstand klassenlos, muß es der Faschismus selbst auch sein. Auf alle Fälle soll verhindert werden, daß die Schüler sich an die Untersuchung der Frage machen, was die entscheidenden Bedingungen für die Errichtung der offen terroristischen Herrschaft der Bourgeoisie waren, und als solche analysieren. Das Ergebnis solcher Untersuchungen wäre, kurz gesagt, daß die Errichtung der NS-Diktatur bereits das Ergebnis einer Niederlage im Kampf der Arbeiterklasse gegen den bürgerlichen Staat war. Die Kultusminister wollen, daß andere „Lehren“ gezogen werden. „Zu zeigen ist, daß die Kapitulation vor der Diktatur oft nicht mit spektakulären Einbrüchen, sondern mit den kleinen Feigheiten des Alltags begonnen hat; daß sich aber auch gerade im Alltag stiller Widerstand findet ...“ Wenn die Schüler schon Konsequenzen ziehen wollen für ihre Situation heute, dann empfehlen ihnen die Minister den stillen alltäglichen Widerstand, die Bürgertugend Zivilcourage, die sich spontan gegen die Ungerechtigkeiten der Bürokratie empört, die aber keinen politischen Zusammenschluß anstrebt. „In den Kräften des Widerstandes ... zeigt sich der gemeinsame Wille zur moralischen Selbstbehauptung, auch in einer aussichtslosen Lage.“ Nicht auf Erfolg oder Nichterfolg des Widerstands kommt es daher so sehr an, muß man daraus schließen. Natürlich gibt es beeindruckende Beispiele individuellen Widerstands, Wirkung können sie aber nur erzielen durch politischen Zusammenschluß auf der Grundlage sozialer Interessen. Das soll verwischt werden.

Für die Unterstützung des gerechten Kampfes der azanischen Schüler braucht man keinen „Dreh“ zu finden

chm. „Wird Feuer ausbrechen?“, erschienen in der Reihe Rotfuchs des Rowohltverlags für Jugendliche ab 12 Jahre, ist eine Chronik des Aufstandes der Schüler von Soweto. Sie beginnt am 14. Mai 1976 und endet am 31. Dezember des gleichen Jahres. Das (vorläufige) Schlußkapitel bildet eine knappe Schilderung der Lage ein Jahr nach dem Aufstand – Sommer '77. In einem Anhang macht die „Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD und Westberlin“, die eng mit der DKP verbunden ist, einige praktische Vorschläge an die Leser des Buches, wie sie in der Schule oder als Lehrlinge den Kampf der azanischen Schüler unterstützen bzw. wie sie sich erst einmal über diesen Kampf informieren können. Dem dienen auch weitere Literaturhinweise. Das eigentliche Schlußkapitel zu dem Buch schildert die Lage im Sommer '80. Auch in diesem Jahr haben die azanischen Schüler, allen voran die Schüler von Soweto, große Kämpfe gegen den rassistischen Kolonialstaat geführt.

Die Chronik des Aufstandes nennt der Autor, Hans-Martin Große-Oetringhaus, einen „dokumentarischen Roman“. Er besteht aus einer lockeren Aufeinanderfolge von Erzählhandlung und Dokument. Die Kapitel der Erzählhandlung tragen jeweils ein bestimmtes Datum als Kapitelüberschrift. Die Dokumente stehen nicht unbedingt in unmittelbarem Zusammenhang mit den Erzählkapiteln. Die Figuren des Romans sind die fünf Schüler Shanti, Tiba, Nora, Albert und Ben, alle fünf Schüler der Phefeni-Junior-Sekundarschule in Soweto, die schon Anfang Mai mit dem Streik gegen den sog. „Afrikaans-Erlaß“ der Regierung in Pretoria begann. In den Sekundarschulen Sowetos ist die Unterrichtssprache Englisch, ab Mai sollten einige Fächer in Afrikaans, der Sprache der Buren, unterrichtet werden. Die Schüler hassen das Afrikaans, weil es die Sprache der Unterdrücker ist. Es wäre auch eine drastische Beschneidung des schon relativ geringen Nutzens, den sie aus der „Bantu-Erziehung“ überhaupt ziehen können. Ben sagt: „Ich kann das langsam nicht mehr hören: wilde, schwarze Horden, tapfere Buren ... Und in Zukunft sollen wir uns das alles auch noch auf Afrikaans anhören. Das versteht doch keiner von uns ... Wenn ich mir das schon anhören muß, will ich wenigstens die Sprache verstehen, in der es uns eingebläut wird. Du siehst, wir müssen unbedingt gegen den Afrikaans-Erlaß streiken“ (S. 16f). Die Vorbereitung des Streiks wird genau beschrieben, ebenso die Versuche der Schüler, ihn nicht als „Schulangelegenheit“ isoliert zu lassen, sondern über Flugbläter, Ansprache und Mundpropaganda die Unterstützung vor allem der Arbeiter Sowetos zu gewinnen. (Im Verlauf der Kämpfe hat der Schülerrat dreimal zu zwei- und fünftägigen Streiks aufgerufen. Zwei davon sind erfolgreich verlaufen.) Einen Höhepunkt bildet in der Erfahrung der Schüler der 16. Juni: Tausende von Schülern nehmen an der Demonstration teil. Mindestens 500 Schüler fallen an diesem Tag unter den Kugeln der südafrikanischen Polizei. Hier ist es Albert, den die Gruppe verliert. Im Verlauf der weiteren Auseinandersetzungen wird Ben verhaftet und muß nach seiner Entlassung fliehen, um den Schergen des Regimes zu entkommen. Die Erzählhandlung endet im Sommer '77 mit den Vorbereitungen für den Jahrestag von Soweto.


Zu den nützlichen Dingen in dem Buch gehören die Bilder. Hier eine Aufnahme von der großen Soweto-Demonstration vom 16.6.76.

Vor allem die Dokumente, die den Verlauf der Kämpfe schildern, vermitteln einen eindringlichen Eindruck von der Stärke des azanischen Volkes, ein Eindruck, der, meiner Meinung nach, auf den Stolz und die sachkundige Begeisterung für den Kampf, die in den Dokumenten des Schülerrats und den Erlebnisberichten der Schüler sichtbar wird, zurückzuführen sind. Die Erzählhandlung wirkt dagegen etwas blutleer, die Figuren sind nicht lebendig, sondern müssen als Sprachrohr für Erläuterungen fungieren, aus denen deutlich der pädagogische Zeigefinger hervorlugt: Er soll deutschen Jugendlichen die Kämpfe der azanischen Schüler „nahebringen“. Ich vermute, daß das Ganze deshalb etwas verkrampft daherkommt, weil der Autor davon ausgeht, daß das alles mit deutschen Jugendlichen überhaupt nichts zu tun hat, die sich nicht dafür interessieren, (vermutlich deshalb die Eselsbrücke mit Pink Floyd) und man einen besonderen „Dreh“ finden muß, um ihnen das mit den azanischen Schülern und ihrem gerechten Kampf unterzujubeln. Unter den Dokumenten ist auch folgendes Gedicht. Geschrieben wurde es vom azanischen Dichter James Matthews, der im September 1976 verhaftet wurde. Seine Gedichte sind in Südafrika verboten. Man braucht keinen besonderen „Dreh“, um das zu verstehen, solidarisch zu sein und begeistert:

Kind der Freiheit,
zu lange wurdest du verachtet.
Füll deine Lungen, und schrei deinen Zorn hinaus!
Tritt hervor, und nimm dein Recht!
Du wirst nicht mehr dazu erzogen,
an die Hintertür zu klopfen.
Für dich verfügt kein Gesetz mehr
Reisen dritter Klasse
und getrennte Schulen, wo man auf dem Boden hockt.
Die Flüsse unseres Landes, die Gebirge
und der Meeresstrand
gehören dir, sind dir nicht mehr verwehrt.
Schrei deinen Zorn hinaus, Kind der Freiheit.

(Hans-Martin Große-Oetringhaus: Wird Feuer ausbrechen? rororo Rotfuchs. ab 12 Jahre. November 1980)

Billiger Strom und Arbeitsplätze

Scheinargumente zur Durchsetzung des KKW Brokdorf

wiv. Heftige Auseinandersetzungen gibt es um den Bau des KKW Brokdorf in den Reihen der bürgerlichen Parteien: SPD-Vorstand Hamburg dafür, SPD Schleswig-Holstein nach wie vor dagegen. Von den Befürwortern wird vorgebracht, der Bau des KKW Brokdorf sorge für billigen Strom und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Zum billigen Strom:

– Es ist bekannt, daß der Schrottreaktor Brunsbüttel nicht nur ein ständiger Gefahrenherd ist, sondern daß auch der dort produzierte Strom der teuerste ist, der je in einem Kraftwerk produziert wurde.

– Der „Stern" veröffentlichte, daß die HEW nicht nur den höchsten Kernenergieanteil an der Stromproduktion in der BRD haben, sondern auch die höchsten Strompreise nehmen, von den Haushalten versteht sich.

– Überhaupt haben die Strompreise mit den Produktionskosten des Stroms nur insoweit zu tun, als vermittels der *gespaltenen Tarife* die Energieversorgungsunternehmen den Konzernen den Strom zu billigsten Sondertarifen anbieten und ihn sich von den Haushalten bezahlen lassen. Je mehr billiger Strom (2-4 Pfg./kwH) von sich ansiedelnden Konzernen verlangt und ihnen auch geliefert wird, desto größer wird der Druck in Richtung Preiserhöhung auf die Haushalte.

Was die „Sorge um die Arbeitsplätze" betrifft:

Nichts als das nackte Profitinteresse war es, das z.B. den Bayerkonzern bewog, an die Unterelbe zu gehen. In einer Beilage zum „Industriemagazin" vom 15.7.78 heißt es, daß Bayer 17 Standorte für das 5. und größte Bayer-Werk in Westdeutschland in Erwägung gezogen hatte. Dabei wurden folgende Kriterien zugrunde gelegt:

– Lage zu den Rohstoffen, den Fertigprodukten und den anderen Stammwerken
– Energieversorgung hinsichtlich Menge, Qualität und Kosten für Strom, Dampf und Wasser
– Ausreichendes Arbeitskräfteangebot
– Gesetze und behördliche Bestimmungen, v.a. was mögliche Einschränkungen der Produktion betrifft
– Währungs- und Zollfragen, Aspekte übergeordneter Wirtschaftsräume
– Anforderungen an Abwässer, Abluft und Lärmemissionen
– Staatliche Förderung und Investitionshilfe.

Dem Bayer-Konzern ging es bei seinen Standortüberlegungen also darum, hinsichtlich der aufgeführten Punkte möglichst *günstige* Bedingungen zu finden, also ein Gebiet, in dem das zu investierende Kapital einen maximalen Profit abzuwerfen verspricht, ansonsten gilt: Nach mir die Sintflut!

Und so schritten die Landesregierung Schleswig-Holstein (mit bislang über 750 Mio. DM aus Steuergeldern plus Polizei), der Bayer-Konzern und auch die anderen „Ansiedler" zur Tat. Der *erste* Schritt in diese Richtung mußte die Zerstörung vorhandener, nämlich landwirtschaftlicher und handwerklicher Strukturen sein. Es war ja beileibe nicht so, daß im Unterelbegebiet *nicht* gearbeitet wurde, bevor der Bayer-Konzern kam. Im Gutachten „Agrarstrukturelle Verplanung für den Nahbereich Brunsbüttel" vom Mai 1974 liest sich das so:

– in Brunsbüttel wird mit der Schließung von 12 Betrieben mit zusammen 381 ha gerechnet
– in Büttel (der Ort ist inzwischen einplaniert) wird 21 Betrieben mit zusammen 421 ha durch die Industrialisierung jegliche Basis für den Betrieb entzogen
– in Averhall gaben 4 Betriebe (85 ha) auf

Nicht gerechnet die Bauern, die wegen des Entzugs von Teilflächen schneller in den Ruin getrieben wurden. Die Bauern wollten natürlich nicht aufgeben, weil sie genau wußten, daß mit der Entschädigung kein neuer Betrieb aufgebaut werden kann. Das Ende: Zwangsenteignung mit 2,-DM/m², alles fein säuberlich nach dem Buchstaben des Gesetzes.

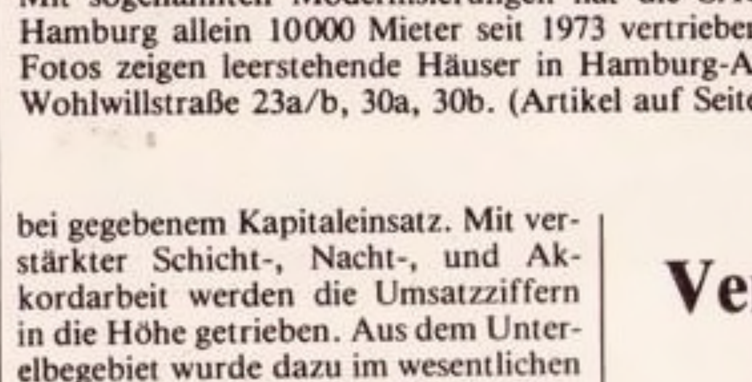
Der *zweite* Schritt war die Beschaffung der billigen Arbeitskräfte, die der Bayer-Konzern benötigte. Was die Zahlen betrifft: Das Arbeitsamt Heide hat bereits 1977 veröffentlicht, daß statt der zunächst propagierten 14000 und dann 1974 auf 7500 Arbeitsplätze reduzierten Annahme bis 1985 höchstens 2200 „geschaffen" werden. Aus dem Schaubild wird deutlich, daß es dem Bayer-Konzern um die verstärkte Auspressung von Mehrarbeit geht; und zwar aus möglichst wenigen Arbeitern bei gegebenem Kapitaleinsatz. Mit verstärkter Schicht-, Nacht-, und Akkordarbeit werden die Umsatzziffern in die Höhe getrieben. Aus dem Unterelbegebiet wurde dazu im wesentlichen *unqualifizierte* Arbeitskraft benötigt, Chemiewerker usw. *Qualifizierte* Arbeitskräfte wurden aus den anderen Stammwerken nach Brunsbüttel zwangsversetzt, unter dem Strich kräftig rationalisiert. Auch das kann man dem Schaubild entnehmen.

Keinesfalls handelte der Bayer-Konzern aus „Sorge um Arbeitsplätze", sondern allenfalls aus Sorge um die für die Produktion benötigten Arbeitskräfte, die sich im Verein mit den anderen Maßnahmen des Bayer-Konzerns auflöst in die schlichte Sorge um den Profit.

„Die regionalen Probleme im Bereich der Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit sowie im Bereich der Erwerbslosigkeit älterer Arbeitnehmer dürften sich vielmehr verschärfen", stellt H. Messerschmidt in einer 1979 veröffentlichten Doktorarbeit über die Entwicklung im Unterelbegebiet fest. Diese Entwicklung, deren Auswirkungen immer spürbarer werden, nützt *allein* den Kapitalverwertungsinteressen der Bayer und Co. und entspricht keinesfalls einem positiven Interesse der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften.







90000 Hamburger suchen eine Wohnung (nach Informationen des Vereins „Mieter helfen Mietern"). Viele Wohnungen, oft ganze Häuser, stehen in Hamburg leer. Mit sogenannten Modernisierungen hat die SAGA in Hamburg allein 10000 Mieter seit 1973 vertrieben. Die Fotos zeigen leerstehende Häuser in Hamburg-Altona. Wohlwillstraße 23a/b, 30a, 30b. (Artikel auf Seite 15)

Verbesserte Unterrichtssituation?

Bericht des Kultusministers zum Schuljahr 80/81 GEW sieht keine Forderung erfüllt.

reb. Am 7. Januar veröffentlichte der schleswig-holsteinische Kultusminister Bendixen seinen jährlichen Bericht über Unterrichtsversorgung, Lehrerbedarf und Lehrerversorgung. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis: „Wie die Tabellen zeigen, konnte die Unterrichtsituation in den schleswig-holsteinischen Schulen gegenüber den vergangenen Schuljahren deutlich verbessert werden."

An den allgemeinbildenden Schulen sind die Schülerzahlen gegenüber dem Schuljahr 79/80 um 15026, das sind 3,6% zurückgegangen; gegenüber 78/79 um 6,6%. Aufgeschlüsselt ergibt sich folgende Entwicklung von 79/80 auf 80/81:

Grundschulen	– 11153	– 8,5%
Hauptschulen	– 1408	– 1,8%
Sonderschulen	– 1211	– 6,0%
Realschulen	– 1906	– 2,1%
Gymnasien	+ 824	+ 1,0%
Gesamtschulen	+ 34	+ 1,4%

Durch den Rückgang der Schülerzahlen ist die durchschnittliche Klassenfrequenz von 26,5 auf 25,7 Schüler pro Klasse gesunken, das Verhältnis Schüler pro Lehrer hat sich ebenfalls

Raum läßt der Haushaltsplan für die berechtigte Forderung der Lehrerschaft nach Arbeitszeitverkürzung."

Die Unterrichtsausfälle sind nach wie vor hoch. Während sie an den Grund- und Hauptschulen um 0,2% und an den Sonderschulen um 0,7% gesunken sind, fielen an den Realschulen wie im Vorjahr 4,6% aller Stunden aus, an den Gymnasien stieg der Ausfall von 2,8% auf 4,2% und an den Berufsschulen von 2,3% auf 2,4%. Insgesamt ist die Ausfallquote trotz sinkender Schülerzahlen fast gleichgeblieben und die wirkliche Lage im Land wird mit diesen Zahlen, die auf einer Erhebung von ganzen drei jährlich wechselnden Kreisen beruhen, eher verdeckt als aufgedeckt. So ist selbstverständlich nichts in dem Bericht von Bendixens Besuch vor knapp 2 Monaten am größten Gymnasium Schleswig-Holsteins, dem Kreisgymnasium Bargteheide, zu finden, den er mit Sicherheit nicht vergessen hat. In scharfer Form sprachen sich die 250 versammelten Eltern, Schüler und Lehrer gegen die Abschaffung des Faches ‚Gemeinschaftskunde' und die Reduzierung des Deutschunterrichts auf 2 Stunden pro Woche (Nebenfach) aus. Von den

ten bezahlen lassen. Je mehr billiger Strom (2-4 Pfg./kwH) von sich ansiedelnden Konzernen verlangt und ihnen auch geliefert wird, desto größer wird der Druck in Richtung Preiserhöhung auf die Haushalte.

Was die „Sorge um die Arbeitsplätze" betrifft:

Nichts als das nackte Profitinteresse war es, das z.B. den Bayerkonzern bewog, an die Unterelbe zu gehen. In einer Beilage zum „Industriemagazin" vom 15.7.78 heißt es, daß Bayer 17 Standorte für das 5. und größte Bayer-Werk in Westdeutschland in Erwägung gezogen hatte. Dabei wurden folgende Kriterien zugrunde gelegt:

– Lage zu den Rohstoffen, den Fertigprodukten und den anderen Stammwerken
– Energieversorgung hinsichtlich Menge, Qualität und Kosten für Strom, Dampf und Wasser
– Ausreichendes Arbeitskräfteangebot
– Gesetze und behördliche Bestimmungen, v.a. was mögliche Einschränkungen der Produktion betrifft
– Währungs- und Zollfragen, Aspekte übergeordneter Wirtschaftsräume

381 ha gerechnet
– in Büttel (der Ort ist inzwischen einplaniert) wird 21 Betrieben mit zusammen 421 ha durch die Industrialisierung jegliche Basis für den Betrieb entzogen
– in Averhall gaben 4 Betriebe (85 ha) auf

Nicht gerechnet die Bauern, die wegen des Entzugs von Teilflächen schneller in den Ruin getrieben wurden. Die Bauern wollten natürlich nicht aufgeben, weil sie genau wußten, daß mit der Entschädigung kein neuer Betrieb aufgebaut werden kann. Das Ende: Zwangsenteignung mit 2,-DM/m², alles fein säuberlich nach dem Buchstaben des Gesetzes.

Der *zweite* Schritt war die Beschaffung der billigen Arbeitskräfte, die der Bayer-Konzern benötigte. Was die Zahlen betrifft: Das Arbeitsamt Heide hat bereits 1977 veröffentlicht, daß statt der zunächst propagierten 14000 und dann 1974 auf 7500 Arbeitsplätze reduzierten Annahme bis 1985 höchstens 2200 „geschaffen" werden. Aus dem Schaubild wird deutlich, daß es dem Bayer-Konzern um die verstärkte Auspressung von Mehrarbeit geht; und zwar aus möglichst wenigen Arbeitern

elbegebiet wurde dazu im wesentlichen *unqualifizierte* Arbeitskraft benötigt, Chemiewerker usw. *Qualifizierte* Arbeitskräfte wurden aus den anderen Stammwerken nach Brunsbüttel zwangsversetzt, unter dem Strich kräftig rationalisiert. Auch das kann man dem Schaubild entnehmen.

Keinesfalls handelte der Bayer-Konzern aus „Sorge um Arbeitsplätze", sondern allenfalls aus Sorge um die für die Produktion benötigten Arbeitskräfte, die sich im Verein mit den anderen Maßnahmen des Bayer-Konzerns auflöst in die schlichte Sorge um den Profit.

„Die regionalen Probleme im Bereich der Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit sowie im Bereich der Erwerbslosigkeit älterer Arbeitnehmer dürften sich vielmehr verschärfen", stellt H. Messerschmidt in einer 1979 veröffentlichten Doktorarbeit über die Entwicklung im Unterelbegebiet fest. Diese Entwicklung, deren Auswirkungen immer spürbarer werden, nützt *allein* den Kapitalverwertungsinteressen der Bayer und Co. und entspricht keinesfalls einem positiven Interesse der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften.

Bericht des Kultusministers zum Schuljahr 80/81 GEW sieht keine Forderung erfüllt.

reb. Am 7. Januar veröffentlichte der schleswig-holsteinische Kultusminister Bendixen seinen jährlichen Bericht über Unterrichtsversorgung, Lehrerbedarf und Lehrerversorgung. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis: „Wie die Tabellen zeigen, konnte die Unterrichtsituation in den schleswig-holsteinischen Schulen gegenüber den vergangenen Schuljahren deutlich verbessert werden."

An den allgemeinbildenden Schulen sind die Schülerzahlen gegenüber dem Schuljahr 79/80 um 15026, das sind 3,6% zurückgegangen; gegenüber 78/79 um 6,6%. Aufgeschlüsselt ergibt sich folgende Entwicklung von 79/80 auf 80/81:

Grundschulen – 11153 – 8,5%
Hauptschulen – 1408 – 1,8%
Sonderschulen – 1211 – 6,0%
Realschulen – 1906 – 2,1%
Gymnasien + 824 + 1,0%
Gesamtschulen + 34 + 1,4%

Durch den Rückgang der Schülerzahlen ist die durchschnittliche Klassenfrequenz von 26,5 auf 25,7 Schüler pro Klasse gesunken, das Verhältnis Schüler pro Lehrer hat sich ebenfalls

Raum läßt der Haushaltsplan für die berechtigte Forderung der Lehrerschaft nach Arbeitszeitverkürzung."

Die Unterrichtsausfälle sind nach wie vor hoch. Während sie an den Grund- und Hauptschulen um 0,2% und an den Sonderschulen um 0,7% gesunken sind, fielen an den Realschulen wie im Vorjahr 4,6% aller Stunden aus, an den Gymnasien stieg der Ausfall von 2,8% auf 4,2% und an den Berufsschulen von 2,3% auf 2,4%. Insgesamt ist die Ausfallquote trotz sinkender Schülerzahlen fast gleichgeblieben und die wirkliche Lage im Land wird mit diesen Zahlen, die auf einer Erhebung von ganzen drei jährlich wechselnden Kreisen beruhen, eher verdeckt als aufgedeckt. So ist selbstverständlich nichts in dem Bericht von Bendixens Besuch vor knapp 2 Monaten am größten Gymnasium Schleswig-Holsteins, dem Kreisgymnasium Bargteheide, zu finden, den er mit Sicherheit nicht vergessen hat. In scharfer Form sprachen sich die 250 versammelten Eltern, Schüler und Lehrer gegen die Abschaffung des Faches ‚Gemeinschaftskunde' und die Reduzierung des Deutschunterrichts auf 2 Stunden pro Woche (Nebenfach) aus. Von den

Demonstration gegen KKW Brokdorf am 2.2.

verringert. In den Eingangsklassen der Grundschulen hatte noch eine Klasse mehr als 31 Schüler, bei den Haupt- und Realschulen und Gymnasien waren es 59 Klassen (4,2%), die mehr als 31 Schüler hatten. Die höchsten Klassenstärken weisen die Gymnasien auf. Wenn Bendixen sich jetzt als Macher dieser Entwicklung zu profilieren versucht, dann ist das genauso verständlich wie falsch. Der jetzt eingetretene Rückgang der Schülerzahlen war seit längerer Zeit vorausgesehen worden, und es ist gerade dem Druck insbesondere der Eltern und Lehrer geschuldet, daß es der Landesregierung nicht möglich war, darauf mit einer Senkung des Planstellenangebots zu reagieren. In einer Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 1981 schreibt die GEW Schleswig-Holstein: „Nach wie vor stehen den Schulen nicht ausreichend Lehrer zur Verfügung, um in überschaubaren Klassen mit dem vollen Stundenangebot die erheblichen Unterrichtsdefizite der letzten Jahre abzubauen. Die geringfügige Vermehrung der Planstellen lindert vor allem die großen Belastungen (...) an den Gymnasien und an den berufsbildenden Schulen. Diese Vermehrung reicht aber nicht aus, um an allen Schulen Unterrichtsausfall zu vermeiden und die Lehramtsanwärter und Referendare nicht bedarfsdeckend, sondern ausbildungsgerecht einzusetzen. Es gibt nach wie vor keine Reserve für Vertretungen aufgrund plötzlicher Ausfälle; es fehlen nach wie vor Planstellen, um den Personalräten eine Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben (...) zu gewähren. Unbefriedigend ist auch immer noch die Zahl der Stellen (...) zur Ausbildung des Lehrernachwuchses. Überhaupt keinen

Schülern wurde Kritik an der Zensur der SV-Post geübt.

Schließlich wurde aufgedeckt, daß der Unterrichtsausfall am Gymnasium bis zu 25% beträgt und im Durchschnitt bei 13,6% liegt. Nachhaltig demonstrierten die Versammelten, was sie von der Schönfärberei des Kultusministers hielten: „Vollkommen bandagiert saß eine Schülerin als ‚Opfer der Oberstufe' im Publikum, 2 Schüler entrollten ein Transparent, auf dem der Abbau des Stundenausfalls und die Abschaffung der Noten gefordert wurde. Ganz und gar nicht wohl in seiner Haut schien es Kultusminister Bendixen zu sein, als ihm (...) ein ‚Nikolaus' eine Rute übereichte. Mit versteinerter Miene legte er sein ‚Nikolausgeschenk' auf den Tisch und verschwand im Verwaltungstrakt. (...) Unmißverständlich und einmütig brachten die Eltern zum Ausdruck, daß sie eine weitere Verschlechterung der Zustände nicht hinnehmen wollten." (Stormarner Tageblatt, 28.11.80)

Einen Aufschluß über die Qualität der Ausbildung geben diese Zahlen ohnehin nicht. Die Übergangsquoten sowie die Zahl der Unterrichtsausfälle zeigen ein anderes Bild. Von der Grundschule hat sich die Zahl der Übergänge auf die Hauptschule von 1979/80 auf 1980/81 von 30,6% auf 31,7% erhöht, während sich die Übergänge aufs Gymnasium von 30,2% auf 28,4% um 1786 Schüler verringert hat. Aufwertung der Hauptschule nennt Bendixen diesen Vorgang und ist voll Lob darüber, daß einem wachsenden Teil der Jugend eine höhere Bildung verwehrt bleibt.

Demonstration gegen KKW Brokdorf am 2.2.

Widersprüche in der Sozialdemokratie können genutzt werden

uwz. Der SPD-Landesvorstand in Hamburg hat sich für Brokdorf ausgesprochen. Die SPD Schleswig-Holstein will eine Kundgebung und Flugblattaktion dagegen machen. Klose hält an der Forderung gegen Brokdorf, für Kohlekraftwerke und Ausstieg der HEW fest. Dabei wird er von SPD-Ortsvereinen wie Altona, den Jusos u.a. unterstützt. Was spiegeln diese Widersprüche innerhalb der Sozialdemokratie wider? Die Bundesregierung versucht über Apel ihr Energieprogramm durchzusetzen, vor allem durch die Spaltung von demokratischer und Arbeiterbewegung. Es ist schon ein Trauerspiel, wenn IGM-Bevollmächtigter Müllner und SPD-Landesvorstandsmitglied gerade mit dem abgedroschenen Argument der „*sicheren Arbeitsplätze*" versucht, den DGB-Kreisvorstand für die Bundesregierung zu gewinnen. Dieser wollte sich aber bisher noch nicht einheitlich auf das Abenteuer Kernkraftwerke einlassen und hat sich auf den 28. Januar vertagt zur Diskussion in den Einzelgewerkschaften. Bis dahin soll hier die Diskussion um Brokdorf geführt werden. Die IG Druck und Papier, Bezirksvorstand, hat sich gegen Brokdorf ausgesprochen, für den Ausstieg der HEW aus dem Brokdorfgeschäft und ihre Vertreter im Kreisvorstand so beauftragt. Auf der Delegiertenversammlung der IG Druck diese Woche liegt ein ähnlicher Antrag vor (nachdem hier bereits Stillegung aller AKWs gefordert wurde).

Genau das sieht Klose auch, er muß gegenüber zwei Seiten, der Hamburger Bourgeoisie und der „Anti-AKW-Bewegung" taktieren. „*Offene Fragen ... Hamburg ist somit in der Gefahr, in eine Phase eskalierender Energiepreise hineinzugeraten. Die erhebliche industrie- und standortpolitische ... aber auch finanzpolitische Bedeutung einer auf preisgünstige Stromversorgung bedachten lokalen Energiepolitik kann daher nicht nachdrücklich genug unterstrichen werden.*" fordert die Hamburger Handelskammer von Klose und dem Senat. Billigste Strompreise, Möglichkeiten zur maximalen Verwertung ihres Kapitals will der SPD-Landesvorstand in der Mehrheit den Kapitalisten geben.

Unterstützt man nun den Flügel der SPD und der Finanzbourgeoisie, wenn man diese Forderungen, die Klose z. Teil auch erhebt, aufstellt? Das läßt sich nur verneinen, da die Forderung Ausdruck der Aktionseinheit in der Arbeiterbewegung ist, die sich gegen den Hamburger Senat aufbaut (Hauptträger der HEW), um das Kernkraftwerk in Brokdorf zu verhindern. Wenn in diesen beiden Wochen in gewerkschaftlichen Organen über Brokforf beraten und beschlossen wird, stärkt dies die Front gegen das Energieprogramm und bereitet auch am besten die Großkundgebung am Bauplatz bei Baubeginn vor, die über 60 Bürgerinitiativen und Organisationen beschlossen haben. Die demokratische und Arbeiterbewegung fordert mit der Ausstiegs-Losung praktisch, daß der Hamburger Senat die Hände von Brokdorf lassen soll, eine Einmischung in das Energieprogramm der Bundes- und Landesregierung durch die Bewegung.

Klose sieht die Bewegung dagegen, will für die Kapitalisten auch das billigste durchsetzen, allerdings schätzt er die Lage so ein, gegen die Kernkraftwerksgegner so nicht anzukommen. Also muß er bestimmte Argumente aus der Bewegung sich zu eigen machen, sich auch tatsächlich gegen Brokdorf aussprechen (im Senat hat er 1980 im April erklärt, er werde auch nicht zurücktreten, wenn die Mehrheit des Senats für Brokdorf ist). Er propagiert die Kohlekraftwerke, hier sieht die Handelskammer aber wohl mit Recht skeptisch in die Zukunft: „*... Die Akzeptanz von Kohlekraftwerken in der Bevölkerung ist keineswegs gesichert... Die Kohlebasis darf auf keinen Fall zu Lasten der Industrie gehen, die mit zusätzlichen emmissionsrechtlichen Auflagen überzogen wird*". Gerade in der Gewerkschaft sind viele, die eher für Kohlekraftwerke als für die abenteuerliche Kerntechnik sind. Sie werden von den Kapitalisten Einspruchsrechte ihrer Kommunen, Forderungen nach Finanzierung durch die Kapitalisten und nach Schutzmaßnahmen stellen. *Die Bewegung wird hier noch den Nachweis erbringen müssen, daß Klose dies nicht aus Menschlichkeit, sondern nur in der Abwägung Bewegung, Widerstand und Höchstprofite sich so entscheidet.* Nutzen kann man in der Vorbereitung der Großdemonstrationen in Brokdorf aber schon, daß große Teile der Sozialdemokratie sich gegen *dieses* Kernkraftwerk aussprechen.



Die Besatzung des im Hamburger Hafens liegenden Frachters ,,Santa Fe" konnte nach gut einer Woche durchsetzen, daß ihre Heuernachforderung von ca. 180000 Dollar ausgezahlt wird und der ITF-Normaltarifvertrag anerkannt wird.

Gebührenerhöhungen zum 1.7.81

Dreister Plünderungsfeldzug des Kieler Magistrats

pes. Mit der Erhöhung der Wasserpreise zum 1.1.81 hat die Stadt Kiel einen neuerlichen Feldzug zur Plünderung der Volksmassen eingeleitet. Zum 1. Juli diesen Jahres sollen die Preise für Strom, Gas, Fernwärme und die Fahrpreise der KVAG erhöht werden. Geplant ist im einzelnen: Strom 12 bis 15%; Gas über 10%; Fernwärme 15%. Die Fahrpreise sollen wie folgt angehoben werden: Einzelfahrschein, Mehrfahrkarten, Stadtkarten, Wochenkarten um 10 Pfennig pro Fahrschein; Monatskarten gestaffelt nach Schüler-, Studenten-und Erwachsenentarif um 3,33 DM, 4 DM und 5 DM.

Begründet werden diese Erhöhungen mit den gestiegenen Kosten. Die Verluste der KVAG werden für das letzte Jahr mit 20 Mio DM beziffert. Ziel der Erhöhung sei, die Unterdeckung der Bilanz der KVAG auf höchstens 30% zu reduzieren. Bislang hat die Stadt als alleiniger Gesellschafter der VVK, wovon die KVAG ein Teil ist, stets mit ihren Gebührenerhöhungen die Einnahmen aus dem Öffentlichen Nahverkehr erhöhen können, obwohl seit 1972 die Zahl der Beförderungsfälle gesunken ist. Nach der letzten umfassenden Erhöhung 1977 stellte sich das in Zahlen wie folgt dar: 1977 betrugen die Verkehrseinnahmen bei 39,3 Mio Beförderungsfällen 37,1 Mio DM, 1978 waren es bei 37,1 Mio Beförderungsfällen 42,4 Mio DM Einnahmen. Die letzte Tariferhöhung vom Vorjahr hat diese Tendenz wohl nicht zufriedenstellend für den Magistrat fortgesetzt, so daß jetzt wieder die Preise für sämtliche Fahrscheine erhöht werden sollen.

In Verbindung mit diesen Preiserhöhungen sollen neue Fortschritte bei der Durchsetzung des Generalverkehrsplanes für die Innenstadt gemacht werden. Oberbürgermeister Luckardt ist angetreten, in der Innenstadt sämtliche kostenfreien Parkplätze zu beseitigen. Nach dem Generalverkehrsplan sehen die Planungen folgendermaßen aus:

Die Plünderungszange soll doppelt greifen. Durch die Vernichtung von Parkraum in der Innenstadt soll man gezwungen werden, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Ist das bis zu einem gewissen Grade durchgesetzt, können die nächsten Preiserhöhungen folgen. Einher mit der Vernichtung kostenlosen Parkraums geht die Erhöhung der Gebühren in den Parkhäusern der Kaufhäuser, die sich dann auch bald dem Niveau der Ostseehallengarage (2 bis 7 DM) anpassen werden können. Gleichzeitig sollen die von der Stadt neu eingestellten Politessen die Park- und Halteverbote überwachen und der Stadt höhere Einnahmen durch Bußgelder sichern.

Die Politiker der Stadt greifen zu diesen Maßnahmen, um den Mindereinnahmen durch Steuern und Kürzung zentraler Zuweisungen für den Gemeindehaushalt zu begegnen. Die Volksmassen sollen dann doppelt zahlen: höhere Steuern und höhere Gebühren. Es gibt keinen Grund, sich darauf einzulassen.

Parkplatzentwicklung in der Innenstadt

Art der Parkplätze	1972	1995
Öffentl. Plätze ohne Zeitbegrenzung	4737	
Öffentl. Plätze in Parkhäusern	1763	5173

Monatskarten gestaffelt nach Schüler-, Studenten-und Erwachsenentarif um 3,33 DM, 4 DM und 5 DM.

Begründet werden diese Erhöhungen mit den gestiegenen Kosten. Die Verluste der KVAG werden für das letzte Jahr mit 20 Mio DM beziffert. Ziel der Erhöhung sei, die Unterdeckung der Bilanz der KVAG auf höchstens 30% zu reduzieren. Bislang hat die Stadt als alleiniger Gesellschafter der VVK, wovon die KVAG ein Teil ist, stets mit ihren Gebührenerhöhungen die Einnahmen aus dem Öffentlichen Nahverkehr erhöhen können, obwohl seit 1972 die Zahl der Beförderungsfälle gesunken ist. Nach der letzten umfassenden Erhöhung 1977 stellte sich das in Zahlen wie folgt dar: 1977 betrugen die Verkehrseinnahmen bei 39,3 Mio Beförderungsfällen 37,1 Mio DM, 1978 waren es bei 37,1 Mio Beförderungsfällen 42,4 Mio DM Einnahmen. Die letzte Tariferhöhung vom Vorjahr hat diese Tendenz wohl nicht zufriedenstellend für den Magistrat fortgesetzt, so daß

greifen. Durch die Vernichtung von Parkraum in der Innenstadt soll man gezwungen werden, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Ist das bis zu einem gewissen Grade durchgesetzt, können die nächsten Preiserhöhungen folgen. Einher mit der Vernichtung kostenlosen Parkraums geht die Erhöhung der Gebühren in den Parkhäusern der Kaufhäuser, die sich dann auch bald dem Niveau der Ostseehallengarage (2 bis 7 DM) anpassen werden können. Gleichzeitig sollen die von der Stadt neu eingestellten Politessen die Park- und Halteverbote überwachen und der Stadt höhere Einnahmen durch Bußgelder sichern.

Die Politiker der Stadt greifen zu diesen Maßnahmen, um den Mindereinnahmen durch Steuern und Kürzung zentraler Zuweisungen für den Gemeindehaushalt zu begegnen. Die Volksmassen sollen dann doppelt zahlen: höhere Steuern und höhere Gebühren. Es gibt keinen Grund, sich darauf einzulassen.

Parkplatzentwicklung in der Innenstadt

Art der Parkplätze	1972	1995
Öffentl. Plätze ohne Zeitbegrenzung	4737	
Öffentl. Plätze in Parkhäusern	1763	5173
Gesamtzahl der Parkplätze	15523	14518

Nach 24 Stunden spätestens nach Hause!

Ziel: 40-Stundenwoche auch für Ärzte

den. 32-Stunden-Dienste für Ärzte, auch mehrmals pro Woche, sind rechtens. So wurde das Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 26.11.80 im Prozeß des Hamburger Arztes Junghans in der Öffentlichkeit dargestellt. Nach wochenlanger Diskussion in Presse und Fernsehen über die unzumutbaren Arbeitszeiten für Krankenhausärzte, sollte dies wie ein Schlußstrich für die noch uneinheitliche Bewegung wirken. Tatsächlich ist dieses Urteil vor allem eine Niederlage für die Politik des Marburger Bundes, für eine falsche Argumentation.

Junghans bezog sich auf das Persönlichkeitsrecht des Arztes und das Sozialstaatsprinzip (Art. 2, 20 und 28 Grundgesetz), um zu begründen, daß mehr als 4 Bereitschaftsdienste im Monat eine Verletzung der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers darstellen *können, wenn* der Arzt besonderen Belastungen ausgesetzt ist und zumal *ärztliche* Tätigkeit hohe Anforderungen stelle. Die Argumentation hebt ab auf die besonderen Arbeitsbedingungen des Arztes, die Entfaltung der Persönlichkeit. Sie bleibt so unverbindlich, ständisch und läßt das Kernproblem der 32-Stunden-Dienste unangetastet.

Dies Problem wird sogar in der Urteilsbegründung des BAG als wesentlich angesehen, was für den anstehenden Prozeß des Kollegen Limbrock/ ÖTV günstig ist.

Die ÖTV und er wollen die Anerkennung der allgemeingültigen Arbeitsschutzrechte auch für Ärzte, die wegen ,,ethischer Verpflichtung gegenüber dem Patienten" durch BAG-Urteil 61/62 aus dem Geltungsbereich der Arbeitszeitordnung ausgenommen worden waren. Anwendung der AZO hieße nach Auffassung des LAG Hamburg: 48 Stunden pro Woche und 24 Stunden pro Dienst höchstens, praktisch ein Bereitschaftsdienst pro Woche, der zur Hälfte in Freizeit abzugelten wäre. Damit würde ein Verbot der 32-Stunden-Dienste und ein Anschluß an die Arbeitsschutzrechte der übrigen Lohnabhängigen erreicht. Diese Argumentation ermöglicht Unterstützung durch die ganze Arbeiterbewegung und *stärkt* eher Bestrebungen für eine Verbesserung der AZO.

Entscheidend für die Erfolge im Prozeß wie vor allem bei den anstehenden Tarifverhandlungen über die SR2a (Pflegepersonal) und 2c (Ärzte) des BAT ist aber, daß die Bewegung sich jetzt auf Forderungen vereinheitlicht, die den notwendigen Zusammenschluß der Kollegen ermöglichen. Spaltungen entstehen durch die *Vergütungsstruktur* (oft mehr als 50 % des Verdienstes besteht aus Bereitschaftsdienstvergütung), *kleine Fachabteilungen* (deren Patienten von weit weniger Ärzten versorgt werden können, als zu einem Dienst pro Woche nötig sind), *Weiterbildungsbedingungen* (längere Facharztausbildung, weil z.B. der Operationskatalog nicht erfüllt würde) u.a. Diese Probleme müssen diskutiert und Lösungen in Richtung der 40-Stunden-Woche entwickelt werden. Der Bund Gewerkschaftlicher Ärzte/ÖTV hat zur Zeit als Forderungsvorschlag: – Vorrang von Freizeit vor finanzieller Abgeltung ! – Maximal 24 Stunden durchgehende Anwesenheit im Krankenhaus ! Bereitschaften der Stufen A/B (bis 24 % Auslastung) nicht länger als 24 Stunden, Bereitschaften der Stufen C/D (25 – 49 % Auslastung) nicht länger als 16 Stunden, Freizeitausgleich 1 Std. pro 1 Std. Bereitschaft. – Neubewertung der ,,Bereitschaftsdienste" mit finanzieller Vergütung wie Arbeitszeit ! – Maximal 4 Bereitschaften pro Monat ! – Grundsätzliche Orientierung der Höchstarbeitszeiten an der 5-Tage und 40-Stunden-Woche ! – Personalausbau zur Einhaltung der Höchstarbeitszeiten !

Auf dieser Grundlage sind Diskussionsveranstaltungen mit ÖTV *und* Marburger Bund wichtig, um die Einheit zu stärken. Nützlich auch der Vorschlag des BGÄ, Leserbriefe über die Dienstbelastung zu schreiben und auch dem BAG zukommen zu lassen: Vorsitzender Richter des 4. Senats Dr. Neumann, G. Bernadotte Platz, 35 Kassel

Arbeitsbelastung am UKE

Fragebogenaktion der ÖTV Hamburg

gek. Die ÖTV-Betriebsgruppe am UKE hat im Rahmen der Tarifverhandlungen zum Schichtdienst erste genauere Ergebnisse ihrer Umfrage zur Arbeitsbelastung im Krankenhaus vorgelegt. Neues Gewicht erhalten diese Daten im Kampf gegen die ,,Bewirtschaftungsmaßnahmen" des Hamburger Senats. Daß die Arbeit im Krankenhaus durch Mangel an Personal anstrengend ist, beantworteten 93,3% der in Nacht- und Wechselschicht-Beschäftigten und 90% der im Früh- und Spätdienst-Beschäftigten mit ja. Ca. 52% aller Befragten gaben an, daß sie nach dem Dienst hundemüde sind. Trotz der Müdigkeit leiden 43% aus Nacht- und Wechselschichtdienst an häufigen oder starken Einschlafstörungen. Beim Früh- und Spätdienst sind es sogar 51,4%, was vermutlich damit zusammenhängt, daß die Mehrzahl des Pflegepersonals Frauen sind, die darüber hinaus die täglichen Haushaltsangelegenheiten zusätzlich miterledigen müssen. 58% klagen über Kreuzbeschwerden infolge Tragens von schweren Patienten. 78% der Wechselschichtler im Pflegebereich beklagen

hen, 72% sehen es als Schwierigkeit an, daß sie mit ihrer Familie nicht das Essen gemeinsam einnehmen können, 50% sind im Aufbau eines Freundeskreises behindert.

Über 80% der Kollegen im Pflegedienstbereich machen Überstunden. In der Chirurgie wurden im September 80 allein 999 Überstunden gemacht. Am 1.10.80 waren 152 Stellen unbesetzt. Der Personalrat erläuterte zu dieser Zahl, daß insbesondere die jungen Schwestern die mörderischen Arbeitsbedingungen nicht mehr hinnehmen und kündigen.

Diese Angaben machen sehr deutlich, daß der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und um mehr Planstellen parallel laufen muß, denn bei den derzeit herrschenden Arbeitsbedingungen ist kaum noch jemand bereit, in den Krankenhäusern zu arbeiten. Der Senat verschärft die Situation noch durch seine jüngst erlassenen ,,Bewirtschaftungsmaßnahmen". Wenn sie in ihrer ursprünglichen Form

kommen, heißt das: jede Stelle, die zum 1.1.81 frei ist, darf nicht vor April besetzt werden. Alle Stellen, die im ersten Quartal freiwerden, dürfen erst 4 Monate später besetzt werden. Alle neubewilligten Stellen sollen erst zum 1.7.81 besetzt werden. Die genaueren Ausführungsbestimmungen, also inwieweit planstellen- und geldmäßig die einzelnen Abteilungen konkret betroffen sind, wird sich Mitte Februar nach erneuten Debatten zeigen.

Man muß den ,,Volksvertretern" jetzt schnell zu verstehen geben, daß ihre ,,differenzierte Sparpolitik" so nicht laufen kann.

Gesundheitssenatorin Elstner hatte auf der Senatssitzung geäußert, daß sie bei solchen ,,Bewirtschaftungsmaßnahmen" ja die Krankenhäuser dichtmachen und die Kranken in die Finanzbehörde bringen könnte. An sich kein schlechter Vorschlag, nur wird sie dabei Hilfe brauchen. Auch taucht das Wort ,,Papierkriegsdienstverweigerung" auf den Stationen immer häufiger auf. Auch so könnte der Schuß des Finanzministers Nölling schnell nach

Arbeitsbelastung am UKE

Fragebogenaktion der ÖTV Hamburg

gek. Die ÖTV-Betriebsgruppe am UKE hat im Rahmen der Tarifverhandlungen zum Schichtdienst erste genauere Ergebnisse ihrer Umfrage zur Arbeitsbelastung im Krankenhaus vorgelegt. Neues Gewicht erhalten diese Daten im Kampf gegen die ,,Bewirtschaftungsmaßnahmen" des Hamburger Senats. Daß die Arbeit im Krankenhaus durch Mangel an Personal anstrengend ist, beantworteten 93,3% der in Nacht- und Wechselschicht-Beschäftigten und 90% der im Früh- und Spätdienst-Beschäftigten mit ja. Ca. 52% aller Befragten gaben an, daß sie nach dem Dienst hundemüde sind. Trotz der Müdigkeit leiden 43% aus Nacht- und Wechselschichtdienst an häufigen oder starken Einschlafstörungen. Beim Früh- und Spätdienst sind es sogar 51,4%, was vermutlich damit zusammenhängt, daß die Mehrzahl des Pflegepersonals Frauen sind, die darüber hinaus die täglichen Haushaltsangelegenheiten zusätzlich miterledigen müssen. 58% klagen über Kreuzbeschwerden infolge Tragens von schweren Patienten. 78% der Wechselschichtler im Pflegebereich beklagen sich, daß sie ihre Partner zu selten sehen, 72% sehen es als Schwierigkeit an, daß sie mit ihrer Familie nicht das Essen gemeinsam einnehmen können, 50% sind im Aufbau eines Freundeskreises behindert.

Über 80% der Kollegen im Pflegedienstbereich machen Überstunden. In der Chirurgie wurden im September 80 allein 999 Überstunden gemacht. Am 1.10.80 waren 152 Stellen unbesetzt. Der Personalrat erläuterte zu dieser Zahl, daß insbesondere die jungen Schwestern die mörderischen Arbeitsbedingungen nicht mehr hinnehmen und kündigen.

Diese Angaben machen sehr deutlich, daß der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und um mehr Planstellen parallel laufen muß, denn bei den derzeit herrschenden Arbeitsbedingungen ist kaum noch jemand bereit, in den Krankenhäusern zu arbeiten. Der Senat verschärft die Situation noch durch seine jüngst erlassenen ,,Bewirtschaftungsmaßnahmen". Wenn sie in ihrer ursprünglichen Form auch für die Krankenhäuser durchkommen, heißt das: jede Stelle, die zum 1.1.81 frei ist, darf nicht vor April besetzt werden. Alle Stellen, die im ersten Quartal freiwerden, dürfen erst 4 Monate später besetzt werden. Alle neubewilligten Stellen sollen erst zum 1.7.81 besetzt werden. Die genaueren Ausführungsbestimmungen, also inwieweit planstellen- und geldmäßig die einzelnen Abteilungen konkret betroffen sind, wird sich Mitte Februar nach erneuten Debatten zeigen.

Man muß den ,,Volksvertretern" jetzt schnell zu verstehen geben, daß ihre ,,differenzierte Sparpolitik" so nicht laufen kann.

Gesundheitssenatorin Elstner hatte auf der Senatssitzung geäußert, daß sie bei solchen ,,Bewirtschaftungsmaßnahmen" ja die Krankenhäuser dichtmachen und die Kranken in die Finanzbehörde bringen könnte. An sich kein schlechter Vorschlag, nur wird sie dabei Hilfe brauchen. Auch taucht das Wort ,,Papierkriegsdienstverweigerung" auf den Stationen immer häufiger auf. Auch so könnte der Schuß des Finanzministers Nölling schnell nach hinten losgehen.

Warnstreik bei O&K und der Flender Werft

beb. Lübeck. Parallel zur ersten ergebnislos vertagten Verhandlungsrunde über einen neuen Tarifvertrag für die Metallindustrie im Nordverbund führten am 16. Januar etwa 150 Beschäftigte des Lübecker Werkes der Orenstein & Koppel AG und 100 Kollegen der Flender Werft einen halbstündigen Warnstreik durch. Die Kollegen auf der Flender Werft erklärten ihre Streikbereitschaft für den Fall, wenn die Metallkapitalisten auch in der nächsten Verhandlungsrunde kein angemessenes Angebot vorlegen würden.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 413080 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: 2000 Hamburg 50, Kleine Rainstraße 21, Tel. 040/ 39 49 04; verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 – 12/16: Bernhard Peters, für die Seiten 13 – 15: Lutz Plümer ; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Die Zeitung erscheint wöchentlich und kostet ab 1/1981 als Einzelexemplar 1 DM, Jahresabonnement 50 DM, Halbjahresabonnement 25 DM, Vierteljahresabonnement 13 DM (zuzüglich Postgebühren, z.Zt. als Postvertriebsstück für das Inland 0,159 DM pro Ausgabe) – Verlängerungen oder Neubestellungen erbitten wir an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234.

2600 Bauernhöfe gaben auf

are. In Niedersachsen mußten 1980 mehr als 2600 Bauern ihre Betriebe aufgeben. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang von 2,6%. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist von 19,4 ha (1979) auf 22,13 ha (1980) angestiegen. Bei der Größenklasse zwischen 10 und 20 ha betrug die Abnahme 4,19% und bei den Höfen mit einer Größe von 5 – 10 ha 3,3%. Den stärksten Zuwachs hatten Betriebe zwischen 50 und 100 ha. Die zunehmende Konzentration in der landwirtschaftlichen Produktion läßt sich deutlich bei den Eiererzeugern aufzeigen, so produzieren weniger als 1% fast 90% der Eier, bei den Geflügelmästern konzentrieren 2,3% rund 99,3% der Erzeugung. Nach Angaben des niedersächsischen Landvolkpräsidenten betrug 1977/78 das Reineinkommen je Familienkraft eines Hofes 24057 DM und 1979/80 sank es auf 20548 DM, der Bundesdurchschnitt liegt bei 20443 DM.

Scheinbarer Fortschritt – Angriff auf die Arbeitslosenversicherung

fre. Im Zusammenhang mit dem Angriff auf die Sozialversicherung sind eine Reihe von Gesetzesänderungen eingetreten. Eine betrifft insbesondere die Arbeitslosenversicherung. Erhält ein Arbeitsloser von der Bundesanstalt für Arbeit Leistungen, so hat er ab 1981 im Krankheitsfalle jetzt Anspruch auf 6 Wochen Fortzahlung der Leistungen. Dieser kurzfristige Vorteil (keine Wartezeiten bis zur Zahlung von Krankengeld) schlägt bei längerer Arbeitslosigkeit ins Gegenteil um, da erstens keine Vorerkrankungen auf die Leistung angerechnet werden, und zweitens alle Arbeitsunfähigkeiten in die Gesamtleistung einbezogen werden. Angenommen, ein Arbeitsloser ist fünfmal 3 Wochen wegen depressivem Verstimmungszustand (rund 5% der Arbeitslosen – kein Wunder!) krank, also insgesamt 15 Wochen, so erhielt er noch 1980 ein Jahr Arbeitslosengeld und 15 Wochen Krankengeld in Höhe des Arbeitslosengeldes, während er 1981 nur noch ein Jahr Arbeitslosengeld erhält, da die Krankheitszeiten in die Leistung mit einbezogen sind und, obwohl jedesmal die gleiche, also im ursächlichen Zusammenhang stehende Erkrankung eintritt, jede Krankheit als eine neue Arbeitsunfähigkeit zählt, und damit die Krankenkasse nicht zur Krankengeldzahlung kommt, obwohl der Arbeitslose bereits mehr als 6 Wochen krank ist. – Ein wirklich gelungener Angriff auf die Sozialversicherung.

Heuertarifvertrag abgeschlossen

beb. Am 12.1. hat der Hauptvorstand der ÖTV den am 6.1. zwischen der Gewerkschaft und dem Verband Deutscher Reeder sowie dem Verband Deutscher Küstenschiffseigner ausgehandelten neuen Heuertarifvertrag für die 27000 deutschen Seeleute gebilligt. Er sieht eine Steigerung der Grundheuer sowie der davon abhängigen Heuerteile für Kapitäne und Besatzungemitglieder um 5,5% vor. Die Seefahrtszulage erhöht sich in jeder Stufe um 3 DM. Bei einem Matrosen mit Brief z.B. von 228 DM auf 231 DM. Die Ladungsarbeitszulage erhöht sich von 3,75 DM auf 4,00 DM, das Verpflegungsgeld von 11,90 DM auf 12,00 DM und die Schmutzarbeitszulage von 11,30 DM auf 11,50 DM. Laut Aussagen des Verbandes Deutscher Reeder beträgt das Gesamtvolumen des Abschlusses aufgrund der z.T. nur wenig angehobenen Zulagen lediglich nur knapp 5%. Die ursprüngliche Forderungsempfehlung der ÖTV an die Mitglieder hatte 8% betragen, der Vertrag gilt ab 1.1.81 und hat eine Laufzeit von 12 Monaten.

Veranstaltungskalender

Veranstaltungsreihe ,,Geschichte der Produktionsweisen"

Kiel, Dienstag, 20.1., Mittwoch, 21.1., Donnerstag, 22.1., Dienstag, 27.1., Mittwoch, 28.1. jeweils 20 Uhr, Gaststätte ,,Kaiser Friedrich" (am Wilhelmplatz), im ,,Stübchen". Vereinigung für revolutionäre Volksbildung Kiel.

Freitag, 23.1.1981

Kiel, Mitgliederversammlung der Vereinigung zur Vorbereitung des zentralen Kongresses, 20 Uhr, ,,Kaiser Friedrich", im ,,Stübchen"

Kiel, Treffen der Kunstgruppe, 17 Uhr, Foyer der Universitätsbibliothek, Westring

Samstag, 24.1.1981

Hamburg, Veranstaltung zum 16. Jahrestag der palästinensischen Revolution mit Abdalla Frangi, Vertreter der PLO in Bonn, Erich Fried, Brigitte Schulz und Thomas Reuter (vor kurzem aus israelischer Haft entlassen), Mensa der Universität, Schlüterstraße.

Sonntag, 25.1.1981

Hamburg, Öffentliche Schulungsveranstaltung zur ,,Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" von Karl Marx, KBW-Büro, Kleine Rainstraße 21, 8 bis 17 Uhr

Montag, 26.-29.1.

Lübeck: Öffentliche Schulung ,,Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" (Lenin) jeweils 19.30 Uhr Pizzeria ,,Rimini" Breite Straße

Sonntag, 1.2.1981

Hamburg, Öffentliche Schulungsveranstaltung zum ,,Kommunistischen Manifest" von Karl Marx und Friedrich Engels, KBW-Büro, Kleine Rainstraße 21, 8 bis 17 Uhr

Sonntag, 8.2.1981

Kiel, Öffentliche Schulung von ,,Bürgerkrieg in Frankreich", Karl Marx. Ort: Alte Mensa, Kieler Universität. Zeit: 9 Uhr

Mit dem Kohleveredelungsprogramm gegen die OPEC-Länder

Die Bedeutung des Kohleveredelungsprogramms und die Folgen für die Umwelt

heh. „Die Erwartungen für die Kohleveredelung sind erheblich gedämpft worden. Das Bundeswirtschaftsministerium bekräftigt jedoch, daß das geplante Kohleveredelungsprogramm trotz der Haushaltsengpässe verwirklicht wird," schreibt die FAZ vom 12.1.81 unter der Überschrift „Die Kernenergiepolitik soll neu belebt werden".

Am 30.1.80 hatte die Bundesregierung das „Kohleveredelungsprogramm", ein Programm zur großtechnischen Erzeugung von Gas, Öl und Benzin aus Kohle beschlossen. Der damalige Bundesforschungsminister (BFMT) Hauff wies dabei daraufhin, daß „erste konkrete Überlegungen für die Entwicklung moderner Technologien in diesem Bereich bereits vor der ersten Ölkrise zu Beginn der 70ger Jahre in seinem Hause angestellt worden seien." Und tatsächlich waren zu diesem Zeitpunkt bereits 7 Pilotanlagen zur Kohlevergasung und mehrere Versuchsanlagen zur Kohleverflüssigung in Betrieb – mit „Förderanteilen" zwischen 60 und 80% der Gesamtkosten allein durch das BMFT (insgesamt 650 Mio. DM).

Beschlossen wurden 14 „von den Unternehmen vorgeschlagene Projekte" mit der Gesamtinvestition von 13 Mrd. DM bis 1993 (Preisbasis 1979) und gleichzeitig festgestellt, daß „selbst mit diesem Aufwand nur ein geringer Prozentsatz der Erdöl- und Erdgasimporte ersetzt werden kann". Vielmehr solle die Voraussetzung für eine künftige, breite industrielle Nutzung der Kohleveredelung und ... neues Feld für kontinuierliche Investitionstätigkeit ...geschaffen werden; außerdem stärken Referenzanlagen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie... und mittels solcher Exporte, kombiniert mit deutschen Investitionen im ausländischen Kohlebergbau und den Veredelungsanlagen, ließe sich die Energie- und Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft erweitern und absichern. – Wirtschaftlich, so wird in dem Programm festgestellt, ist die Kohleveredelung noch nicht: Flüssigprodukte und künstliches Erdgas aus deutscher Steinkohle kosten heute etwa das 2- bis 4fache der Erdölprodukte bzw. des Erdgases – aus Importkohle auch noch das 2fache. Doch dürfte sich bis zur Inbetriebnahme der ersten Großanlage ab Mitte der 80ger Jahre die Relation zugunsten der Kohle verschieben, sagt das Programm der Regierung.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Wilhelmshafen hat im November 1980 eine Broschüre herausgegeben, in der sie sich gegen die Ansiedlung von Kohle„veredelungsanlagen" wendet. (SHELL bewirbt sich um 160 ha Grodenfläche bei Rüstersiel; 16000 t Kohle pro Tag soll im Endausbau verarbeitet werden. Und man rechnet damit, daß MOBIL OIL und BP ebenfalls „Anlagen dieser Größe wünschen".) Sie argumentiert, daß dann rund 50000 t pro Tag verarbeitet würden und vergleicht dies mit dem bestehenden Kohlekraftwerk, was derzeit 5000 t/Tag verbraucht und dabei 3 t/Std. Schwefeldioxid und etwa 0,5 t/Std Nitrosegase ausstößt.

Schon wegen des miserablen Umwandlungsgrades – nur 38 – 50% der in der zugeführten Kohle enthaltenen Energie erscheint in dem Endprodukt Benzin – kann überhaupt nicht von einer Veredelung der Kohle gesprochen werden, sondern nur von Kohle*umwandlung*. – Zu dieser Energieverschwendung kommt hinzu, daß die Umweltverschmutzung noch weitgehend unbekannt und unerforscht ist, und sie zitiert eine Studie der NIOSH (Nationales Institut für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz), in der US-Regierungswissenschaftler über 2 Pilotanlagen für Kohleverflüssigung berichten:

Die Umwandlung von Kohle in eine Flüssigkeit oder Gas bedeutet, einen schmutzigen, kohlenstoffhaltigen Feststoff in einen sauberen Kohlenwasserstoff-Brennstoff umzuwandeln. (Z.B. ergab die Analyse einer amerik. Kohle u.a. 100 ppm Strontium, 3,6 ppm Thorium, 5,5 ppm Blei, 70 ppm Fluor, 1,6 ppm Uran, was in Asche, Abluft oder Abwasser wieder auftauchen muß.) An Arbeitern der Anlagen wurden jedenfalls 32 potentielle Karzinome (krebsfördernde Stoffe), Mutagene (erbanlagenverändernde), Teratogene (Mißbildungen) und eine Vielfalt von giftigen Chemikalien, die Entzündungen hervorrufen, verkrüppeln und lähmen können, entdeckt. Die Liste enthält gewöhnlichen Kohlenstaub, Ammoniak, Schwefeldioxide, farb- und geruchlose Kohlenmonoxide und solche Exoten, wie Metall-Carbonyle und Berrylium, Gifte, wie Hydrogencianid und Carbondisulfat und insbesondere 29 aromatische Kohlenwasserstoffe, für die es nicht einmal MAK-Werte (Maximale Arbeitsplatz-Konzentration) gibt. – An den seit 23 Jahren in Südafrika betriebenen Anlagen sind die gesundheitlichen Auswirkungen nicht untersucht worden – wie an den in Deutschland während des 2. Weltkrieges betriebenen.

Die Wirtschaftlichkeit der Kohleumwandlung für die westdeutschen Kapitalisten konnte nicht dargestellt werden; dies geschieht in dem Artikel „Kohleumwandlung: inflationär und preistreibend" in einer der nächsten Ausgaben der KVZ.

Abwärme in MJ — CO2 in Gramm — Übrige in Gramm — 10 / 2 / 20 — 5 / 1 / 10
Abwärme, Staub, Stickoxide (NO_x), Schwefeldioxid (SO_2), Kohlendioxid (CO_2) — autotherm (Dampf aus Kohle)
Abwärme, Staub, Stickoxide (NO_x), Schwefeldioxid (SO_2), Kohlendioxid (CO_2) — nuklearer Prozeßdampf
Abwärme, Kohlendioxid (CO_2) — nukleare Prozeßwärme

Was die westdeutschen Betreiber vorhaben, läßt diese Darstellung der KWU erahnen. (Umweltbelastung pro KG Steinkohleeinheit SKE)

Schaffen weniger Lohnprozente Arbeitsplätze?

Trommelfeuer auf Lohnniveau wird von bürgerlicher Presse „wissenschaftlich" garniert

reh. Nebenstehendes Schaubild wurde am 8.1. in den Kieler Nachrichten so kommentiert: „Die Erfahrung vergangener Jahre lehrt: Die Zahl der Arbeitsplätze sank immer dann besonders stark, wenn die Einkommen relativ stark anstiegen." Daraus wird dann als zwingender Schluß für die begonnenen Tarifverhandlungen gefolgert: „Die Tarifparteien, insbesondere aber die Arbeitnehmer und ihre Vertreter, haben es in der Hand, in welche Richtung die Graphik für dieses Jahr fortgesetzt werden muß – ob mehr Einkommen für weniger Arbeitsplätze oder umgekehrt."



Nur mit faustdicken Manipulationen können solche Behauptungen in die Welt gesetzt werden: Erstens wird bei der Bruttolohnentwicklung ein Zweijahresdurchschnitt errechnet, wobei das Anfangsjahr (1973) vor dem Anfangsjahr der Erwerbstätigenentwicklung liegt. Zweitens umfaßt die Grafik einen relativ kleinen Zeitraum, der nicht einmal einen Krisenzyklus erfaßt. Die statistischen Quellen werden gleich ganz verschwiegen.

Haltlosigkeit des Arguments „Lohnerhöhungen führen zu Preissteigerungen" auf: Während zweier Zeiträume, in denen die Lohnentwicklung fällt, steigen die Preise kontinuierlich an (1970 bis 72 und 1978 bis 80).

Besteht ein Zusammenhang zwischen Lohnkampf und Arbeitsplätzen, dann dieser: Ist in Zeiten des Konjunkturaufschwungs der Bedarf der Kapitalisten an Arbeitskräften groß, verbessern sich die Bedingungen, relativ hohe Lohnabschlüsse durchzusetzen. Umgekehrt, umgekehrt. Der Aufschwung der Produktion nach der Krise 74/75 hat darin bestanden, daß in größerem Umfang als jemals zuvor in der BRD Rationalisierungsinvestitionen, Ersetzung lebendiger Arbeitskraft durch Maschinerie, vollzogen wurde. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, daher nur geringe Reallohnsteigerungen. Es gibt keinen Grund, den Lohnkampf nicht konsequent zu führen.

Anhand der Daten aus dem Dezemberbericht der Deutschen Bundesbank

Trommelfeuer auf Lohnniveau wird von bürgerlicher Presse „wissenschaftlich" garniert

reh. Nebenstehendes Schaubild wurde am 8.1. in den Kieler Nachrichten so kommentiert: „Die Erfahrung vergangener Jahre lehrt: Die Zahl der Arbeitsplätze sank immer dann besonders stark, wenn die Einkommen relativ stark anstiegen." Daraus wird dann als zwingender Schluß für die begonnenen Tarifverhandlungen gefolgert: „Die Tarifparteien, insbesondere aber die Arbeitnehmer und ihre Vertreter, haben es in der Hand, in welche Richtung die Graphik für dieses Jahr fortgesetzt werden muß – ob mehr Einkommen für weniger Arbeitsplätze oder umgekehrt."

Nur mit faustdicken Manipulationen können solche Behauptungen in die Welt gesetzt werden: Erstens wird bei der Bruttolohnentwicklung ein Zweijahresdurchschnitt errechnet, wobei das Anfangsjahr (1973) vor dem Anfangsjahr der Erwerbstätigenentwicklung liegt. Zweitens umfaßt die Grafik einen relativ kleinen Zeitraum, der nicht einmal einen Krisenzyklus erfaßt. Die statistischen Quellen werden gleich ganz verschwiegen.

Haltlosigkeit des Arguments „Lohnerhöhungen führen zu Preissteigerungen" auf: Während zweier Zeiträume, in denen die Lohnentwicklung fällt, steigen die Preise kontinuierlich an (1970 bis 72 und 1978 bis 80).

Besteht ein Zusammenhang zwischen Lohnkampf und Arbeitsplätzen, dann dieser: Ist in Zeiten des Konjunkturaufschwungs der Bedarf der Kapitalisten an Arbeitskräften groß, verbessern sich die Bedingungen, relativ hohe Lohnabschlüsse durchzusetzen. Umgekehrt, umgekehrt. Der Aufschwung der Produktion nach der Krise 74/75 hat darin bestanden, daß in größerem Umfang als jemals zuvor in der BRD Rationalisierungsinvestitionen, Ersetzung lebendiger Arbeitskraft durch Maschinerie, vollzogen wurde. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, daher nur geringe Reallohnsteigerungen. Es gibt keinen Grund, den Lohnkampf nicht konsequent zu führen.

Was die westdeutschen Betreiber vorhaben, läßt diese Darstellung der KWU erahnen. (Umweltbelastung pro KG Steinkohleeinheit SKE)

‚Mietermitwirkung' ohne Wirkung?

Der Widerstand formiert sich – Veranstaltung vom 14.1.81

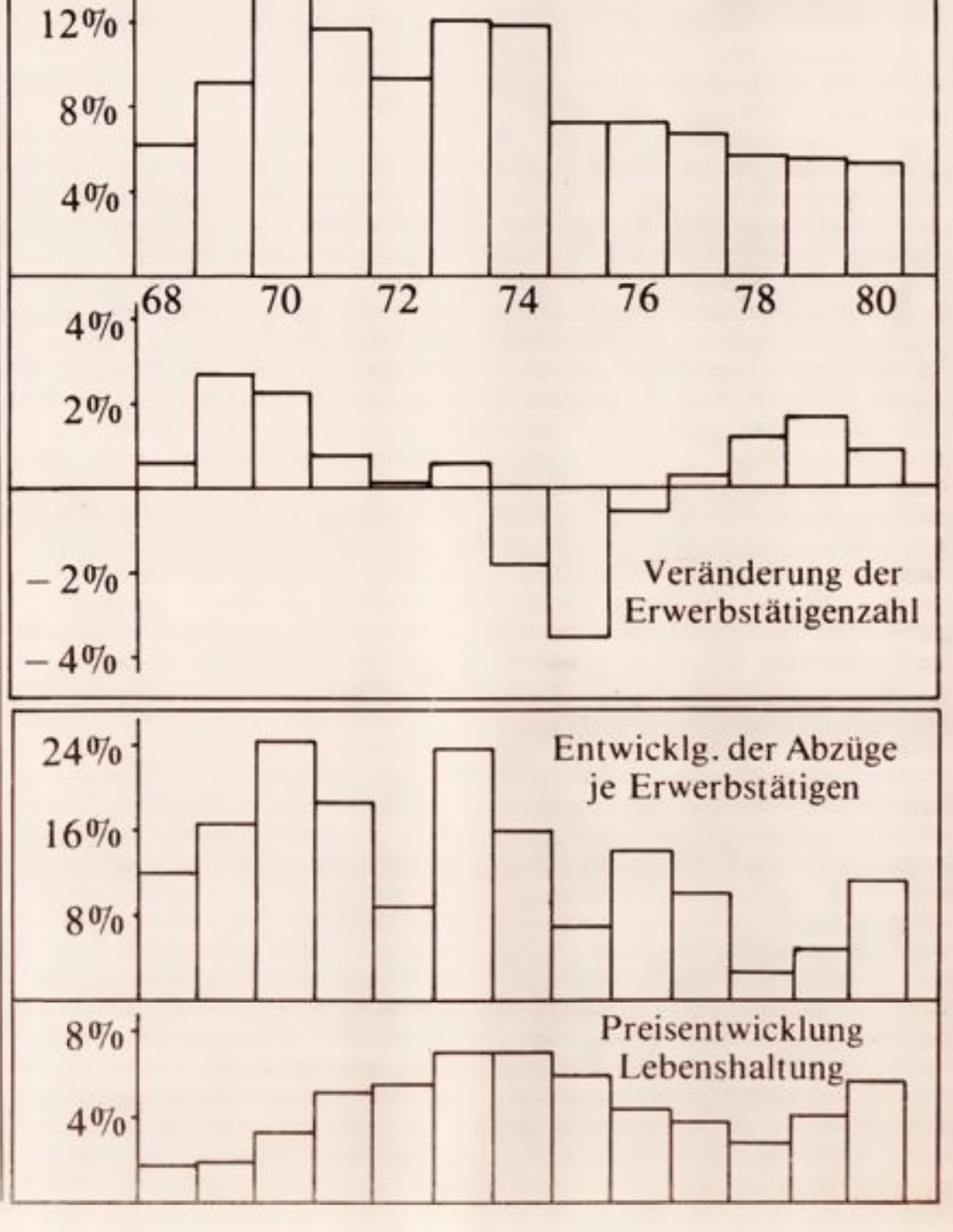
cab. Unter dem Leitsatz „ Mietermitwirkung ohne Wirkung" fand am 14. Januar eine Veranstaltung des offiziell noch zu gründenden basisdemokratischen Mieterverbandes statt. Im März wird eine Vollversammlung der Mitglieder stattfinden, auf der die Bildung der Organisation bekanntgegeben werden soll. Die Veranstaltung hatte weit über 300 Besucher;u.a. waren anwesend der Leiter des Amtes für Stadterneuerung in der Hamburger Baubehörde, Pohland, der SAGA-Pressesprecher Gatermann und Prof. Fahrenholtz, Fachmann für Stadtsanierung von der TU Harburg.

Vertreter von Bürgerinitiativen, Mietergruppen, Stadtteil- und Straßenkomitees, sowie Einzelne berichteten anschaulich über die Praktiken der Baubehörde, die in trauter Eintracht mit Neuer Heimat, SAGA, der Schiffszimmerergenossenschaft und Kaußen, um nur die größten Wohnungsspekulanten zu nennen, Sanierungsprogramme durchpeitschen und darüber die Mieter vertreiben. Besonder „sozial Schwache", wie Rentner, Ausländer, Studenten und kinderreiche Familien fallen der Arbeit der Sanierungsausschüsse zum Opfer. Vor allem in und um Altona, in St. Pauli Süd und -Nord wird „mit dem Ziel modernisiert, möglichst teuer zu sanieren, damit viel staatliche Subvention dabei herauskommt, die wiederum auf die Miete umgelegt werden kann", so die Vertreterin des Mieterverbandes „Mieter helfen Mietern". Im zweiten Jahr großangelegter Mietervertreibung sind in St. Pauli Nord 800 Menschen „umgesetzt" worden, wie es im zynischen Amtsdeutsch heißt, 500 gingen freiwillig weg, da es nach erfolgter „SIKS" (Sanierung in kleinen Schritten) 200 Wohnungen weniger im Bezirk gibt. Die „Mülltonnenparlamente", wie die Sanierungsausschüsse unter dem Aspekt mangelnder Mitwirkungsmöglichkeiten aktiver Mietervertreter ironisch genannt werden, haben keinerlei Kompetenz, da diese nach Abschluß der zielsetzenden Rahmenplanung nur noch einen geringfügigen Entscheidungsspielraum haben.

Im neu erstellten Forderungskatalog der im Mieterverband zusammengeschlossenen Mieterinitiativen wird gefordert: 1. Gesetzlich bindende Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Mieter und nicht nur unverbindliche Anhörungsrechte; 2. Entscheidungen aller Art über den Umfang von Modernisierungsmaßnahmen werden von den Mietern entschieden, die auch Richtlinien für die Belegung leerstehender Wohnungen bestimmen; 4. Vetorecht für Mieter in den Koordinationsausschüssen. Baubehörde, Politiker und Eigentümer dürfen Mieter nicht überstimmen; 5. Öffentlichkeit aller Sitzungen; 6. Informationspflicht gegenüber Mietern über alle Umgestaltungspläne, Übersetzung dieser Informationen in Fremdsprachen; 8. Besoldung mieterverbandseigener Fachleute, Wissenschaftler und Gutachter durch den Staat.

Anhand der Daten aus dem Dezemberbericht der Deutschen Bundesbank ergibt sich ein anderes Bild (darunterstehende Grafiken): Nach der Krise 66/67 bis 1975 verändern sich die Bruttolöhne und die Erwerbstätigenzahl nahezu im Gleichtakt. Eine Änderung dieser Entwicklung tritt erst ab 1976 ein, wo in den Jahren 76 bis 79 der Bruttolohn je Erwerbstätigen fällt und die Zahl der Erwerbstätigen steigt. Diese Tendenz hat sich aber bereits im letzten Jahr wieder gewendet. Auf die Entwicklung von gerade 4 Jahren wird also die These „Weniger Lohnprozente schaffen Arbeitsplätze" gestützt. Mit der beschriebenen Manipulation wird dieser Zeitraum auf 7 Jahre gestreckt und sodann ein allgemeines Gesetz aus der Taufe gehoben. Tatsachen, die dieser Behauptung *direkt* ins Gesicht schlagen, sind: daß 1970 die Bruttolöhne mit 15,4% am stärksten stiegen, die Arbeitslosenzahlen hingegen mit 149000 (0,7%) den niedrigsten Stand erreichten und daß trotz abnehmender Bruttolohnzuwächse 1976 bis 1980 (von 7,1% auf ca. 5,2%) die Arbeitslosenzahlen nie unter 880000 (3,8%) sanken.

Der Lohnkampf wird nie geführt für oder gegen mehr Arbeitsplätze. Er wird geführt zur Verteidigung des Werts der Arbeitskraft. Vordergründig orientiert sich dieser Kampf auf die Verteidigung des Reallohns, bzw. dessen Steigerung. Als Daten für diese Orientierung wurden bislang immer die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, der Lohnabzüge und der Produktivität genommen. Das wird aus dem Vergleich der unteren beiden Schaubilder mit der Bruttolohnentwicklungskurve deutlich. Dabei fällt auch die



Johannes Mario Simmels neuer Bestseller

Zur Popularität gesellschaftskritischer Unterhaltungsromane

bag. Die meistgelesene deutsche Literatur in der BRD heute ist, neben den sogenannten Groschenheften (vgl. KVZ 52/80), die sogenannte gehobene Unterhaltungsliteratur mit Autoren wie Heinz G. Konsalik, Utta Danella, Hans Habe, Marie Louise Fischer, Willi Heinrich, Hans Hellmut Kirst und Johannes Mario Simmel. Unter diesen ist Simmel mit einer Gesamtauflage von inzwischen rund 9 Millionen Exemplaren der erfolgreichste. Seine Romane erscheinen in einer Erstauflage von 200000 (Böll, Grass und Lenz beginnen im Vergleich dazu mit bescheidenen 20–50000), und einige von ihnen, wie der spannende und witzige Agentenroman *Es muß nicht immer Kaviar sein*, haben die Millionengrenze überschritten. Mindestens fünf von Simmels Romanen sind auch verfilmt worden und haben damit ein noch größeres Publikum erreicht.

Während es einigermaßen schwer ist, die Gründe für die Popularität von Groschenheften zu erforschen (vgl. auch den kritischen Leserbrief in KVZ 1–2/81), kann man Simmels Erfolg zuerst einmal auf eine Reihe von Qualitäten zurückführen. Ich will das in folgenden vor allem am Beispiel seines neuesten Werkes machen, dem Ende letzten Jahres erschienenen Roman *Wir heißen euch hoffen*.

Der Autor behandelt in diesem Text historische und aktuelle politische und gesellschaftliche Probleme. Ein Chemiker namens Adrian Lindhout kämpft um die Erfindung eines wirksamen Mittels gegen die Drogensucht. In einer parallel verlaufenden Handlung kämpft ein Pater namens Roman Haberland gegen soziales Elend in einem Land der Dritten Welt. Während der Zeit des Nationalsozialismus, die mit einer Reihe interessanter Details geschildert wird, haben beide in der Widerstandsbewegung gearbeitet; Lind-

Der Autor behandelt in diesem Text historische und aktuelle politische und gesellschaftliche Probleme. Ein Chemiker namens Adrian Lindhout kämpft um die Erfindung eines wirksamen Mittels gegen die Drogensucht. In

einer parallel verlaufenden Handlung kämpft ein Pater namens Roman Haberland gegen soziales Elend in einem Land der Dritten Welt. Während der Zeit des Nationalsozialismus, die mit einer Reihe interessanter Details geschildert wird, haben beide in der Widerstandsbewegung gearbeitet; Lind-

hout, der eigentlich Jude ist und einen anderen Namen hat, erschießt einen Faschisten, Haberland ist in einer Partisanengruppe in Österreich aktiv. Simmel flicht in die Lebensgeschichte der beiden Helden viele Daten aus der Geschichte Deutschlands und der Weltpolitik ein, teilweise präzis recherchiert.

Simmel sieht sich selbst politisch „links von der Mitte" und beruft sich gern auf Brecht (vgl. Brüggemann, S. 66). Seine Helden sind Antimilitaristen und Antifaschisten und stehen im Kampf gegen die „Großen" oder die „Mächtigen". In *Wir heißen euch hoffen* tritt Lindhout gegen wechselnde Rauschgiftringe, den „Boß" des Rauschgifthandels selbst und schließlich sogar gegen die beiden Supermächte an (die beide die Anwendung des endlich entdeckten Anti-Suchtmittels zu verhindern versuchen). Hier bietet sich dem Leser reichlich Möglichkeit zur Identifikation, gegen soziale Mißstände und politische Unterdrückung. Haberland greift u. a. die katholische Kirche an.

Simmels Romane enthalten eine Fülle von Bildungselementen. Abgesehen von den durchgehend vorkommenden historischen Daten verbreitet Simmel in seinen Romanen Kochrezepte (*Es muß nicht immer Kaviar sein*), Kenntnisse über Medizin (*Niemand ist eine Insel*), Enthüllungen über Pressemonopole der BRD (*Der Stoff, aus dem die Träume sind*) und vieles mehr. *Wir heißen euch hoffen* enthält spannende Details aus der Chemie in den Beschreibungen von Lindhouts Versuchen, den „Antagonisten" zu Morphium und Heroin zu finden. Außerdem werden hier zahlreiche Wissenschaftler und Künstler zitiert, so Einstein, Freud, Chagall, Kästner, Brecht, Hemingway, Camus und vor allem Goethe, aus dessen Freimaurergedicht „Symbolum" der Titel des Romans und mehrere Kapitelüberschriften stammen.

Simmel behandelt in seinen Romanen jeweils gewaltige Stoffmengen. Fast immer erstrecken sich mehrere Handlungsstränge historisch über längere Zeiträume und geographisch über die halbe Welt. Das steht ganz im Gegensatz zu der meist sehr begrenzten Welt der Groschenromane. Man bekommt bei Simmel jedesmal einen Eindruck vom Weltgeschehen, und das entspricht ja durchaus unserem durch die modernen Medien erheblich erweiterten Horizont. Außerdem wirkt bei der Internationalität der Schauplätze wohl auch der Reiz des Exotischen bzw. das Spannende an der Bekanntschaft mit fremden Ländern.

Überhaupt kann Simmel spannend erzählen. Jeder Roman ist zugleich auch ein Kriminalroman. Technisch

gensatz zu der meist sehr begrenzten Welt der Groschenromane. Man bekommt bei Simmel jedesmal einen Eindruck vom Weltgeschehen, und das entspricht ja durchaus unserem durch die modernen Medien erheblich erwei-

terten Horizont. Außerdem wirkt bei der Internationalität der Schauplätze wohl auch der Reiz des Exotischen bzw. das Spannende an der Bekanntschaft mit fremden Ländern.

Überhaupt kann Simmel spannend erzählen. Jeder Roman ist zugleich auch ein Kriminalroman. Technisch

hat der Autor die Sache im Griff, wenn auch auf die Dauer etwas schablonenhaft: Beginnend mit einer entscheidenden Situation in der Gegenwart, werden einige Jahre oder Jahrzehnte zurückgespult, wobei sich Einzelheiten allmählich zu einem Ganzen fügen. Spannungsmomente liegen auch in der mehrsträngigen Erzählweise, mit der die jeweilige Handlung immer wieder abgebrochen und später neu aufgenommen wird. *Wir heißen euch hoffen* beginnt damit, daß Lindhout am 24. Februar 1979 kurz vor seinem Flug nach Stockholm, wo er eine Rede anläßlich seiner Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis halten soll, einen mysteriösen Anruf erhält und in der nächsten Stunde sein Leben der letzten 30 Jahre rekapituliert. Das Buch endet damit, daß er sich erschießt, unter dramatischen Umständen.

Johannes Mario Simmel, bisherige Produktion:

Titel	Jahr
Begegnungen im Nebel	1947
Mich wundert, daß ich so fröhlich bin	1949
Man lebt nur zweimal	1950
Der Mörder trinkt keine Milch	1950
Das geheime Brot	1951
Ich gestehe alles	1953
Der Hochstapler	1954
Gott schützt die Liebenden	1957
Affäre Nina B.	1958
Der Schulfreund	1959
Es muß nicht immer Kaviar sein	1960
Bis zur bitteren Neige	1962
Liebe ist nur ein Wort	1963
Lieb Vaterland magst ruhig sein	1965
Alle Menschen werden Brüder	1967
Und Jimmy ging zum Regenbogen	1970
Der Stoff, aus dem die Träume sind	1971
Die Antwort kennt nur der Wind	1973
Niemand ist eine Insel	1976
Hurra, wir leben noch	1978
Zweiundzwanzig Zentimeter Zärtlichkeit	1979
Wir heißen euch hoffen	1980

Außerdem die Kinderbücher:

Ein Autobus, groß wie die Welt
Meine Mutter darf es nie erfahren
Weinen streng verboten

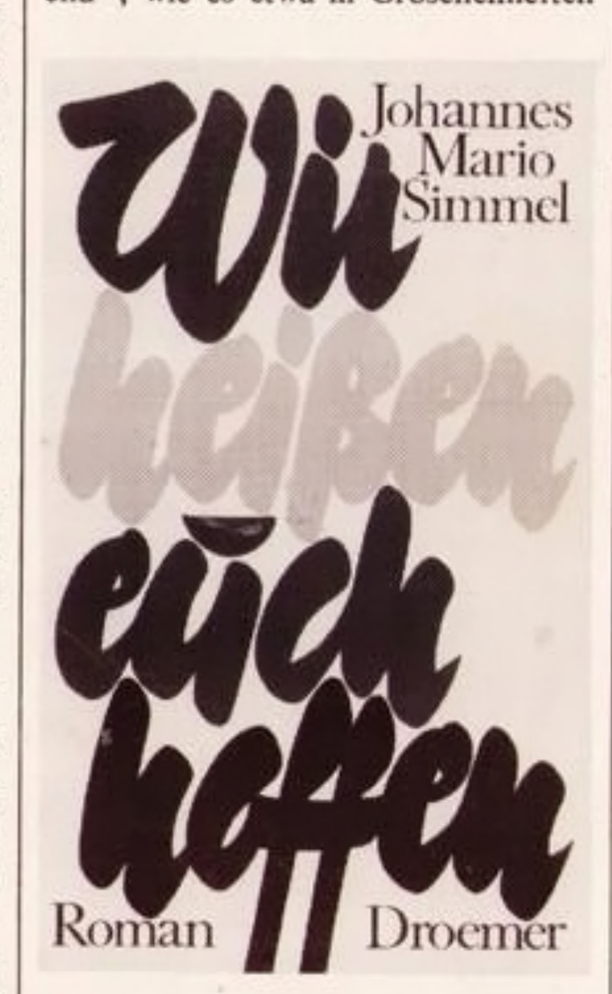
Johannes Mario Simmel, bisherige Produktion:

Begegnungen im Nebel 1947
Mich wundert, daß ich so fröhlich bin 1949
Man lebt nur zweimal 1950
Der Mörder trinkt keine Milch 1950
Das geheime Brot 1951
Ich gestehe alles 1953
Der Hochstapler 1954
Gott schützt die Liebenden 1957
Affäre Nina B. 1958
Der Schulfreund 1959
Es muß nicht immer Kaviar sein 1960
Bis zur bitteren Neige 1962
Liebe ist nur ein Wort 1963
Lieb Vaterland magst ruhig sein 1965
Alle Menschen werden Brüder 1967
Und Jimmy ging zum Regenbogen 1970
Der Stoff, aus dem die Träume sind 1971
Die Antwort kennt nur der Wind 1973
Niemand ist eine Insel 1976
Hurra, wir leben noch 1978
Zweiundzwanzig Zentimeter Zärtlichkeit 1979
Wir heißen euch hoffen 1980

Außerdem die Kinderbücher:

Ein Autobus, groß wie die Welt
Meine Mutter darf es nie erfahren
Weinen streng verboten

Jeder Roman von Simmel ist zugleich auch ein Liebesroman, in einigen Werken steht die Beziehung zwischen zwei Menschen auch deutlich im Zentrum, so in *Gott schützt die Liebenden* und *Liebe ist nur ein Wort*. Simmel stellt diese Beziehungen nicht frei von Konflikten dar, und sie kommen eigentlich nur selten zum „happy end", wie es etwa in Groschenheften



üblich ist. In *Liebe ist nur ein Wort* zerbricht die Beziehung zwischen einem Schüler und der Frau eines Fabrikanten an Anfeindungen durch die Umwelt und der Angst der Frau vor einer ungesicherten Existenz. Lindhout verliert seine erste Frau, eine Jüdin, durch die Nationalsozialisten. Er erlebt eine zweite „große Liebe", seine (unbegründete) Eifersucht treibt die Frau jedoch in den Tod. Und auch die Liebe zu seiner Stieftochter Truus endet tragisch: das Mädchen wird heroinsüchtig und begeht mit einer Überdosis Selbstmord.

Simmel läßt in jedem Roman eine Menge Personen auftreten, die meist durchaus lebensähnlich wirken. Nicht so sehr die Helden selbst, als vielmehr die zahlreichen Figuren aus dem Volk, die Simmel geradezu liebevoll auszumalen versteht. Arbeiter kommen in Simmels Romanen nur selten vor, aber wenn, dann durchaus positiv, wie z.B. in folgender Beschreibung des Widerstandskampfes gegen den Faschismus in *Wir heißen euch hoffen*:

„Der weißhaarige Arbeiter war Kommunist, der Junge am Steuer Sozialdemokrat. Haberland kannte beide schon lange. Er kannte auch viele andere Arbeiter, die diesen Laster fuhren und diesen Sender zu bedienen verstanden. ... Der junge Arbeiter war



üblich ist. In *Liebe ist nur ein Wort* zerbricht die Beziehung zwischen einem Schüler und der Frau eines Fabrikanten an Anfeindungen durch die Umwelt und der Angst der Frau vor einer ungesicherten Existenz. Lindhout verliert seine erste Frau, eine Jüdin, durch die Nationalsozialisten. Er erlebt eine zweite „große Liebe", seine (unbegründete) Eifersucht treibt die Frau jedoch in den Tod. Und auch die Liebe zu seiner Stieftochter Truus endet tragisch: das Mädchen wird heroinsüchtig und begeht mit einer Überdosis Selbstmord.

Simmel läßt in jedem Roman eine Menge Personen auftreten, die meist durchaus lebensähnlich wirken. Nicht so sehr die Helden selbst, als vielmehr die zahlreichen Figuren aus dem Volk, die Simmel geradezu liebevoll auszumalen versteht. Arbeiter kommen in Simmels Romanen nur selten vor, aber wenn, dann durchaus positiv, wie z.B. in folgender Beschreibung des Widerstandskampfes gegen den Faschismus in *Wir heißen euch hoffen*:

„Der weißhaarige Arbeiter war Kommunist, der Junge am Steuer Sozialdemokrat. Haberland kannte beide schon lange. Er kannte auch viele andere Arbeiter, die diesen Laster fuhren und diesen Sender zu bedienen verstanden. ... Der junge Arbeiter war

ein hervorragender Fahrer. Der alte Arbeiter war ein hervorragender Techniker. Und Kaplan Roman Haberland war ein ausgezeichneter Sprecher. Nur solche Leute konnte man für diese Unternehmungen gebrauchen." (S. 40)

Simmels Romane sind leicht verständlich, ohne idiotisch simpel zu sein. Sie stellen durchaus Ansprüche an den Leser. Auf der anderen Seite berücksichtigt der Autor die Tatsache, daß der Arbeitsrhythmus der meisten Leser nur selten die Lektüre langer Abschnitte in einem Stück erlaubt. Alle Texte sind in relativ kurze Teile gegliedert, und als Erinnerungshilfe sind zahlreiche Wiederholungen eingebaut.

Das alles ist meines Erachtens erst einmal positiv und erklärt einen Teil des Erfolges dieses Autors. Viele, die mit den sozialen Verhältnissen unzufrieden und/oder von den Ereignissen der Weltpolitik verunsichert sind, finden in Johannes Mario Simmel einen Anwalt der „kleinen Leute" gegen „die Mächtigen" ihren Fürsprecher. Ein anderer Teil des Erfolgs beruht aber wohl darauf, daß er zwar Widersprüche artikuliert, sie jedoch im Rahmen einer Ideologie „analysiert" und „löst", die die Grundlagen des ökonomischen und politischen Systems unangetastet läßt und sich damit vor allem auch die Sympathie kleinbürgerlicher Schichten sichert.

Sehen wir uns daraufhin noch einmal kritisch das Welt- und Menschenbild in Simmels Romanen an. Simmels Weltbild ist realistisch, aber nur im Sinne der Erscheinungsform, der Oberfläche der Dinge und Ereignisse. Er schildert in seinen Gegenwartsromanen Erscheinungsformen des Imperialismus, so wie z.B. die Tagesschau des Fernsehens täglich einen Haufen Meldungen über Kriege und Katastrophen bringt. Er reiht Fakten auf, aber sie wirken blind, weil er auf die Benennung der Triebkräfte der Geschichte verzichtet. Oder weil er, wie in seitenlangen düsteren Monologen von Lindhout z.B. Kriege auf angeborene böse Triebe „des Menschen" zurückführt. Die Lösung besteht dann in einem Appell an „die Menschen", gut zu sein.

In *Wir heißen euch hoffen* schildert Simmel eine Welt voller Krieg und Kriegsgefahr. An einer Stelle schreibt er ganz richtig, daß diese Kriegsgefahr heute von den beiden Supermächten ausgeht, schlägt aber als Lösung „eine großzügige und schnelle Einigung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion" vor, denn: „Kriege sind heute purer Aberwitz geworden" (S. 390). Entsprechend propagiert er als Lösung für die Länder der Dritten Welt nicht den Befreiungskrieg, sondern läßt in Indien auf der Regierung abgekauftem Boden unter der Leitung von Kaplan Haberland Arbeitskolonien errichten, „Gottesstaat" genannt. Soziale und politische Probleme in den imperialistischen Ländern selbst behandelt Simmel ähnlich kleinbürgerlich. So dreht sich der ganze Roman *Wir heißen euch hoffen* ja um die Erfindung eines Mittels gegen die Drogensucht. Außer dem chemischen Stoff selbst (der die Wirkung von Heroin aufhebt) wird als Mittel die Jagd auf Rauschgifthändler und die Vernichtung der Mohnernte türkischer, asiatischer und lateinamerikanischer Bauern empfohlen. Kein Wort über die Ursachen der Rauschgiftsucht, im Gegenteil: an einer Stelle des Romans werden soziale und psychische Faktoren ausdrücklich als lächerliche Argumente bezeichnet (S. 384).

Simmels Kritik an den „Reichen" und „Mächtigen" ist bei näherem Hinsehen keine Kritik am Kapitalismus, sondern an bösen Menschen. Brüggemann sagt in diesem Zusammenhang treffend: „Nicht das Profitprinzip prägt die kapitalistische Charaktermaske aus, sondern der amoralische Charakter bringt die Profitsucht her-

großzügige und schnelle Einigung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion" vor, denn: „Kriege sind heute purer Aberwitz geworden" (S. 390). Entsprechend propagiert er als Lösung für die Länder der Dritten Welt nicht den Befreiungskrieg, sondern läßt in Indien auf der Regierung abgekauftem Boden unter der Leitung von Kaplan Haberland Arbeitskolonien errichten, „Gottesstaat" genannt. Soziale und politische Probleme in den imperialistischen Ländern selbst behandelt Simmel ähnlich kleinbürgerlich. So dreht sich der ganze Roman *Wir heißen euch hoffen* ja um die Erfindung eines Mittels gegen die Drogensucht. Außer dem chemischen Stoff selbst (der die Wirkung von Heroin aufhebt) wird als Mittel die Jagd auf Rauschgifthändler und die Vernichtung der Mohnernte türkischer, asiatischer und lateinamerikanischer Bauern empfohlen. Kein Wort über die Ursachen der Rauschgiftsucht, im Gegenteil: an einer Stelle des Romans werden soziale und psychische Faktoren ausdrücklich als lächerliche Argumente bezeichnet (S. 384).

Simmels Kritik an den „Reichen" und „Mächtigen" ist bei näherem Hinsehen keine Kritik am Kapitalismus, sondern an bösen Menschen. Brüggemann sagt in diesem Zusammenhang treffend: „Nicht das Profitprinzip prägt die kapitalistische Charaktermaske aus, sondern der amoralische Charakter bringt die Profitsucht her-

vor" (S. 84). Auf der anderen Seite stellt Simmel gerne Kapitalisten als gute Menschen dar, so z.B. den Helden von *Es muß nicht immer Kaviar sein*, der Bankier ist. Letzten Endes geht es also bei den vielfältigen Konflikten in Simmels Werk um Konflikte zwischen guten und bösen Kräften.

Typisch für die Helden und ihren Kampf in Simmels Romanen ist folgende Charakterisierung: „Es war keiner von den Helden, über die man in den Büchern liest – die niemals ängstlichen, die ewig siegenden, die heldischen Heldenhelden. Er war nur ein ewig gejagter, ewig verfolgter, niemals in Frieden gelassener Mensch, der stets versuchen mußte, das Beste aus einer schlimmen Sache zu machen – wie wir alle" (*Es muß nicht immer Kaviar sein*, S. 264). Ganz ähnlich werden die Helden in *Wir heißen euch hoffen* als „Spielball der Mächtigen" (S. 618) dargestellt, ausgeliefert als einzelne einem fest organisierten Netz von Rauschgifthändlern und am Ende sogar in den Machtkampf der beiden Supermächte verstrickt.

Die Welt als Chaos, Irrenhaus und ähnliches; die Menschen vereinzelt darin nach dem Guten strebend, aber von bösen Kräften in der eigenen Natur und in der Gesellschaft daran gehindert: so stellt Simmel bei näherer Betrachtung die Lage dar und setzt an diesem Punkt dann sein ganzes „Repertoire an Tröstungen, Hoffnungen und Schicksalsglauben" an (Brüggemann, S. 78). *Wir heißen euch hoffen* drückt das schon im Titel aus; ungefähr in der Mitte des Buches werden als Ziele der Freimaurer-Bewegung u.a. genannt: „Wir bauen den Tempel der Humanität", die Bausteine sind die Menschen, die sich fest miteinander verbinden durch die „schöne reine Menschenliebe, die Brüderlichkeit aller!" (S. 281), und am Ende erkennt der Nachfolger Lindhouts, „was er zu tun hatte: hoffend zu handeln und handelnd zu hoffen" (S. 638). Das sind religiöse Botschaften, keine Lösungen der bestehenden Widersprüche. Durchhalteparolen, mit denen man die Lage ertragen statt verändern soll. Über allem waltet letzten Endes das Schicksal. Das betont Simmel auch mit der anfangs schon erwähnten Struktur der Rahmenerzählung: alles läuft wie mit magischen Fäden gezogen auf einen bestimmten Punkt zu, und am Ende schließt sich der Kreis (vgl. Beispiele bei Brüggemann, S. 71). Auch bestimmten Gegenständen verleiht Simmel gerne schicksalsträchtige Eigen-



Johannes Mario Simmel

Wir heißen euch hoffen

Simmel greift, wie stets in seinen Romanen, ein Thema auf, das uns allen auf den Nägeln brennt: »Wenn wir nicht sehr bald ein tatsächlich wirksames Mittel gegen die

Suchtdrogen

in die Hand bekommen, werden in den nächsten Jahrzehnten mehr Menschen an dem verfluchten Zeug verrecken als in den beiden Weltkriegen« – das läßt Simmel einen Spezialisten im weltweiten Kampf gegen die Drogensucht sagen.

Heroin –

das ist die Droge, bei der nahezu jeder Süchtige endet, und das heißt elendestes Krepieren in Dreck, Einsamkeit und Qualen.

Wer diesem tödlichen Suchtgift ein Ende bereitet, wird als einer der größten Wohltäter der Menschheit gelten. Ein Leben lang arbeitet Adrian Lindhout, der stille Held dieses Romans, an einem Mittel, das die Wirkung des Heroins blockiert und damit die Heilung der Sucht einleitet.

Aus der Ruhe des Laboratoriums wird er hineingerissen nicht nur in menschliche Tragödien um verbrecherische Politik und um liebende Frauen, sondern mehr noch in das mörderische Treiben krimineller Organisationen des internationalen Rauschgifthandels.

Der Nobelpreis krönt sein Ringen. Aber im gleichen Augenblick muß er erkennen, daß übermächtige Mächte hinter den Kulissen seinen Erfolg nicht wollen. Der große Forscher gibt resigniert auf. Doch Lindhouts Schüler führt sein Werk fort – entschlossen,

hoffend zu handeln und handelnd zu hoffen.

schaften; in *Wir heißen euch hoffen* ist es eine Pistole, die Lindhout dreißig Jahre lang ständig mit sich herumträgt und mit der er dann selbst sein Leben beendet.

nen bestimmten Punkt zu, und am Ende schließt sich der Kreis (vgl. Beispiele bei Brüggemann, S. 71). Auch bestimmten Gegenständen verleiht Simmel gerne schicksalsträchtige Eigen-



Johannes Mario Simmel

Suchtdrogen

Heroin –

hoffend zu handeln und handelnd zu hoffen.

schaften; in *Wir heißen euch hoffen* ist es eine Pistole, die Lindhout dreißig Jahre lang ständig mit sich herumträgt und mit der er dann selbst sein Leben beendet.

All diese konservativen Züge sind zweifellos schwerwiegende Mängel in Simmels Romanen. Es ist jedoch anzunehmen, daß das auch andere Leser sehen und diese mangelhafte Gesellschaftskritik kritisch zu lesen verstehen.

Literatur:
Heinz Brüggemann, J. M. Simmel – Deutsche Ideologie als Roman. In: Heinz Ludwig Arnold, Deutsche Bestseller – deutsche Ideologie. Stuttgart 1975, S. 62–89.
Bernhard Zimmermann, Das Bestseller-Phänomen im Literaturbetrieb der Gegenwart. In: Jost Hermand, Literatur nach 1945, Bd. II. Wiesbaden 1979, S. 99–123.
Die Zitate aus Simmels Romanen beziehen sich, bis aus *Wir heißen euch hoffen*, auf die jeweilige Taschenbuchausgabe, Verlag Droemer Knaur.